

5. Sitzung

Potsdam, Donnerstag, 25. November 2004

Inhalt

	Seite		Seite
Mitteilungen des Präsidenten.	206	Frage 68 (Gaspreiserhöhungen in Brandenburg) Minister für Wirtschaft Junghanns	215
1. Fragestunde		Frage 60 (Auflösung der Sportfördergruppe der Bundeswehr in der Landeshauptstadt) Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht	216
Drucksache 4/153		Frage 70 (Kinderärztliche Versorgung) Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Alber	217
Drucksache 4/110			
Drucksache 4/111.	206	2. Aktuelle Stunde	
Dringliche Anfrage 3 (Gesetzgebung zur Änderung des Brandenburgischen Schulgesetzes) Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht	206	<u>Thema:</u> Brandenburg - 15 Jahre nach dem Fall der Mauer	
Frage 61 (Trennungsgeld) Minister der Finanzen Speer.	207	Antrag der Fraktion der CDU.	217
Frage 62 (Arbeitslosengeld II - PR-Kampagne der Bundesregierung) Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Alber	208	Lunacek (CDU)	217
Frage 63 (Ausbau der Verkehrsprojekte im Elbe-Elster-Kreis) Minister für Infrastruktur und Raumordnung Szymanski	208	Frau Steinmetzer (PDS)	219
Frage 64 (Drogen an Brandenburger Schulen) Minister des Innern Schönbohm	210	Reiche (SPD)	220
Frage 65 (Neue Struktur für Gleichstellungs-, Frauen- und Familienpolitik) Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Alber	210	Frau Hesselbarth (DVU).	222
Frage 66 (Perspektive des 610-Stellen- Programms) Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht	212	Ministerpräsident Platzeck.	223
Frage 74 (175. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder) Minister des Innern Schönbohm	214	Prof. Dr. Bisky (PDS).	225
		Dombrowski (CDU).	225
		Ministerpräsident Platzeck.	227
		3. Kompensation künftig wegfallender Einnah- men aus Jagdsteuer	
		Antrag der Fraktion der PDS	
		Drucksache 4/122.	227
		Frau Wehlan (PDS).	227
		Frau Gregor (SPD)	229
		Claus (DVU).	229
		Petke (CDU).	230

	Seite		Seite
Persönliche Erklärung des Abgeordneten Gehrcke (PDS)	231	Otto (PDS)	247
Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Woidke	231	Frau Dr. Schröder (SPD)	249
4. Kassensturz zu Beginn der neuen Wahlperiode		Frau Fechner (DVU)	250
Antrag der Fraktion der PDS		Frau Schulz (CDU)	250
Drucksache 4/123.	232	Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler	251
Frau Osten (PDS)	232	8. Vergabegesetz	
Bischoff (SPD)	234	Antrag der Fraktion der PDS	
Frau Hesselbarth (DVU)	235	Drucksache 4/127.	252
Frau Funck (CDU)	235	Christoffers (PDS)	252
Minister der Finanzen Speer.	236	Karney (CDU)	253
Frau Osten (PDS)	237	Frau Hesselbarth (DVU)	253
5. Prioritätensetzung bei der Hochschulplanung des Landes Brandenburg		Müller (SPD)	254
Antrag der Fraktion der PDS		Minister für Wirtschaft Junghanns	255
Drucksache 4/124		Christoffers (PDS)	256
Entschließungsantrag der Fraktion der SPD der Fraktion der CDU		9. Wahl der Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses	
Drucksache 4/162.	238	Antrag mit Wahlvorschlägen der Fraktion der SPD	
Dr. Hoffmann (PDS)	238	Drucksache 4/93	
Werner (CDU)	239	Antrag mit Wahlvorschlägen der Fraktion der PDS	
Nonninger (DVU)	240	Drucksache 4/94	
Frau Geywitz (SPD)	240	Antrag mit Wahlvorschlägen der Fraktion der CDU	
Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr. Wanka.	241	Drucksache 4/95	
Dr. Hoffmann (PDS)	242	Antrag mit Wahlvorschlägen der Fraktion der DVU	
6. Auf Absenkung des Höchststeuersatzes verzichten		Drucksache 4/96.	256
Antrag der Fraktion der PDS		10. Wahl der Vertreter des Landtages für die Landessportkonferenz	
Drucksache 4/125.	243	Antrag mit Wahlvorschlag der Fraktion der SPD	
Frau Dr. Enkelmann (PDS)	243	Drucksache 4/97	
Bischoff (SPD)	243	Antrag mit Wahlvorschlag der Fraktion der PDS	
Frau Hesselbarth (DVU)	244	Drucksache 4/98	
Frau Funck (CDU)	244	Antrag mit Wahlvorschlag der Fraktion der CDU	
Minister der Finanzen Speer.	245	Drucksache 4/99	
Frau Dr. Enkelmann (PDS)	246	Antrag mit Wahlvorschlag der Fraktion der DVU	
7. Arbeitsmarktpolitische Aktivitäten der Landesregierung		Drucksache 4/100.	257
Antrag der Fraktion der PDS			
Drucksache 4/126.	247		

	Seite		Seite
11. Genehmigung der Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH (FBS)		Anlagen	
Antrag der Landesregierung		Gefasste Beschlüsse	260
Drucksache 4/115.....	258	Schriftliche Antworten der Landesregierung auf mündliche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 25. November 2004	261
Frau Tack (PDS).....	258		
Frau Hesselbarth (DVU).....	259		
12. Zustimmung zur Mitgliedschaft im Verwaltungsrat der Investitionsbank des Landes Brandenburg			
Antrag der Landesregierung			
Drucksache 4/116.....	259	Alle mit einem * gekennzeichneten Redebeiträge sind vom Redner nicht überprüft (lt. § 95 der Geschäftsordnung).	

Beginn der Sitzung: 10.01 Uhr**Präsident Fritsch:**

Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie alle recht herzlich zur heutigen Plenarsitzung. Insbesondere begrüße ich die Schüler der 10. Klasse der Käthe-Kollwitz-Realschule Potsdam.

(Allgemeiner Beifall)

Ich hoffe, Ihr habt einen interessanten Vormittag bei uns.

Ich habe eine Reihe von Abwesenheitserklärungen vorliegen, erspare es mir aber, sie einzeln vorzutragen. Die abwesenden Mitglieder der Landesregierung werden von ihren Staatssekretären vertreten.

Die Tagesordnung für die heutige Sitzung liegt Ihnen vor. Gibt es Änderungs- oder Ergänzungswünsche? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über die Tagesordnung abstimmen. Wer mit dem Entwurf der Tagesordnung einverstanden ist, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Tagesordnung beschlossen.

Ich eröffne **Tagesordnungspunkt 1:**

Fragestunde

Drucksache 4/153

Drucksache 4/110

Drucksache 4/111

Zum Stellen der **Dringlichen Anfrage 3** (Gesetzgebung zur Änderung des Brandenburgischen Schulgesetzes) erteile ich der Abgeordneten Große das Wort. Bitte sehr.

Frau Große (PDS):

Parallel zur Anhörung zu den Schulgesetzentwürfen der Koalitionsfraktionen - Drucksache 4/12 - und der PDS-Fraktion - Drucksache 4/19 - im Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport am 18.11.2004 fand eine Veranstaltung für die Schulleiter Brandenburger Schulen statt, in der sie detailliert über die Gestaltung der künftigen Oberschulen informiert und entsprechend eingewiesen wurden, und das, obwohl in der Anhörung von allen Anzuhörenden massivste Kritik an dem Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen geäußert und allseits dringender Änderungsbedarf signalisiert wurde. Weitere derartige Veranstaltungen finden in diesen Tagen statt. Mit der praktischen Umsetzung wurde also begonnen, bevor der Gesetzgebungsprozess abgeschlossen ist.

Ich frage daher: Inwiefern hält die Landesregierung ein derartiges Vorgehen mit den Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie für vereinbar?

Präsident Fritsch:

Herr Minister Rupprecht, Sie haben zur Beantwortung der Anfrage das Wort.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Große, ich vermute, wir stimmen darin überein, dass die Ein-

führung der Oberschule, auch wenn Sie sie heute anders nennen und es vielleicht nicht zugeben würden, längst überfällig ist.

Der Gesetzentwurf sieht, wie von den Koalitionspartnern verabredet, die Einführung der Oberschule per Gesetz zum 1. August 2005 vor. Ich bin davon überzeugt, dass die Schulleiterinnen und Schulleiter Anspruch darauf haben, ja sogar darauf angewiesen sind, frühzeitig über den Inhalt des Gesetzentwurfs und den Stand des Gesetzgebungsverfahrens informiert zu werden. Sie sind, wie wir alle wissen, vor Ort die wichtigsten Ansprechpartner für die Schülerinnen und Schüler, die Lehrerschaft und die Eltern.

Durch Informationsveranstaltungen meines Hauses wird die Arbeit des Landtages in keiner Weise konterkariert, weil wir in allen Veranstaltungen - das weiß ich von Teilnehmern - darauf hinweisen, dass es durch den Gesetzgeber noch zu Veränderungen im Entwurf mit Auswirkungen auf die konkrete Ausgestaltung der Oberschule kommen kann und wahrscheinlich kommen wird.

Aus meiner Sicht wäre es - umgekehrt - völlig unangemessen, die Verantwortlichen bis zur Verabschiedung des Gesetzes im Unklaren über die Oberschule zu lassen und sie ab Januar überstürzt vor vollendete Tatsachen zu stellen. Dann könnte Artikel 2 des Gesetzes, der die Einführung der Oberschule zum Schuljahr 2005 vorsieht, nicht mehr mit der nötigen Sorgfalt realisiert werden.

Die Rückmeldungen und Nachfragen von vielen Schulen und Schulträgern bestätigen mich in dieser Auffassung.

Ich vermute, Sie wollen jetzt eine Nachfrage stellen. Vielleicht brauchen Sie nicht aufzustehen; denn ich werde die Nachfrage vorwegnehmen. Sie wollen sicherlich fragen, warum die Oberschule so überstürzt, in diesem kurzen Zeitraum eingeführt werden muss und warum wir uns einen solchen Zeitdruck aufhalsen.

(Zuruf von der PDS: Das fragen Sie sich wohl auch?)

- Nein. Ich erahne nur Ihre Frage; lassen Sie mich die Antwort vorwegnehmen. Dadurch sollen Sie aber nicht daran gehindert sein, weitere Fragen zu stellen.

Die Schulform „Oberschule“ - das habe ich schon gesagt - ist längst überfällig. Wenn Sie sich an die erste Rede, die ich vor einiger Zeit hier gehalten habe, erinnern, wissen Sie, dass ich unter Verweis auf die Uhrzeit gesagt habe: Es ist fünf nach zwölf! - Heute könnte ich sagen: Es ist zehn nach zwölf! Denn die Zeit ist vorangeschritten. An der Überfälligkeit hat sich nichts geändert.

Die Eckpunkte einer solchen Schulform sind seit Jahren bekannt. Im Land ist - auch von Ihnen - intensiv darüber diskutiert worden. Aus den Ländern Sachsen-Anhalt, Thüringen, Rheinland-Pfalz und Sachsen liegen langjährige Erfahrungen mit dieser Schulform vor, die in den Entwurf eingeflossen sind. Wir in Brandenburg brauchen das Rad nicht neu zu erfinden. Lassen Sie uns keine Zeit verlieren, sondern die Zeit bis zum nächsten Schuljahr gemeinsam nutzen, um aus dem Konzept der Oberschule in konstruktiver Weise das Beste für Brandenburg zu machen! Das haben unsere Schülerinnen und Schüler verdient.

(Beifall bei der SPD sowie des Abgeordneten Helm [CDU])

Präsident Fritsch:

Herr Minister, es gibt zweifachen Nachfragebedarf. Zunächst Frau Große, bitte.

Frau Große (PDS):

Es ist schön, dass Minister jetzt Gedanken lesen können. Aber Sie lagen mit Ihrer Vermutung falsch. Meine Frage bezog sich nicht auf die Zeit, sondern auf die Demokratie. Wir haben ein laufendes Verfahren, an dem das Parlament beteiligt ist. Sowohl die Koalition auch die PDS haben je einen Gesetzentwurf eingebracht. Mitten in diesem Verfahren gibt es schon Anweisungen für Schulleiter bezüglich der künftigen Umsetzung.

Ich frage Sie: Inwiefern ist dies mit Ihrem Verständnis von parlamentarischer Demokratie zu vereinbaren?

(Beifall bei der PDS)

Minister Rupprecht:

Der Terminus „Anweisungen für Schulleiter“ ist definitiv falsch. Es handelt sich um Informationsveranstaltungen. Die Leute an der Basis - sowohl Schulträger als auch diejenigen, die Schule machen - haben uns gesagt: Wir brauchen dringend Informationen! - Sie erhalten Informationen über unseren Gesetzentwurf und über den Stand der Gesetzgebung. Wir befriedigen mit diesen Veranstaltungen das Bedürfnis der Basis nach Informationen. Es wird prinzipiell immer auf Folgendes hingewiesen: Das Gesetz steht im Moment auf dem Papier. An diesem Entwurf wird sich mit Sicherheit noch einiges ändern. - Dennoch müssen wir schon heute informieren.

Präsident Fritsch:

Als Nächster stellt Herr Görke seine Nachfrage. Bitte sehr.

Görke (PDS):

Wie werden Sie sicherstellen, dass nicht nur der Schulgesetzentwurf zweier Abgeordneter aus der Regierungskoalition, sondern - wegen der gebotenen Gleichbehandlung - auch der Gesetzentwurf der PDS-Fraktion den Schulleiterinnen und Schulleitern unverzüglich, ausführlich und im gleichen Umfang vorgestellt und erläutert wird?

(Beifall bei der PDS)

Minister Rupprecht:

Ich sehe keinen direkten Handlungsbedarf. Ich glaube, der Gesetzentwurf der PDS ist in der Öffentlichkeit diskutiert worden; er ist bei den Verantwortlichen vor Ort bekannt und wird auch Gegenstand dieser Beratungen sein. Denn es ist ja nicht so, dass jemand aus meinem Haus sagt: Das ist es; darüber brauchen wir nicht weiter zu diskutieren.

Ich bin ganz sicher, dass die Praktiker auch darauf verweisen werden, dass es einen weiteren Gesetzentwurf gibt, nämlich den Ihrer Fraktion, und dass der Bestandteil dieser Besprechungen sein wird. Davon gehe ich aus.

Präsident Fritsch:

Frau Dr. Enkelmann!

Frau Dr. Enkelmann (PDS):

Herr Minister, gehören zu den Informationen an die Basis auch die erheblichen kritischen Einwände, die von den kommunalen Spitzenverbänden, von der GEW, vom Landeselternbeirat usw. gemacht worden sind? Gehören also zu den Informationen, die an die Schulen gegeben werden, auch diese Einwände?

Dann noch eine zweite Frage: Gibt es eine Anweisung - pardon - eine Information aus dem Ministerium an die Direktorinnen und Direktoren, dass Lehrerinnen und Lehrern untersagt wird, sich öffentlich zur Novelle des Schulgesetzes zu äußern?

Minister Rupprecht:

Ich ziehe die Antwort auf die zweite Frage vor und sage Nein und hole die Antwort auf die erste Frage nach und sage Ja - in aller Kürze. Ich glaube, wir haben nicht das Problem, dass wir ein Ministerium haben, das Schulleiterinnen und Schulleiter dogmatisiert und auf einen Entwurf festnagelt und sagt: Der kommt so, wie wir ihn euch heute vorstellen.

Die Veranstaltungen laufen so, dass gut informiert wird und auch kritische Argumente einfließen, die bei der Anhörung gefallen sind. Ich habe an der Anhörung ja zumindest zeitweise teilgenommen. Die Argumente sind publiziert worden und ich glaube, die Leute an der Basis lesen auch Zeitung und wissen, dass da durchaus Kritik gekommen ist. Wir haben die Kritik - so glaube ich - sehr ernst genommen. Wir sind innerhalb der Koalition in Verhandlungen. Ich sagte, an dem Gesetzentwurf wird es die eine oder andere Veränderung geben. Dieser Sachverhalt hat sehr stark mit der Anhörung zu tun. Glauben Sie nicht, dass wir die Anhörung nicht ernst nehmen! - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Fritsch:

Nachfragen hierzu sehe ich nicht mehr. Damit kommen wir zu den mündlichen Anfragen. Die **Frage 61** (Trennungsgeld) stellt der Abgeordnete Bischoff.

Bischoff (SPD):

Das Trennungsgeld ist seit Jahren Gegenstand politischer Debatten. Dabei geht es neben der fehlerhaften Auszahlung und dem Verdacht des Betruges in Einzelfällen auch um die grundsätzliche Frage, ob diese Leistungen überhaupt noch zeitgemäß sind.

Ich frage daher die Landesregierung: Wie weit ist die von ihr geplante Anpassung der Vorschriften zum Thema Trennungsgeld an die gesellschaftlichen Realitäten im Land Brandenburg vorangekommen?

Präsident Fritsch:

Herr Finanzminister, Sie haben das Wort.

Minister der Finanzen Speer:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Überarbeitung einer entsprechenden Verordnung ist inzwi-

schen abgeschlossen. Mein Haus wird in den nächsten Tagen die Ressorts der Landesregierung beteiligen und danach die vorgesehene Beteiligung der Gewerkschaften durchführen - dafür gibt es Fristen -, sodass die Verordnung Ende Februar in Kraft gesetzt werden kann. Die Verordnung wird sich an den gesellschaftlichen Realitäten in diesem Land orientieren. Das ist ganz klar.

Wir haben zwischenzeitlich als ersten Schritt den so genannten und auch vom Trennungsgeldexperten Schulz kritisierten Wünsdorf-Erlass aufgehoben. Wir haben gewartet, weil unterstellt wurde, dass der Bund entsprechende Regelungen ändern wolle. Die Änderungen, die inzwischen auf Bundesseite erwogen werden, betreffen die Regelungen in Brandenburg nicht, haben hier keine Auswirkungen. Deswegen werden wir jetzt die Trennungsgeldverordnung ändern. - Vielen Dank.

Präsident Fritsch:

Ich sehe keine Nachfragen. - Die **Frage 62** (Arbeitslosengeld II-PR-Kampagne der Bundesregierung) formuliert der Abgeordnete Otto.

Otto (PDS):

Die „Financial Times Deutschland“ hat am 10. November 2004 mitgeteilt, dass das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit Leistungen für eine PR-Kampagne zur Einführung des Arbeitslosengeldes II im Umfang von 14 Millionen Euro ausgeschrieben hat. Die Maßnahmen sollen Anzeigen, Plakate, Broschüren und Kinospots umfassen.

Ich frage: Wie bewertet die Landesregierung die angekündigte Kampagne unter Bedarfs- und Kostenaspekten?

Präsident Fritsch:

In Vertretung von Frau Ministerin Ziegler antwortet Staatssekretär Alber:

Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Alber:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist nicht Sache der Landesregierung, PR-Kampagnen der Bundesregierung zu beurteilen und sie auf ihre Bedarfs- und Kostenaspekte abzuklopfen. Sicher ist doch: Hartz IV braucht aus vielerlei Gründen Aufklärung. Da scheint mir eine bundesweite PR-Kampagne durchaus gerechtfertigt zu sein, zumal der Bundesregierung im letzten Sommer von allen Seiten vorgeworfen worden war, sie habe genau das versäumt, nämlich Aufklärung und Information über das, was auf die Menschen mit Hartz IV zukommt,

(Bochow [SPD]: Völlig richtig!)

oder ihnen auch zu sagen, was nicht auf sie zukommt. Das hätte ja auch Ängste, Missverständnisse, Proteste gemildert oder vermieden.

Inzwischen sind zum Beispiel die Montagsdemos fast völlig abgeflaut. Das ist vielleicht auch eine Folge inzwischen besserer Information.

(Zurufe von der PDS)

Offensichtlich hat die Bundesregierung aus der Kritik während des Sommers ihre Schlüsse gezogen und begleitet die Einführung des ALG II jetzt mit einer umfangreichen PR-Kampagne, die der Dimension dieser Aufgabe durchaus angemessen ist.

Herr Otto, es müsste auch der PDS bekannt sein, dass Öffentlichkeitsarbeit nicht zum Nulltarif zu haben ist. - Danke.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Das war eine Spitze!)

Präsident Fritsch:

Es gibt eine Nachfrage. Herr Abgeordneter Otto, bitte.

Otto (PDS):

Welche inhaltlichen Defizite sehen Sie denn, die durch diese PR-Kampagne unmittelbar vermittelt werden müssten?

Staatssekretär Alber:

Wie bereits gesagt, steht es uns nicht an, inhaltlich auf diese Aufklärungskampagne der Bundesregierung einzugehen. Insgesamt - wie ebenfalls bereits ausgeführt - halten wir sie für durchaus angemessen.

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, ich bitte noch einmal darum, bei Nachfragen die Mikrofone schon während der Antworten durch die Landesregierung zu drücken, damit es keine Missverständnisse bezüglich dessen gibt, ob die Frage noch zulässig ist.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Das ändern wir in der Geschäftsordnung!)

Dann wenden wir das auch so an, Frau Dr. Enkelmann!

Die **Frage 63** (Ausbau der Verkehrsprojekte im Elbe-Elster-Kreis) formuliert der Abgeordnete Schrey.

Schrey (CDU):

In der „Lausitzer Rundschau“ vom 10. November 2004 wird unter der Überschrift „Leipziger Olympia-Aus bremst Verkehrsprojekte in Elbe-Elster“ zur Umsetzung der in der Leila-Studie enthaltenen Verkehrsprojekte im Elbe-Elster-Kreis behauptet, dass die zahlreichen Verkehrsprojekte mit der gescheiterten Olympiabewerbung Leipzigs ins Abseits gerückt werden.

Ich frage: Welche Informationen hat die Landesregierung zu diesen Bauvorhaben und zu den Veröffentlichungen in der Presse?

Präsident Fritsch:

Der Minister für Infrastruktur und Raumordnung wird die Frage beantworten.

Minister für Infrastruktur und Raumordnung Szymanski:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Abgeordneter Schrey, am 1. Juli hat der Deutsche Bundestag

das Fünfte Gesetz zur Änderung des Fernstraßenausbaugesetzes und damit den neuen Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen beschloss - also deutlich nach der Entscheidung, dass Leipzig nicht mehr unter den Olympiabewerbern ist. Für das Land Brandenburg sind darin 169 Maßnahmen im vordringlichen Bedarf, einschließlich der Planungsreserve enthalten. Das müssen wir in der Bewertung immer beachten. Das wären Maßnahmen in einem Gesamtumfang von ca. 2,7 Milliarden Euro.

Da der Bund - das ist eine neue Entwicklung - den Anteil der Erhaltungsinvestitionen am Straßenbauetat deutlich erhöhen will, werden die Mittel für Neubaumaßnahmen zukünftig nur in begrenztem Umfang zur Verfügung stehen. Das heißt auch für das Land Brandenburg: Wir müssen Prioritäten setzen.

Grundsätzlich höchste Priorität haben bis 2015 neben der A 14 die Umsetzung der Ergebnisse der Leila-Studie und die Oder-Lausitz-Straße. Da die bereits darin enthaltenen Vorhaben die zur Verfügung stehenden Nebaumittel auf lange Zeit binden, hat die Straßenbauverwaltung in Zusammenarbeit mit dem Bund eine Untersuchung zur Dringlichkeitsreihung der Bedarfsplanvorhaben im Blauen Netz in Auftrag gegeben. Wir werden die Ergebnisse im Frühjahr des nächsten Jahres zur Verfügung haben und werden diese dann natürlich auch diskutieren.

Ziel der Untersuchung ist es, die nur begrenzt und zeitlich gestaffelt zur Verfügung stehenden Bundes- und Landesmittel so effektiv wie möglich einzusetzen. Das heißt im Umkehrschluss, sie gesamtwirtschaftlich sinnvoll einzusetzen, gerade auch vor dem Hintergrund der Frage: Mit welcher Straßenbaumaßnahme erreichen wir den höchsten Effekt in Fragen der Ansiedlungs- und Investitionspolitik des Landes?

Insgesamt muss ich darauf hinweisen, dass es wichtig ist, dass aus dem Landeshaushalt auch weiterhin die Planungsmittel für diese Baumaßnahmen zur Verfügung stehen; denn sie sind die Grundlage. Insgesamt befinden sich zurzeit 27 Maßnahmen im Bundesfernstraßenbereich mit einem Kostenvolumen von ca. 730 Millionen Euro im Bau.

Einzelne Vorhaben des Projektes „Leila“ - das haben Sie ganz konkret erfragt, Herr Schrey - befinden sich in der Planung. Ich will die Maßnahmen nennen:

Die B 87, Ortsumgehung Herzberg, und die B 183, Bad Liebenwerda, befinden sich in der technischen Entwurfsbearbeitung. Für die Ortsumgehung Herzberg ist es Ziel, im Jahr 2006 das Planfeststellungsverfahren einzuleiten.

Die B 87, hier Ortsumgehung Lübben, befindet sich bereits in der Bearbeitung der Linienbestätigung.

Die Ortsumgehung Luckau wurde schon am 17.10. für den Verkehr freigegeben.

Für zahlreiche Leila-Maßnahmen, wie die B 169 und die B 101, also die Ortsumgehungen Plessa und Elsterwerda, befinden sich die Antragskonferenzen für die Raumordnungsverfahren in der Vorbereitung. Darunter befinden sich auch Maßnahmen in Südbrandenburg, wie die Ortsumgehung Senftenberg und die Ortsumgehung Guben. Die Ortsumgehungen Luckau und Bad Liebenwerda, also B 101, sind bereits fertig gestellt. Für Südbrandenburg beträgt das Volumen in diesem Bereich also 100 Millionen Euro.

Die Behauptung eines Ins-Abseits-Rückens von Verkehrsprojekten ist deshalb aus Sicht der Landesregierung nicht nachvollziehbar.

Präsident Fritsch:

Herr Minister, es wird Nachfragebedarf signalisiert. Frau Tack, bitte.

Frau Tack (PDS):

Herr Minister, ich habe eine Nachfrage. Angesichts der Tatsache, dass es in den Zeitungen täglich Hiobsbotschaften über Verkehrsprojekte des Bundes gibt - nicht nur die Straße, sondern auch die Schiene betreffend, wie zum Beispiel heute zu lesen ist: „Aus für den Prignitz-Express“ -, frage ich Sie: Wann wird es eine zwischen Bundesverkehrsministerium und Ihrem Ministerium abgestimmte Übersicht zu den gemeinsamen Projekten des Landes Brandenburg geben?

Minister Szymanski:

Sie wollen sicherlich auch auf die Frage nach dem Prignitz-Express eine ganz konkrete Antwort haben. Diesbezüglich werden wir mit der Bahn verhandeln müssen, welche Maßnahmen auf der Schiene gemeinsam nach vorn gebracht werden können, wobei ich noch einmal sagen muss, dass wir dort nur eine mittelbare Rolle haben; denn letztlich ist die Finanzierung auch bei der Schiene durch den Bund bzw. mit der Bahn gemeinsam zu realisieren.

Frau Tack, Sie wissen, dass wir von den entsprechenden Summen im Bundeshaushalt abhängig sind. Sie wissen auch, dass die Abstimmungen entsprechend dem Planungsvorsprung, den wir immer haben, kontinuierlich durchgeführt werden, um dann auch Baureife von Maßnahmen bestätigen zu können. Diese Abstimmungen mit dem Bund können wir nur jährlich durchführen, wobei ich noch einmal darauf hinweise, dass die prioritären Maßnahmen aufgrund des Bundesverkehrswegeplanes und der entsprechenden Fernstraßenausbaugesetze sowie der gesetzlichen Vorgaben bezüglich der Schiene bestimmt werden.

(Zuruf von der PDS: Kämpfen!)

Das machen wir.

Präsident Fritsch:

Eine weitere Nachfrage von Herrn Otto.

Otto (PDS):

Herr Minister, zum Richtfest der Papierfabrik in Spremberg haben Sie ausgeführt, dass die Landesregierung sich darum bemühen wird, die Ortsumfahrung Spremberg, die wesentlich für die Papierfabrik und die folgende Wellpappenfabrik ist, möglicherweise mit auf den Weg zu bringen. In Ihren gegenwärtigen Darlegungen habe ich dieses Thema vermisst. Wie weit ist der Arbeitsstand in diesem Zusammenhang?

Minister Szymanski:

Der Arbeitsstand ist der gleiche, wie ich ihn auf dem Richtfest dargestellt habe. Sie wissen, dass wir aufgrund der positiven

wirtschaftlichen Entwicklung dort kurzfristig Planungsmittel zur Verfügung gestellt haben, um die Planung - das ist unsere Zielstellung - bis Ende 2005 abzuschließen. Das war meine Aussage; dazu stehe ich auch. Ich habe nicht gesagt - das wurde zum Teil in sächsischen Medien dargestellt -, dass damit ein sofortiger Baubeginn verbunden ist. Darauf möchte ich noch einmal hinweisen. Da sind wir abhängig vom Bundeshaushalt.

Ich habe in meinen Ausführungen auch dargestellt, dass wir neben diesen drei grundsätzlichen, den großen Maßnahmen natürlich prüfen müssen, welche prioritären Maßnahmen wir im Land in eine Prioritätenliste der Umsetzung aufnehmen. - Genauso könnte jetzt Abgeordneter Mike Bischoff wie sicherlich der eine oder andere hier im Haus ebenfalls aufstehen, die positive Entwicklung von Schwedt darstellen und die gleiche Frage stellen. - Diese Zusage ist erst einmal gegeben worden. Alles andere ist mit dem Bund und natürlich mit dem Land gemeinsam zu entscheiden.

Präsident Fritsch:

Danke, Herr Minister. - Die **Frage 64** (Drogen an Brandenburger Schulen) stellt der Abgeordnete Nonninger.

Nonninger (DVU):

Die Zahl der Rauschgiftdelikte in Brandenburg steigt weiter an. Besonders besorgniserregend ist die starke Zunahme der Zahl von jugendlichen Ecstasy-Konsumenten. Der Pressesprecher des Landeskriminalamtes Brandenburg äußerte in einem Bericht der „Potsdamer Neuesten Nachrichten“, dass es an fast jeder Schule in der Mark möglich sei, an Drogen zu kommen.

Ich frage die Landesregierung: Welche konkreten Erkenntnisse hat sie über den Konsum von und den Handel mit illegalen Drogen an Brandenburger Schulen?

Präsident Fritsch:

Herr Innenminister, Sie haben das Wort.

Minister des Innern Schönbohm:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Nonninger, es ist richtig, die Zahl der Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz stieg von 2003 auf 2004 wiederum. Es ist glücklicherweise aber auch festzustellen, dass die Zahl der festgestellten Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz an den Schulen und im unmittelbaren Umfeld der Schulen zurückgegangen ist. Jedoch ist der Anteil der unter 21-Jährigen an den ermittelten Tatverdächtigen mit 64 % außerordentlich hoch.

Auf der von Ihnen angesprochenen Pressekonferenz hat der Sprecher des Landeskriminalamtes zwar Ausführungen gemacht, aber nicht gesagt, dass man praktisch an jeder Schule Rauschmittel besorgen könne. Der Journalist, der diesen Bericht verfasst hat, hat anschließend in einem Brief an das LKA klargestellt, dass er sich dazu falsch geäußert hat.

Unabhängig davon ist das ein Thema, das wir intensiv im Landespräventionsrat erörtern. Gemeinsam mit dem Kollegen Rupprecht werden wir die bisher in der Bekämpfung von Rauschgiftdelikten entwickelten Strategien und die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Schule intensivieren.

Präsident Fritsch:

Es gibt eine Nachfrage der Abgeordneten Fechner.

Frau Fechner (DVU):

Können Sie sagen, wie viel Fälle von Drogenmissbrauch es konkret an Brandenburger Schulen gab?

Minister Schönbohm:

Vom 01.01. bis 31.10.2004 wurden 269 Rauschgiftfälle im Zusammenhang mit den Tatörtlichkeiten Schule und Schulhof festgestellt. Das ist gegenüber dem Vorjahreszeitraum, in dem insgesamt 533 Rauschgiftfälle festgestellt wurden, ein Rückgang von 49,5 %. Das bestätigt, was ich gesagt habe: ein Rückgang an den Schulen, aber insgesamt eine Zunahme und eine Erhöhung des Anteils derjenigen, die unter 21 Jahre alt sind.

Präsident Fritsch:

Danke, Herr Minister. - Die **Frage 65** (Neue Struktur für Gleichstellungs-, Frauen- und Familienpolitik) stellt die Abgeordnete Dr. Schröder.

Frau Dr. Schröder (SPD):

Ich frage die Landesregierung: Durch welche neuen Strukturen soll künftig die Gleichstellungs-, Frauen- und Familienpolitik besser als bisher mit allen Fachbereichen und Ressorts verknüpft und effektiver als bisher umgesetzt werden? Ich freue mich, dass an einem Tag wie heute ein Mann diese Frage beantwortet.

(Zuruf von der PDS: Was gibt es da zu freuen?)

- Das verstehen Sie nicht.

Präsident Fritsch:

Bitte, Herr Staatssekretär Alber.

Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Alber:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Keine Angst, die zukünftige Frauen- und Gleichstellungspolitik unseres Hauses geht mit der Fokussierung auf den Begriff „Familie“ im Ministeriumstitel nicht unter. Im Gegenteil, Frauen- und Familienpolitik sind ein Paar; denn schließlich hängt an der erfolgreichen Durchsetzung der tatsächlichen Gleichstellung auch der Erfolg der Familienpolitik. In der Betonung auf Familienpolitik widerspiegelt sich ein weiterer politischer Schwerpunkt der Landesregierung; das schmälert jedoch keineswegs Stellenwert und Umfang unserer Gleichstellungspolitik.

Der Koalitionsvertrag schreibt unter anderem fest, dass die Strategie und das Leitprinzip des Gender Mainstreaming für eine größere Geschlechtergerechtigkeit in allen Bereichen der Landesverwaltung zur Anwendung kommen müsse. Diesem Ziel sehen wir uns verpflichtet. Daher wird sich die Ministerin auch in ihrer Funktion als Landesgleichstellungsbeauftragte mit aller Kraft für eine erfolgreiche Frauen- und gender-politische Querschnittspolitik einsetzen.

Wie andere Ministerien verpflichtet der Koalitionsvertrag auch uns dazu, eine Abteilung einzusparen und alle Aufgaben unseres Hauses künftig in vier Abteilungen zu organisieren.

Auch mit veränderten Strukturen werden sämtliche Aufgaben der bisherigen Abteilung Gleichstellung, Frauen und Familie fortgeführt. Von diesem Umbau versprechen wir uns zusätzliche Synergieeffekte. Allerdings werden wir dabei nichts übers Knie brechen, sondern uns die Zeit nehmen, dieses sensible Thema angemessen zu diskutieren und die neue Organisation solide auf den Weg zu bringen. Wir müssen das Ergebnis dieses Prozesses und die neuen Strukturen abwarten, bevor wir sagen können, wie sie mit anderen Fachbereichen und Ressorts zu verknüpfen sind. Ich bitte da um etwas Geduld. - Danke.

Präsident Fritsch:

Es gibt eine Nachfrage von Frau Kaiser-Nicht.

Frau Kaiser-Nicht (PDS):

Ich beziehe mich auf Ihre Aussage, dass man die Ergebnisse abwarten solle, und auf die Aussage von Frau Ministerin im Ausschuss, dass es den Auftrag gab, im Ministerium eine Abteilung einzusparen, und frage: Aufgrund welcher Analyse wurde dem Kürzungsauftrag ausgerechnet die Frauenabteilung geopfert, obwohl sich berufliche, soziale und familiäre Bedingungen in den letzten Jahren für Frauen verschärften und gerade allein erziehende Frauen zum Beispiel von Hartz IV Nachteile haben?

Meine zweite Frage: Was halten Sie von der Ansicht, die beste Familienpolitik ist eine offensive Politik für die ökonomischen und sozialen Rechte von Frauen, die auch Frau Hildebrandt vertrat und die im Übrigen zur bisherigen Struktur des Ministeriums geführt hat?

Staatssekretär Alber:

Sie erliegen einem Missverständnis, wenn Sie meinen, dass irgendwelche Aufgaben, die bisher in der Frauenabteilung wahrgenommen worden sind, künftig ersatzlos wegfallen. Es geht nur um eine Organisationsveränderung.

(Widerspruch der Abgeordneten Kaiser-Nicht [PDS])

Alle Aufgaben werden künftig im Ministerium wahrgenommen, wenngleich in anderer organisatorischer Einheit. Dem dient diese Umstrukturierung. Wir werden hier untersuchen, welches die optimale Aufgabenwahrnehmung sein wird.

(Frau Kaiser-Nicht [PDS]: Das hätten Sie vorher machen müssen!)

Zu Ihrer zweiten Frage: Diese Aussage kann ich nur unterstreichen.

Präsident Fritsch:

Herr Jürgens, bitte.

Jürgens (PDS):

Herr Staatssekretär, ich habe auch zwei Nachfragen. Zum einen sprachen Sie global von mehr Gerechtigkeit, die für Frauen

erreicht werden soll. Welche konkreten Maßnahmen beabsichtigen Sie in Ihrem Ministerium durchzusetzen, um diese Gerechtigkeit zu erreichen?

Zum Zweiten: Sie haben leider keine Aussagen zur Behindertenpolitik, die in die Gleichstellungspolitik involviert ist, getroffen. Welche konkreten Maßnahmen sind in der Behindertenpolitik zu erwarten?

Staatssekretär Alber:

Wir werden für die von Ihnen gewünschten konkreten Maßnahmen die notwendigen organisatorischen Bedingungen schaffen. Das betrifft sowohl Ihre Frage 1 zur Wahrnehmung der Gleichstellungspolitik als auch Ihre Frage 2 hinsichtlich der Wahrnehmung der Aufgaben der Behindertenpolitik.

Präsident Fritsch:

Die nächste Nachfrage kommt von Herrn Gehrcke.

Gehrcke (PDS):

Herr Staatssekretär, haben Sie zur Kenntnis genommen, dass Frauen aus allen demokratischen Fraktionen dieses Hauses - SPD, CDU und PDS - gegen die Maßnahmen protestiert haben, dass die Begründung, warum ein Ministerium nicht mehr den Begriff „Frauen“ führt, sondern stattdessen „Familie“ sagt, natürlich eine ideologisch-weltanschauliche Begründung ist, weil man Frauen auf Familie reduzieren will, und dass genau hier der Kern des Konfliktes liegt?

Können Sie mir zweitens Ihre Logik erklären, wieso ausgerechnet die Einsparung einer Abteilung „Frauen“ frauenförderlich und nicht frauenfeindlich ist? Diese Logik verschließt sich meinem Verständnis.

Staatssekretär Alber:

Auf Ihre Frage darf ich Ihnen Folgendes antworten: Die Frauen dieses Hauses haben in sehr unterschiedlicher Weise reagiert. Ich selbst habe an einem Gespräch des Frauenpolitischen Rates teilgenommen, in dem die Ministerin die Motive für die notwendigen organisatorischen Veränderungen verdeutlichte und klargelegt hat, dass sie als Ministerin und Landesgleichstellungsbeauftragte künftig mit aller Kraft für die Belange der Frauen eintreten wird.

(Frau Kaiser-Nicht [PDS]: Wir haben unterschiedliche Erfahrungen! Das war keine Antwort auf die Frage!)

Präsident Fritsch:

Frau Dr. Münch, bitte.

Frau Dr. Münch (SPD):

Herr Staatssekretär, Sie sehen, es gibt eine Reihe von Nachfragen, deswegen auch meine erste Frage: Bis wann wird uns die Ministerin über die neuen Strukturen der Gleichstellung in Ihrem Ministerium Bericht erstatten?

Zweite Frage: Ist vorgesehen, verbindliche Maßnahmen für die anderen Ressorts einzuführen, welche im Grunde genommen

ihre Maßnahmen zum Gender Mainstreaming darlegen müssen, oder wird das im Rahmen einer jährlichen Berichterstattung erfolgen?

Staatssekretär Alber:

Es ist vorgesehen, relativ bald die notwendigen organisatorischen Maßnahmen im Ministerium zu ergreifen. Einen genauen Zeitpunkt kann ich Ihnen nicht nennen. Nur so viel: In den nächsten Tagen wird in einer Leitungsklausur mit den beteiligten Abteilungen des Hauses auf der Basis konkreter Vorschläge mit Varianten, wie die neue Organisationsstruktur aussehen soll, diskutiert werden.

(Zuruf der Abgeordneten Kaiser-Nicht [PDS])

Das wird in den nächsten Tagen passieren und danach wird zunächst - losgelöst von den Personalfragen, die natürlich mit einer Organisationsveränderung verbunden sind - eine organisatorische Entscheidung getroffen werden. Danach wird mit allen beteiligten Personen versucht, eine verträgliche Lösung zu finden und die notwendigen Veränderungen vorzunehmen.

Ich darf noch auf die zweite Frage eingehen: Wenn die entsprechenden Entscheidungen getroffen worden sind, wird unser Haus auch mit den anderen Ministerien Kontakt aufnehmen, denn das Amt der Landesgleichstellungsbeauftragten sieht auch auch die Beratung und Zusammenarbeit mit den anderen Ressorts vor.

Präsident Fritsch:

Herr Gehrcke, bitte.

Gehrcke (PDS):

Herr Staatssekretär, Sie haben meine Frage nicht beantwortet. Sie sind auf die erste Frage eingegangen, auf meine zweite Frage jedoch nicht. Damit ich niemanden überfordere, stelle ich die Frage noch einmal etwas einfacher:

Ist für Ihr Haus „Familie“ und „Frauen“ identisch oder sehen Sie einen Unterschied zwischen Familien- und Frauenpolitik?

Staatssekretär Alber:

Ich glaube, Sie haben meine zu Beginn gebrachten Ausführungen nicht mehr in Erinnerung.

(Zustimmung bei der SPD)

Dort habe ich ausgeführt, Frauen- und Familienpolitik sind ein Paar, denn schließlich hängt von der erfolgreichen Durchsetzung der tatsächlichen Gleichstellung auch der Erfolg der Familienpolitik ab.

(Zurufe von der PDS)

Präsident Fritsch:

Danke, Herr Staatssekretär, für die Beantwortung dieser Fragen. - Die **Frage 66** (Perspektive des 610-Stellen-Programms) stellt der Abgeordnete Krause.

Krause (PDS):

Seit Wochen kursiert ein Diskussionspapier des MBS, in dem davon gesprochen wird, das 610-Stellen-Programm der Jugendarbeit um 200 auf 410 Stellen zu kürzen.

Ich frage die Landesregierung: Welchen Stellenwert hat dieses Papier für die Förderung der Jugendarbeit? Gleichzeitig gebe ich zur Kenntnis, dass ich zwei Nachfragen habe. Herr Rupprecht hat damit die Chance, wenn er das Papier kennt, von allein auf diese Nachfragen zu kommen.

(Beifall und Heiterkeit - Schulze [SPD]: So jung und schon so frech!)

Präsident Fritsch:

Herr Minister Rupprecht, bitte.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht:

Zunächst vielen Dank für den Hinweis. Ich muss gleich wieder einen Begriff korrigieren. Anders als auf meinem Zettel steht, auf dem Ihre Anfrage formuliert ist, sagten Sie jetzt „kursiert“. Hier steht „in Umlauf“. Beides ist falsch. Ich muss Sie korrigieren, Herr Krause. - Entschuldigung, ich habe Sie, Herr Präsident und meine Damen und Herren gar nicht begrüßt.

Sehr geehrter Herr Krause, ich muss Sie korrigieren, das von Ihnen angesprochene Papier ist nicht „in Umlauf“. Es ist an die zuständigen Dezernenten der Landkreise und kreisfreien Städte gerichtet worden, um eine Gesprächsgrundlage für eine Diskussion zu haben, die im Oktober in meinem Hause stattgefunden hat. Ich finde es bedauerlich, dass die darin formulierten Überlegungen durch Sie einfach darauf verkürzt werden, dass die Landesregierung die Zahl der geförderten Stellen reduzieren will.

Es gibt, denke ich, nur wenige Bereiche der Landesförderung, in denen die Zuwendungsempfänger eine so langfristige Planungssicherheit hatten und haben wie beim 610-Stellen-Programm. Bereits im Jahr 2003 sind, wie Sie wissen, die Bewilligungen für das kommende Jahr, also 2005, ausgesprochen worden. Die jetzt angestellten Überlegungen beziehen sich auf die Jahre 2006 bis 2009 und dienen gerade der Herstellung einer weitgehenden Planungssicherheit. Alle an dem Diskussionsprozess Beteiligten sind sich bewusst, dass die Landesregierung noch nicht über den Haushaltsplan der Jahre 2005 oder gar 2006 beschlossen hat. Jedoch gehen die bisherigen Absprachen zur mittelfristigen Finanzplanung von einer Weiterführung der Förderung der Personalkosten von sozialpädagogischen Fachkräften in der Jugend- und Jugendsozialarbeit aus.

Es ist unabdingbar, die Partner aus den Landkreisen und kreisfreien Städten frühzeitig in die notwendigen Überlegungen einzubeziehen.

Die an der Diskussion beteiligten Dezernentinnen und Dezernenten haben insofern die Überlegungen meines Hauses nicht als Verunsicherung erlebt, sondern sich - im Gegenteil - zufrieden darüber gezeigt, dass der Diskussionsprozess trotz aller bestehenden Unwägbarkeiten - die gibt es nun einmal - so frühzeitig eingeleitet wurde.

Insofern kann ich Ihre Frage abschließend wie folgt beantworten: Das von Ihnen angesprochene Papier und die darüber begonnene Diskussion zeigen, dass im Hinblick auf die weitere Sicherung der Grundversorgung mit hauptamtlich betreuten Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit noch eine Vielzahl von Fachfragen und inhaltlichen Problemen zu diskutieren und zu lösen ist. Das ist unbestritten. Das Diskussionspapier soll der Strukturierung dieses Diskussionsprozesses dienen, ohne - das ist wichtig - bereits seine Ergebnisse vorwegzunehmen. - So weit meine Ausführungen.

Präsident Fritsch:

Der Fragesteller hat Nachfragebedarf. Herr Krause, bitte.

Krause (PDS):

Mir ist natürlich bekannt, dass der Haushalt 2005 noch nicht verabschiedet ist. Meine Vermutung ist aber, dass wir, wenn das Ministerium schon mit einer Kürzung des 610-Stellen-Programms in die Verhandlungen geht, nicht mit 610 Stellen herauskommen werden.

Jetzt komme ich zu meinen beiden Nachfragen. Die Zielgruppe des 610-Stellen-Programms sind die 14- bis 20-Jährigen. Für die Neuberechnung werden aber die 0- bis 18-Jährigen herangezogen. Wie klären Sie diesen Widerspruch auf?

Zweitens: Als Schwerpunkt in dem Papier wird Jugendarbeit im ländlichen Raum benannt. Trotzdem fließt die ländliche Fläche mit nur 0,1 in die Neuberechnung ein. Wie können Sie diesen Widerspruch aufklären?

Minister Rupprecht:

Ich kann diesen Widerspruch an dieser Stelle nicht aufklären, weil - das habe ich betont - ein Diskussionsprozess mit den Leuten, die das in der Praxis auch umsetzen müssen, begonnen wurde; ich denke, das ist auch angemessen. Darin werden solche Fragen, wie Sie sie jetzt gestellt haben, ausführlich diskutiert. Jeder kann sich einbringen, vor allen Dingen die Leute aus der Praxis, vor allen Dingen auch die Leute im ländlichen Bereich, wo es sicherlich die größten Probleme geben wird.

Gestatten Sie, dass ich hier nicht vorschnell Urteile fälle oder sage, was ich vermute oder was vielleicht kommt. Warten wir diesen Diskussionsprozess ab. Er sollte ruhig und sachlich geführt werden. Sie können sich einbringen. Dann werden wir auch, denke ich, vorzeigbare Ergebnisse haben, mit denen wir alle zufrieden sein können. Allerdings wird es angesichts der finanziellen Lage schwierig werden.

Präsident Fritsch:

Herr Abgeordneter Hammer, bitte.

Hammer (PDS):

Herr Minister, Sie wissen, dass es in den letzten fünf Jahren immer wieder Versuche gab, das 610-Stellen-Programm zu kürzen. Können Sie deshalb verstehen, dass in den Einrichtungen und auch bei den Arbeitern vor Ort entsprechende Skepsis herrscht, sobald solch ein Papier in Umlauf kommt?

Minister Rupprecht:

Ich kann natürlich jegliche Skepsis verstehen. Alle Leute können rechnen. Wir wissen auch, was in den Medien über die zukünftige Haushaltslage dieses Landes kursiert, dass es Einschnitte in verschiedenen Bereichen geben wird und geben muss. Ich hoffe - das ist mein Bestreben und ich werde mich in den Haushaltsverhandlungen dafür einsetzen -, dass Einschnitte in diesem Bereich so gering wie möglich gehalten werden, dass möglichst erst gar keine entstehen. Ich kann Ihnen an dieser Stelle aber nichts versprechen; ich werde mich hüten.

Präsident Fritsch:

Abgeordneter Sarrach, bitte.

Sarrach (PDS):

Herr Minister, können wir Übereinstimmung darin erzielen, dass es bei der Beantwortung der Frage des Kollegen Krause nicht darauf ankam zu bewerten und festzustellen, ob ein Papier „in Umlauf“ ist oder „kursiert“, sondern ob ein Papier existiert, und dass wir uns viel Zeit bei der Beantwortung von Anfragen sparen können, wenn wir diese Polemik unterlassen?

Zweitens, um sicher zu sein: Wie heißt dann dieser Vorgang in Ihrem Ministerium, wenn ein Papier entsprechend diskutiert wird?

Minister Rupprecht:

Ich glaube, wir sollten uns nicht an Begriffen festmachen.

(Zurufe von der PDS)

Ich habe damit begonnen, weil es so, wie es auf dem Zettel steht, falsch ist. Für mich ist „in Umlauf“ etwas anderes, als wenn die dafür verantwortlichen Leute per Papier zu einem Diskussionsprozess angeregt werden, also das Papier auch eine Einladung zu einer ersten Veranstaltung auf dieser Ebene ist. Entschuldigen Sie, da sehe ich Unterschiede, darauf wollte ich hinweisen. „In Umlauf“ würde für mich bedeuten: Es ist an die Medien gegangen, es hat jeder bekommen, der Lust darauf hat. Das war nicht so.

Wie mit dem Papier von denen, an die es gerichtet ist, dann umgegangen wird, entzieht sich leider mitunter meinem Zugriff.

Präsident Fritsch:

Danke, Herr Minister. - Damit ist das mögliche Fragevolumen ausgeschöpft. Selbst der Fragesteller darf nur dreimal nachfragen, sonst entstehen Zwiesgespräche.

Wir kommen zur **Frage 74** (175. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder), die mit Frage 67 getauscht werden soll. Sie wird von Herrn Petke gestellt.

Petke (CDU):

In der vergangenen Woche fand die Konferenz der Innenminister und -senatoren von Bund und Ländern statt.

Ich frage die Landesregierung: Welche Brandenburg betreffenden Beschlüsse wurden auf dieser Konferenz gefasst?

Präsident Fritsch:

Für die Beantwortung steht der Innenminister zur Verfügung.

Minister des Innern Schönbohm:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Abgeordneter Petke, wir hatten in der Tat in der letzten Woche die 175. Sitzung der Innenminister und -senatoren der Länder und haben die Fragen erörtert, die auch in der Öffentlichkeit eine besondere Aufmerksamkeit erfahren.

Zum einen haben wir uns mit dem Thema Terrorismusbekämpfung intensiv befasst. Der Bundesinnenminister und der Chef der BKA haben dazu vorgetragen. Wir haben gemeinsam ein Eckpunktepapier zu ganzheitlichen Ansätzen zur Bekämpfung des islamistischen Extremismus und Terrorismus entwickelt. Es sind noch keine endgültigen Entscheidungen getroffen worden, da es dazu unterschiedliche Auffassungen gibt. Aber ich denke, wir werden zu einem gemeinsamen Ergebnis kommen.

Wichtig für Brandenburg ist die beabsichtigte Änderung des Versammlungsgesetzes. Dieses Thema erörtern wir seit Jahren. Nunmehr hat der Bundesinnenminister ein Eckpunktepapier vorgelegt, auf dessen Basis ein Gesetzentwurf verabschiedet werden sollte. Dabei sollen die Länder die Möglichkeit erhalten, durch Landesgesetz Versammlungen an bestimmten Stätten zu verbieten oder von Beschränkungen abhängig zu machen. Dies ist in Brandenburg für Halbe von besonderer Bedeutung.

Es ist des Weiteren eine neue Anzeigefrist vorgesehen, dass Versammlungen 72 Stunden und nicht wie bisher 48 Stunden vorher anzumelden sind. Durch eine neue Definition des Versammlungsbegriffs soll die Abgrenzung zu anderen Veranstaltungen erleichtert werden.

Wir haben auch intensiv über weitere Anwendungsmöglichkeiten der DNA-Analyse gesprochen und sind uns darüber einig, dass wir die DNA-Analyse in ihren Einsatzmöglichkeiten erweitern müssen. Es geht dabei auch darum, dass der Richtervorbehalt bei der Untersuchung anonymer Spuren wegfallen sollte. Hierüber ist noch kein Einvernehmen erzielt worden.

Auch ausländerrechtliche Fragen im Zusammenhang mit dem neuen Zuwanderungsgesetz sind erörtert worden. Dabei ging es um die Rückkehr irakischer Staatsangehöriger und um die Rückführung von Minderheiten in den Kosovo. Wir waren uns darüber einig, dass zum jetzigen Zeitpunkt irakische Staatsangehörige nicht zurückgeführt werden können; denn die Lage ist bekanntlich außerordentlich schwierig. Uns ist aber daran gelegen, so schnell wie möglich Personen zurückzuführen, auch in den Irak, die schwere Straftaten begangen haben, und Personen, die die innere Sicherheit gefährden. Der Bund wird prüfen, zu welchem Zeitpunkt dies ab 2005 möglich ist.

Kosovo-Flüchtlinge werden zum Teil bereits zurückgeführt. Der Bundesinnenminister verhandelt mit den dortigen Autoritäten und der Übergangsverwaltung der Vereinten Nationen im Kosovo über Kontingente und Zeitpunkte.

Das Beamtenrecht ist ebenfalls angesprochen worden. Hier gibt es zwischen dem Bundesinnenminister und dem Deutschen Beamtenbund eine Vereinbarung, die vermutlich durch die Ergebnisse der Föderalismuskommission überholt wird. Dazu gibt es zwischen den Bundesländern unterschiedliche Auffassungen. Es wird wohl dazu führen, dass im Rahmen der Föderalismuskommission das Beamtenrecht weitgehend in die Zuständigkeit der Bundesländer mit all den Konsequenzen, die das haben kann, gerade bei uns im berlinnahen Raum, übertragen wird. Wir müssen abwarten, was dabei herauskommt.

Wir hatten ein Thema in der Kaminrunde, das auch durch die Presse bekannt wurde, das Thema Sicherheitsarchitektur. Ich habe vor einem Jahr vorgeschlagen, dass wir eine Arbeitsgruppe der Innenminister bilden, der zwei CDU-Mitglieder, zwei SPD-Mitglieder und Minister Schily angehören. Wir haben dreimal getagt und sind zu keinem Ergebnis in der Frage gekommen, wie weit die Zuständigkeiten des Bundesinnenministers reichen. Dabei gibt es in der Frage, wie viel zentral und wie viel dezentral gemacht werden muss, nicht nur Unterschiede - dass das klar ist - zwischen SPD und CDU, sondern auch zwischen den Ländern und dem Bund. Dies wird wohl auch Gegenstand der Beratungen der Föderalismuskommission sein.

Zusammengefasst: Es war eine Konferenz, auf der viele Fragen besprochen wurden, die unmittelbare Auswirkungen auf Brandenburg haben.

Präsident Fritsch:

Herr Minister, es gibt Nachfragebedarf. Herr Petke, bitte.

Petke (CDU):

Herr Minister, auf der Tagesordnung stand auch die Kostenübernahme des Bundes in Bezug auf die immensen Kosten, die Brandenburg durch die Räumung von Kampfmitteln entstehen. Ist es zu einer Einigung gekommen?

Minister Schönbohm:

Zur Kampfmittelbeseitigung hat es auf der Innenministerkonferenz keine Einigung gegeben, aber eine Verständigung.

Ich muss noch einmal in Erinnerung rufen - Sie haben es gestern hier erörtert -: Wir haben einen Gesetzentwurf in den Bundesrat eingebracht, der im Bundestag keine Mehrheit gefunden hat. Die Bundesregierung möchte die bisherige Staatspraxis beibehalten. Nunmehr hat der Bundesfinanzminister gesagt, er möchte, abweichend von der bisherigen Staatspraxis, nur noch den Transport und die Entsorgung der geborgenen Munition übernehmen, was konkret bedeutet: Wir haben in den Jahren 2003 und 2004 insgesamt 30 Millionen Euro für die Kampfmittelbeseitigung ausgegeben. Wenn sich die neue Auffassung des Bundesfinanzministers durchsetzt, dann würde die Kostenbeteiligung des Bundes nur noch 1 Million Euro betragen. Die Innenminister der Länder stimmen unserer Auffassung zu, dass dies nicht akzeptabel ist. Der Bundesinnenminister hat vor dem Hintergrund der notwendigen Abstimmung im Kabinett gesagt, dass er dies zur Kenntnis nimmt. Er wird es vortragen, kann sich aber zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht festlegen. Es bleibt also auf der Tagesordnung.

Präsident Fritsch:

Herr Abgeordneter Schippel, bitte.

Schippel (SPD):

Herr Innenminister, Sie erwähnten das Versammlungsrecht und in dem Zusammenhang die Vorgänge um Halbe. Nun ist aus Presseberichten bekannt, dass Rechtsextreme über mehrere Jahre hinweg dort Anmeldungen vorgenommen haben. Wie bewerten Sie die in meinen Augen unmögliche Praxis? Wird das Eingang in diese Gesetzesdiskussion finden?

Minister Schönbohm:

Herr Abgeordneter Schippel, das war einer der wenigen Punkte, weshalb ich seit langer Zeit darauf dränge, das Versammlungsrecht zu ändern, ausgehend von den Erfahrungen mit dem Holocaust Memorial in der Nähe des Brandenburger Tors und mit Halbe. Aber auch das Völkerschlachtdenkmal in Leipzig wird oft missbraucht. Wir wollen mit diesem Gesetz die Möglichkeit haben, den Missbrauch zu beenden und deutlich zu machen, dass dort keine Demonstrationen stattfinden dürfen. Ich hoffe, dass das im Bundestag - das ist das Wichtigste - so beschlossen wird. Diesbezüglich gibt es innerhalb der Bundesregierung noch Arbeit.

Präsident Fritsch:

Herr Abgeordneter Domres, bitte.

Domres (PDS):

Herr Minister, ich habe zwei Nachfragen.

Erstens: Gab es bei der Innenministerkonferenz Vereinbarungen hinsichtlich des Umgangs mit den einzurichtenden Härtefallkommissionen bzw. bezüglich dessen, wie man bundeseinheitlich mit dem Thema Härtefallkommission umgeht?

Zweitens: Sie haben die Problematik Irak und Kosovo angesprochen. Gab es weitere Vereinbarungen hinsichtlich eines Abschiebestopps?

Minister Schönbohm:

Es gab keine Vereinbarung über einen Abschiebestopp, weil wir der Auffassung sind, dass erst einmal abgewartet werden muss, welche Auswirkungen die Möglichkeit der Härtefallregelung durch die Härtefallkommission hat.

Von Berlin war angemeldet worden, dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Wir haben kurz darüber gesprochen und waren mit deutlicher Mehrheit der Auffassung, dieses Thema zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu erörtern. Es wird in der Frühjahrskonferenz noch einmal auf die Tagesordnung kommen.

Zur Härtefallkommission: Dieses Thema liegt in der ausschließlichen Zuständigkeit der Bundesländer. Hierzu gab es einen Meinungsaustausch darüber, wer was macht. Ich habe das mit den CDU-Kollegen und mit Rot-Grün aus Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein festgestellt und denke, dass wir auf der Basis dieses Gedankenaustausches eine gemeinsame Lösung finden werden. Es war nicht formal auf der Tages-

ordnung, aber Gesprächsgegenstand. Die Länder werden wohl in der Mehrzahl Härtefallkommissionen einrichten.

Präsident Fritsch:

Das Wort hat der Abgeordnete Scharfenberg.

(Dr. Scharfenberg [PDS]: Es hat sich erledigt!)

Ich danke Ihnen, Herr Innenminister, für die Beantwortung der Fragen.

Wir kommen zur **Frage 68** (Gaspreiserhöhungen in Brandenburg), die vom Abgeordneten Pohl formuliert wird.

Pohl (SPD):

Die großen Gasversorger des Landes Brandenburg haben Preiserhöhungen in einer Größenordnung von 5 bis 12 % angekündigt. Die Verbraucherzentrale des Landes ist dagegen der Auffassung, dass diese Erhöhung mit der Kostenentwicklung nicht zu rechtfertigen ist, und ruft die Verbraucher auf, gegen die Preiserhöhungen Widerspruch einzulegen.

Ich frage daher die Landesregierung: Sind diese Preiserhöhungen Ihrer Auffassung nach gerechtfertigt?

Präsident Fritsch:

Bitte, Herr Wirtschaftsminister.

Minister für Wirtschaft Junhanns:

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Abgeordneter Pohl, diese Frage kann ich von dieser Stelle aus nicht abschließend beantworten, weil gegenwärtig aufgrund der gravierenden Erhöhungen einschlägige angekündigte Prüfungen im Gange sind.

Zur Erläuterung vielleicht so viel: In der Tat haben die brandenburgischen Gasversorgungsunternehmen diese Erhöhungen angekündigt. Wir haben eine nach den unterschiedlichen Abnehmergruppen spezifizierte Übersicht darüber. Der Gaspreis folgt dem Ölpreis regelmäßig nach einem halben Jahr. Die Praxis der Ölpreisbindung ist seit Beginn der Erdgaslieferung an Deutschland grundlegender Vertragsbestandteil. Diese Verträge laufen über die Jahre 2005/2006 hinaus. Es ist international üblich, dass sich der Gaspreis ölpreisgebunden entwickelt. Nach Angaben des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle sind die aktuellen Grenzübergangspreise für Erdgas seit März 2004 kontinuierlich gestiegen. Im Juni lagen sie um 3,7 % höher. Seitdem ist der Preis weiter gestiegen und lag im Oktober 2004 bei 42,54 Euro pro Barrel. Die Ölpreisbindung ist natürlich - auch das muss angemerkt werden - keine Einbahnstraße. Wenn der Ölpreis fällt, folgt die Gaspreisentwicklung dieser Preisentwicklung ebenfalls.

Die einschlägigen Erfahrungen, die wir in den Jahren 1985 bis 2002 sammeln konnten, besagen, dass dieser Mechanismus in beide Richtungen funktioniert. Dennoch ist es so, dass die jetzige Entwicklung das Bundeskartellamt veranlasst hat, eine Preisprüfung vorzunehmen, also die Grundlagen dieser Preisbildung zu prüfen, und in diesem Zusammenhang auch die Gerechtfertigkeit der Ölpreisbindung in der jetzt vorhandenen Form auf den Prüfstand zu stellen.

Diese Entwicklung müssen wir ganz einfach abwarten. Wenn das Landeskartellamt selbstständig tätig würde, würde gegenwärtig jede Diskussion mit dem Hinweis auf die Ölpreisbindung und die Begründung der Preisentwicklung durch die Ferngasversorger enden.

Wenn jetzt das Bundeskartellamt in dem dreistufigen System der Ferngasversorger, der Regionalgasversorger und der städtischen Versorger die Grundlage für diese Preisentwicklung - sprich: der Ferngasversorger - im grenzüberschreitenden Gasverkehr prüft, ist das ein Stück weit Voraussetzung für die Erhellung der Preisbildung in den „darunter liegenden“ regionalen und städtischen Versorgungsstrukturen.

Wir müssen abwarten, welche Ergebnisse die kartellrechtliche Untersuchung bringt. Wir sind aber - das sollen Sie wissen - eng mit diesem Prozess verknüpft, beobachten diese Prüfung und Entwicklung sehr intensiv, denn es ist für uns im Land Brandenburg natürlich ein harter Faktor im Standort-Kosten-Wettbewerb und natürlich auch eine Frage der Versorgungssicherheit und der Preisakzeptanz bei den Bürgern. - Danke schön.

Präsident Fritsch:

Herr Minister, es gibt Nachfragebedarf. Herr Petke, bitte.

Petke (CDU):

Herr Minister, der Abgeordnete Pohl hat den Finger in die Wunde gelegt. Die hohen Energiepreise führen bei den Privathaushalten zu Unmut. Sie führen aber auch zu Belastungen in der Wirtschaft. Nun wird oft vergessen, dass ein Großteil der Energiepreise durch Steuern und Abgaben bedingt sind. In Frankreich will man den Weg der Senkung der Mineralölsteuer, die bei uns Ökosteuer heißt, gehen. Wäre es ein diskussionswürdiger Ansatz, über Steuersenkungen in diesem Bereich zu einer Entlastung unserer Wirtschaft zu kommen?

Minister Junghanns:

Unbedingt. Das ist ja auch Teil der Diskussion um die Preise und der Auseinandersetzungen, die wir gegenwärtig zwischen den Bundesländern und der Bundesregierung führen. Um eine Zahl zu nennen: Mit dem Hinweis darauf, dass im Zeitraum von 1985 bis 2002 der Gaspreis um 3 % gesunken ist, muss man sagen: Wenn nicht noch die Steuer darauf gelegen hätte, wäre damals eine Senkung um 16 % realisiert worden. Die Auseinandersetzung um die steuerlichen Fragen ist ein breites Arbeitsfeld. - Danke.

Präsident Fritsch:

Herzlichen Dank, Herr Minister. - Bevor wir zur nächsten Frage kommen, begrüße ich die 9. Klasse der Lindenhof-Gesamtschule in Stahnsdorf. Herzlich willkommen in unserer Runde und viele interessante Informationen für euch!

(Allgemeiner Beifall)

Die Frage 69 ist getauscht worden mit der **Frage 60** (Auflösung der Sportfördergruppe der Bundeswehr in der Landeshauptstadt). Der Abgeordnete Görke stellt sie.

Görke (PDS):

Nach dem neuen Standortkonzept der Bundeswehr ist die Auflösung der Sportfördergruppe der Bundeswehr in der Landeshauptstadt vorgesehen.

Ich frage die Landesregierung: Welche Schlussfolgerungen zieht sie aus der Entscheidung des Ministeriums vor dem Hintergrund der Auswirkungen auf den Breiten- und Leistungssport im Land?

Präsident Fritsch:

Herr Minister Rupprecht, bitte.

Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Görke, ich freue mich, dass diese Frage gestellt wurde. Sie werden auch gleich hören, warum.

Im Zuge der Veröffentlichung des Standortkonzepts der Bundeswehr ist bekannt geworden, dass die Sportfördergruppe der Bundeswehr in Potsdam mittelfristig aufgelöst werden soll. Wir haben intensiv versucht, auf eine Modifizierung hinzuwirken, dies vor allem deshalb, weil das Bundesverteidigungsministerium Mitte der 90er Jahre den dauerhaften Verbleib der Sportfördergruppe der Bundeswehr in Potsdam mehrfach zugesagt hat.

Die Zusage wurde im Zusammenhang mit der vom Bundesverteidigungsministerium vorgenommenen Schließung der Lehrgruppe C der Sportschule der Bundeswehr am Standort Potsdam gegeben. Daneben gab es auch sehr viele positive Äußerungen des Deutschen Sportbundes über die Bedingungen, unter denen die Athleten in Potsdam trainieren.

Unmittelbar nachdem die Entscheidung bekannt wurde, hat sich mein Haus bemüht, in Gesprächen mit dem Bundesministerium der Verteidigung, dem Bundeskanzleramt und dem Deutschen Sportbund die Hintergründe dieser Entscheidung zu erfahren. In diesem Zusammenhang ist uns mitgeteilt worden, dass sowohl das Bundesverteidigungsministerium als auch der Deutsche Sportbund den Erhalt einer Sportfördergruppe im Großraum Berlin-Potsdam befürworten.

Dies führte aufgrund der Tatsache, dass die Sportfördergruppe Berlin weitaus größer ist als die Sportfördergruppe in Potsdam, zunächst zu der Ihnen bekannten Entscheidung, die Sportfördergruppe in Potsdam aufzulösen. Mittlerweile habe ich erreichen können, dass die Existenz der Sportfördergruppe Potsdam zumindest bis zu den Olympischen Spielen 2008 in Peking gesichert ist. Das ist, finde ich, sehr erfreulich, da damit die Vorbereitung unserer Potsdamer Athleten auf die nächsten Olympischen Spiele gewährleistet ist.

Eine sachgerechte Lösung für die Zeit nach 2008 wird gegenwärtig in Gesprächen der Landesregierung mit dem Bundesministerium der Verteidigung und dem DSB sowie dem Landessportbund Brandenburg gesucht. Auch da, glaube ich, sieht es nicht so hoffnungslos aus wie zu Beginn.

Ich hoffe, das war eine erfreuliche Antwort. Sport frei!

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Fritsch:

Herzlichen Dank für diese positive Antwort, Herr Minister. - Wir kommen zur **Frage 70** (Kinderärztliche Versorgung), gestellt von der Abgeordneten Schier.

Frau Schier (CDU):

Laut einem Presseartikel hat das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport darauf hingewiesen, dass es in Brandenburg immer weniger Kinderärzte gibt. Davon sind in erster Linie die strukturschwachen Randregionen betroffen. Bezüglich der hausärztlichen Versorgung sind solche Probleme bereits seit geraumer Zeit bekannt.

Ich frage daher die Landesregierung: Welche Möglichkeiten sieht sie, in Zusammenarbeit mit den Kreisen die sich anbahnende drastische Unterversorgung in der kinderärztlichen Betreuung möglichst zu vermeiden?

Präsident Fritsch:

Herr Staatssekretär Alber, bitte.

Staatssekretär im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Alber:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach meinen Informationen bahnt sich in der kinderärztlichen Versorgung Brandenburgs keine allgemeine drastische Unterversorgung an, wie Sie in Ihrer Anfrage befürchten, Frau Schier. Im Gegenteil, nach den bundesweit festgelegten Versorgungskriterien sind alle Planungskreise Brandenburgs pädiatrisch sogar überversorgt. Das heißt, die regionale Einwohner-Arzt-Relation übersteigt den Richtwert um mehr als 10 %. Daher besteht gegenwärtig sogar eine Zulassungssperre für Kinderärzte.

Auch die Altersstruktur der niedergelassenen Kinderärzte gibt keinen Anlass, künftig einen Versorgungsmangel befürchten zu müssen. Berücksichtigt man bei dem aktuellen Versorgungsgrad nur die unter 60-jährigen Kinderärzte, ergeben sich lediglich in zwei Regionen Werte unter 100 %: in der Prignitz knapp 85 % und in Oberhavel gut 91 %. Allerdings beziehen sich diese Daten, planungsrechtlich zwar korrekt, auf Landkreise und kreisfreie Städte, sie berücksichtigen aber nicht die zweifelsohne vorhandenen Ungleichgewichte innerhalb dieser Regionen und die oft großen Entfernungen zwischen den Arztpraxen. Krankenkassen und Kassenärztliche Vereinigung beklagen das gleichermaßen.

Daher drängt die Landesregierung in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Überprüfung der GKV-Organisationsstruktur in der Zulassungsverordnung auf Öffnungsklauseln, damit der vertragsärztliche Bedarf den unterschiedlichen regionalen Bedingungen besser angepasst werden kann. Wir werden diese Prozesse auch künftig aktiv moderierend begleiten und den dafür verantwortlichen Kassen und Landkreisen beratend zur Seite stehen. - Danke.

Präsident Fritsch:

Herzlichen Dank, Herr Staatssekretär. - Wir sind damit am Ende der Fragestunde und kommen zum **Tagesordnungspunkt 2:**

Aktuelle Stunde**Thema:****Brandenburg - 15 Jahre nach dem Fall der Mauer**

Antrag
der Fraktion der CDU

Wir eröffnen die Debatte mit dem Redebeitrag des Abgeordneten Lunacek.

Lunacek (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 9. November vor 15 Jahren fiel die Mauer zwischen beiden deutschen Staaten. Mich haben vor wenigen Tagen einige Journalisten gefragt, warum wir als CDU heute dieses Thema auf die Tagesordnung setzen. Wir haben dieses Thema gewählt, weil es wichtig ist, sich zu erinnern, was damals war, und festzustellen, wo wir jetzt stehen, um daraus Kraft zu schöpfen für die Aufgaben, die vor uns liegen. Es ist wichtig, sich zu erinnern; denn das Bedrückende der Vergangenheit wird im Alltag oft vergessen und die DDR wird heute schon wieder oft glorifiziert; aber sie war nun wahrlich alles, nur nicht glorreich.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir haben gestern von Internierungs- und Isolationslagern gehört, die geplant waren, die glücklicherweise nicht realisiert wurden. Aber es gab politische Gefangene, es gab Folter, es gab Ermordete. Darauf wird mein Kollege Dombrowski noch eingehen.

Das Thema der heutigen Aktuellen Stunde wurde auch gewählt, weil wir uns mit dem beschäftigten sollten, was ich als Geschenk an uns Deutsche betrachte, die deutsche Einheit. Was war damals, vor 15 Jahren? Die Bürger verließen zu Zigtausenden das Land, Hals über Kopf. Sie ließen ihr Eigentum, ihre Habseligkeiten zurück. Sie wollten einfach nur raus in die Freiheit. In der DDR sah man keine Perspektive. Es hatte sich im Eisernen Vorhang - die SED nannte ihn „antifaschistischen Schutzwall“ - ein Loch aufgetan, eine Lücke und sehr viele sahen die Chance herauszukommen.

Ich selbst bin im Frühjahr 1989 geflohen, als ich im RIAS hörte, dass die Ungarn die Selbstschussanlagen an der ungarisch-österreichischen Grenze abbauten. Das, dachte ich mir, war die Chance herauszukommen und die Gefahr würde damit etwas geringer werden.

Warum sind die Menschen damals Hals über Kopf weggegangen? Sie sind weggegangen, weil sie in der DDR keine Perspektive sahen. Ich dachte damals: Wenn du hier alt sein wirst, in 40 Jahren, ist weiterhin alles Grau in Grau. Die Mangelwirtschaft, die allgegenwärtige Ideologie, das ständige Offiziell-heucheln - Müssen wären schwer zu ertragen. Die Menschen wollten frei sein, frei reisen können, wohin sie wollten, sie wollten lesen und sehen können, was sie für richtig halten, und sie wollten, dass es ihnen besser geht. Sie wollten Chancen ergreifen.

Meine Damen und Herren, am Ende stand das, was ich als Geschenk der Geschichte an uns Deutsche bezeichne, die deutsche Einheit. Sie ist eine ganz logische Folge des Falls der Mauer; denn die Teilung war unnatürlich.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Nach zwei Diktaturen und 40 Jahren Teilung konnten wir als ein Volk die Geschichte der ganzen Nation wieder in unsere Hände nehmen, auch wenn das einige nicht wollten, und wir können dafür, dass wir das können, dankbar sein. Wir haben das Glück erfahren, nach den nationalsozialistischen Verbrechen und der sozialistischen Gewaltherrschaft die Blockkonfrontation in Frieden zu überwinden. Familien wurden wieder zusammengeführt und wir stehen gemeinsam für die demokratischen Werte unseres Zusammenlebens.

Noch am 25. November 1989 - nach dem Fall der Mauer! - erschien in einer englischen Tageszeitung ein Interview mit dem damaligen DDR-Staatschef Egon Krenz, in dem er bekräftigte, die DDR sei sozialistisch und sie bleibe es auch. Am gleichen Tag veröffentlichte ein Forschungsinstitut die Ergebnisse einer Umfrage unter DDR-Bürgern. 61 % wollten damals schon die Einheit.

Meine Damen und Herren, wir mussten hier bei uns in Brandenburg, in den neuen Ländern, viele Veränderungen bewältigen. Die allermeisten mussten den Arbeitsplatz wechseln, zum Teil mehrfach. Wir haben Arbeitslosigkeit erleben müssen und erleben sie noch. Es gibt bei uns tief greifende Veränderungen im sozialen Umfeld und vieles mehr. All das stellt uns vor große Herausforderungen. Das war und ist nicht einfach. Trotzdem, die Dinge des eigenen Lebens in die eigenen Hände zu nehmen ist kein Verlust, sondern ein Gewinn. Wir müssen uns vor denen hüten, die dieses kostbare Gut wieder gegen den allmächtigen Staat tauschen wollen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Ich weine der Vergangenheit keine Träne nach. Ich bin froh darüber, dass es die hochgerüsteten Blöcke nicht mehr gibt und man keine Angst mehr haben muss. Ich bin froh darüber, dass es keine Militarisierung in Kindergärten und Schulen mehr gibt mit Liedern wie „Soldaten sind vorbeimarschiert“, mit Wehrkundeunterricht und militärischem Zwangsdienst für Schüler, Lehrlinge und Studenten - übrigens von der Partei, die sich heute als Friedensengel generiert.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Ich bin froh darüber, dass ich lesen kann, was mich interessiert, und nicht, was vorher durch die Funktionäre der SED zensiert wurde, dass man sich im Restaurant nicht mehr umdrehen muss, wenn man redet, sondern frei und offen reden kann. Ich bin froh darüber, dass die Kinder in Kindergärten nicht mehr ausgehört werden, ob sie auch den „richtigen Sandmann“ gesehen haben.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Ich bin froh darüber, dass es nicht mehr zwei Welten gibt, eine private und eine offizielle, und dass die Eltern ihre Kinder nicht mehr zum Lügen erziehen müssen, dass man sich zur Religion selbstverständlich wieder öffentlich bekennen kann und dabei nicht als rückschrittlich diffamiert und benachteiligt wird.

Meine Damen und Herren, das wichtigste Ergebnis des Falls der Mauer ist die Wiedergewinnung der Freiheit. Wir haben die Freiheit, wir haben die Demokratie und den Rechtsstaat gewonnen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland gilt und es ist ein gutes Grundgesetz. Wir haben allen Grund, darüber froh zu sein, denn es sichert uns die Freiheit, die Menschenwürde und einen solidarischen Ausgleich in unserer Gesellschaft, und die Demokratie gibt uns die Möglichkeit, eine Regierung zu wählen oder abzuwählen.

Aus diesen Werten erwächst uns eine Verpflichtung. Eine freie Gesellschaft kann nur funktionieren, wenn die Bürger bereit sind, selbst Verantwortung zu übernehmen. Freiheit und Verantwortung gehören untrennbar zusammen. Eine freie Gesellschaft kann nur funktionieren, wenn die Bürger bereit sind, sich einzubringen - ob das bei einer privaten Bürgerinitiative, der Gründung eines Kindergartens, als Unternehmer, als Kommunalpolitiker oder in einer politischen Partei geschieht.

(Beifall bei der CDU)

Auch die Tätigkeit - ich sage es ausdrücklich - in einer politischen Partei ist wertvoll und wichtig für die Gesellschaft. Ein Beispiel sind die vielen tausend Kommunalpolitiker im Land Brandenburg, die sich in Sitzungen nach Feierabend ehrenamtlich die Zeit nehmen, über Probleme zu diskutieren und dafür zu sorgen, dass vor Ort Straßen gebaut, Schulen saniert und Dorffeste organisiert werden. Diesen Politikern sind wir zu Dank verpflichtet.

(Beifall bei CDU und SPD)

Die Politik sollte hier selbstbewusster auftreten. Auch als Parteien müssen wir uns nicht verstecken. Unsere Aufgabe als Politiker ist es, diese Werte offen zu vertreten und der jungen Generation zu vermitteln. Das ist die beste Vorsorge gegen radikale Ideologien, ob sie braun oder dunkelrot sind.

(Beifall bei CDU und SPD - Unmut bei der PDS)

- Sie haben die DDR zu verantworten! Das sollten Sie nie vergessen!

Wir haben die Aufgabe, für diese Werte zu kämpfen und einzustehen sowie den jungen Menschen zu vermitteln, welche Chancen sie heutzutage haben. Sie haben heute mehr Chancen als jemals zuvor in der deutschen Geschichte. Es stehen heute jedem jungen Menschen - unabhängig vom Geldbeutel - Bildungschancen offen. Man kann ins Ausland gehen, um dort zu studieren oder um als Au-pair zu arbeiten. Man kann sich selbstständig machen, wenn man es sich zutraut und die entsprechende Geschäftsidee hat.

(Sarrach [PDS]: Sicher!)

Es gibt Chancen. Diese müssen ergriffen werden. Übrigens wird demnächst mit Harz IV jedem jungen Menschen bis 25 Jahre eine Beschäftigung garantiert.

(Frau Osten [PDS]: Wo ist da Beschäftigung?)

Die Politik muss alles tun, damit sich die Angleichung von Ost und West rasch vollzieht. Seit einigen Jahren stagniert die Angleichung. Deshalb erwarte ich von der Landesregierung, dass sie Veränderungen herbeiführt.

(Hammer [PDS]: Gleiche Zahlungen bei Hartz IV wären ein Anfang gewesen!)

Die Lebensverhältnisse in Ost und West müssen angeglichen werden. Die alten Bundesländer und der Bund leisten solidarische Hilfe. Wir müssen jedoch etwas tun. Das ist ein wirkliches Problem; denn seit sechs Jahren laufen Ost und West wieder auseinander, weil die Wirtschaft in den neuen Bundesländern langsamer wächst als in den alten. Die Folge ist, dass viele junge Menschen weggehen.

Ich erwarte von unserer Landesregierung und auch von uns selbst, dass Initiativen ergriffen werden, die nachhaltig wirksam sind, die an diesem Zustand etwas ändern. Es genügt nicht, diesen Zustand jedes Jahr erneut zu beklagen, und am Ende bleibt doch alles, wie es ist.

(Beifall bei CDU und SPD - Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Wer regiert denn eigentlich?)

Politik muss Mut machen, optimistisch nach vorn zu schauen, nicht zu klagen und zu jammern, sondern selbst Chancen zu suchen und zu ergreifen. Man kann sich nicht mehr auf den Staat verlassen; der kann das nicht leisten. Wir müssen Selbstvertrauen vermitteln. Dazu gehört zuallererst, dass wir unser Land nicht ständig schlechtreden. Wir können auf Brandenburg stolz sein.

(Beifall bei CDU und SPD)

In Brandenburg gibt es nicht nur drei gescheiterte Großprojekte, sondern mehr als 50, die sehr gut funktionieren und mit denen Geld verdient wird.

Wir werden die Aufgaben meistern, wenn wir optimistisch nach vorn schauen und den Mut haben, konsequente Entscheidungen zu treffen, um dieses Land nach vorn zu bringen. Es wird auch die eine oder andere schmerzhaft Entscheidung geben. Dies muss man erklären, die Entscheidungen trotzdem treffen, denn dies ist für die Zukunft notwendig.

(Zuruf des Abgeordneten Hammer [PDS])

Ich betrachte es als einen Segen, dass die Mauer - und mit ihr die Diktatur - gefallen ist.

(Bochow [SPD]: Ja!)

Ich bin glücklich, dass meine Kinder in einer freien Gesellschaft aufwachsen dürfen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Für die PDS-Fraktion hat die Abgeordnete Steinmetzer das Wort.

Frau Steinmetzer (PDS):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Abgeordnete! 15 Jahre deutsche Einheit sind aus meiner Perspektive mehr als die Hälfte meines Lebens und demzufolge nur „ein Teil“ von mir. Alles hat eine Ursache und eine Vorgeschichte. So ist der 9. November 1989 nicht losgelöst zu betrachten, sondern im Zusammenhang mit der Vorgeschichte. Das wissen Sie so gut

wie ich. Meine Generation hat nichts zu verantworten, Herr Kollege.

(Beifall bei der PDS - Schippel [SPD]: Fragen Sie einmal Herrn Vietze!)

Zehn Jahre meines Lebens habe ich in der DDR verbracht und meine Kindheit dort erlebt. Meine Wurzeln sind dort. Die ersten Jahre eines Kindes prägen es fürs ganze Leben. Genau in diesen ersten Jahren ist eine vernünftige Politik notwendig, weil sie die Basis dafür herstellt.

(Sarrach [PDS]: Heute auch!)

In der DDR hatte ich eine unbeschwerte, sorgen- und angstfreie Kindheit. Ich hatte viele gleichaltrige Freunde, die in der gleichen Straße wohnten. Nach der Schule ging ich in den Hort, in dem ich Hausaufgaben machte und spielte. Danach war ich mit meinen Eltern zusammen.

(Klein [SPD]: Und jetzt?)

Uniformierungen und Reglementierungen sind sicher nicht unbedingt Merkmale einer Demokratie. Sicher ist, dass freies Aufwachsen und Leben sowie Meinungsfreiheit die Eigenverantwortung der Menschen fördern. Das ist gut so. Doch wie wachsen Kinder heute auf? Manche werden von den Großeltern betreut, weil die Eltern arbeiten oder es keinen Kita-Platz gibt.

(Zuruf von der CDU: Das war früher genauso!)

Vielen ist es versagt, in eine Kita zu gehen, weil ein Elternteil arbeitslos ist. Die Kinder, die in die Kita gehen können, sehen ein Elternteil manchmal tagelang nicht, weil dessen Job im Vordergrund steht.

(Zuruf des Abgeordneten Klein [SPD])

Gleichaltrige Kinder in einem Dorf gibt es kaum noch. Viele Eltern sind von Zukunftsängsten, Arbeitslosigkeit und Geldnöten betroffen. Diese Ängste - in der DDR kannte man sie nicht - prägen heutzutage die Kinder.

(Beifall bei der PDS - Bochow [SPD]: Haha!)

Ähnlich sehen die Unterschiede in der Bildung aus. Nach jahrelang kontinuierlichen Lehrplänen zog im Jahr 1990 die Experimentierfreudigkeit in ostdeutsche Schulen ein. Rechtschreibfehler waren bei so genannten Laufdiktaten nicht wichtig. Wichtig war, wie viele richtige Buchstaben in einem Wort erkannt wurden.

Nachdem die brandenburgische Bildungspolitik in den unterschiedlichen Ländervergleichen so versagt hat, ist eine umfassende Bildungsreform dringend notwendig.

(Beifall bei der PDS)

Nach 15 Jahren sich stetig verschlechternder Bildungspolitik hat im Wahlkampf jede Partei für eine Bildungsreform gekämpft. Wir hatten es in der Hand. Was geschah? Das von den Bürgerinnen und Bürgern gewählte Modell wurde von Ihnen, meine Damen und Herren der Landesregierung, nicht ernst ge-

nommen. Der Bildungsminister wurde gewechselt, aber dass der neue die Defizite der Bildung aus seiner früheren Arbeit nicht angeht - er ist leider nicht hier -, spricht für den weiteren Abwärtstrend in der Brandenburger Bildung.

Wenn die Schule abgeschlossen ist, stehen die meisten Jugendlichen vor einem neuen Problem: Wie geht es weiter? Studiert man an einer Universität? Richtungswünsche sind nun realisierbar geworden. Jedoch ist aus finanzieller Sicht dieser Schritt nicht für alle möglich. Beginnt man eine Lehre? Viele verschwenden nicht einmal einen Gedanken an einen Traum Beruf, sondern sehen zu, überhaupt eine Lehrstelle zu bekommen. Gibt es für sie hier keine Chance, gehen sie dahin, wo es Chancen gibt. Politik und Wirtschaft treiben Familien regelrecht auseinander.

(Beifall bei der PDS)

Bis zum Jahr 1989 hat die Mauer Menschen und Familien getrennt. Heute werden aufgrund einer wiederholt falschen Politik im Land wieder Familien getrennt.

(Unruhe bei der SPD)

Was haben Sie aus dem Politikstil gelernt, den Sie bis vor 15 Jahren erlebt und kritisiert haben? Nicht einmal nach 15 Jahren sind Sie fähig, an Sachthemen über Parteigrenzen hinweg zum Wohle der Menschen im Land zu arbeiten.

(Beifall bei der PDS)

Das erwarte ich als junger Mensch und auch jeder andere von Politik. Das wäre ein politischer Gewinn aus den Erlebnissen der Vergangenheit - nach 15 Jahren gelernter Demokratie.

(Frau Funck [CDU]: Das war früher genauso! - Birthler [SPD]: Mit Hartz-IV-Lügen gewinnt man Wahlkämpfe!)

Begreifen wir die deutsche Einheit als Chance, nicht alles zu verteufeln. Jedes System ist nicht nur gut oder nur schlecht. Sie haben doch auch dort gelebt,

(Schippel und Bochow [SPD]: Eben!)

haben noch viel mehr erlebt als ich, und zwar - Sie werden mir zustimmen - nicht nur Schlechtes, sondern auch Gutes. Den nachfolgenden Generationen sollten beide Seiten der Medaille vermittelt werden. Die Geschichtsschreibung und die Politik tragen diesbezüglich enorme Verantwortung.

Es wundert mich, dass vorwiegend Staatsmänner und Regierungen dieses historische Datum zugeschrieben bekommen. Viel zu oft werden die Menschen vernachlässigt, die auf die Straße gingen, ihren Protest äußerten und die Wende einleiteten.

Der Herbst 1989 mit all seinen Folgen ist das Ergebnis des Engagements der Ostdeutschen.

Die anfängliche Euphorie, die Freude zu reisen, das Bestaunen der bunten Einkaufsregale und der Auswahlmöglichkeiten hielten nicht lange an. Schnell kehrte die Realität zurück: Fabrikstilllegungen, Firmeneröffnungen und Firmenschließungen, Arbeitslosigkeit, Verschuldung und Abwanderung.

Jeder Mensch hat nun die Möglichkeit, sein Leben nach eigenen Wünschen zu gestalten: Er kann reisen, wohin er möchte, wohnen, wo es ihm gefällt, und kaufen, was ihm beliebt. Jeder kann sich nach seiner Fassung bilden, am Kulturleben teilhaben und Sportveranstaltungen besuchen. Jeder kann so viele Kinder haben, wie er will. All diese Möglichkeiten stehen jedem Menschen in Deutschland offen, wenn - und das ist der Knackpunkt, an dem diese Gesellschaft krankt - das Geld vorhanden ist.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Wenn das nicht gegeben ist, wird den Menschen die gesellschaftliche Teilhabe aberkannt: Geld als Eintrittskarte in das gesellschaftliche Leben - ein Ausgrenzungsmittel, das vor 15 Jahren eine neue Ära in Ostdeutschland einleitete und ab 2005 in ganz Deutschland einleiten wird.

Besinnen wir uns nach 15 Jahren deutscher Einheit auf moralische Werte in der Politik. Für uns sind das die Familie, Solidarität und soziale Gerechtigkeit. Heißt nicht „sozial gerecht“, dass alle Kinder einen Kitaplatz bekommen können? Sie wollen doch auch, dass jeder Jugendliche einen Ausbildungs- oder einen Studienplatz bekommen kann? Sicher stimmen Sie mir auch zu, dass es gut ist, wenn Familien gegründet werden, ohne Existenzängste haben zu müssen? Meinen Sie nicht auch, dass es sozial gerecht ist, wenn jedem eine optimale medizinische Versorgung zur Verfügung steht? Also sind wir uns doch einig: Soziale Gerechtigkeit bedeutet gleiche Chancen und Rechte für alle.

Meine Damen und Herren! Als 24-Jährige appelliere ich nach 15 Jahren deutscher Einheit an Ihre Vernunft, nicht länger den parteipolitischen Ellenbogen auszufahren, sondern sich den Aufgaben des Landes zuzuwenden.

(Beifall bei der PDS)

Treten Sie in den Dialog, meine Damen und Herren!

(Lunacek [CDU]: Wir befinden uns doch gerade im Dialog!)

Nehmen Sie endlich die Probleme in Angriff und begreifen Sie Ihre Arbeit als Grundlage für künftige Generationen! - Danke schön.

(Beifall bei der PDS - Frau Funck [CDU]: Freundschaft!)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Reiche.

Reiche (SPD):

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Brandenburg 15 Jahre nach dem Fall der Mauer - quo genis? Quo vadis? - Woher kommen wir? Wo stehen wir? Wohin gehen wir?

15 Jahre sind nur im Dezimalsystem ein besonderer Abschnitt. Von alters her ist die „Zwölf“ - das Dutzend - die wichtige, die heilige Zahl. Dennoch ist es gut, dass wir über das Thema reden, denn auf dem langen Weg der deutschen Einheit ist Halb-

zeit. Im Jahr 2019 werden 30 Jahre seit der deutschen Einheit vergangen sein. Dann werden wohl alle Sonderkonditionen und Sonderfinanzierungen gestrichen. Bis dahin soll und muss die deutsche Einheit gelungen bzw. vollendet sein. Mit dem Auslaufen der Sonderzahlungen des Solidarpaktes II in 15 Jahren soll die Angleichung der Lebensverhältnisse vollzogen sein. Dann also wird die 40-jährige Trennung der beiden deutschen Staaten überwunden sein.

In der Halbzeit zieht man Bilanz und nimmt Korrekturen für die zweite Hälfte vor. 15 Jahre genutzte und verpasste Chancen. Weil ich ein unverbesserlicher und leidenschaftlicher Optimist bin, sage ich: Sie halten sich die Waage. Das Glas ist halb voll. Aber, Kolleginnen und Kollegen und vor allem Herr Lunacek und Frau Steinmetzer, diese Diskussion braucht eine klare Analyse und keine Propaganda, weder von links noch von rechts.

(Beifall bei der SPD)

Man muss genau analysieren, will man zu richtigen Ergebnissen kommen. Frau Steinmetzer, meine Erinnerungen reichen weiter zurück als Ihre und unterscheiden sich von den Ihren wesentlich. Ich kann, ohne lange nachzudenken, die Namen von 15 Freunden aufzählen, die weder zur Oberschule, zur erweiterten Oberschule noch zum Studium gehen durften.

(Beifall bei der SPD)

Die Mauer ist vor 15 Jahren nicht gefallen, Herr Lunacek, sondern - till down this wall - die Mauer ist von den Bürgern umgestürzt, überrannt und abgerissen worden. Mit dem Umstürzen der Mauer, die gegen den Willen der Bürger von der Regierung im Jahre 1961 errichtet wurde, begann eine neue Epoche, ein neues Jahrhundert. Timothy Garton Ash hat von dem „kurzen 20. Jahrhundert“ gesprochen, das von 1914 bis 1989/90 dauerte.

Der Eisernen Vorhang wurde an seiner Nahtstelle zerrissen, nachdem er in Ungarn eingerissen worden war. Dafür werden wir ewig dankbar sein, denn in Ungarn haben wir erstmals die Überwindbarkeit dieses Eisernen Vorhangs gespürt. Vor 15 Jahren war der Kalte Krieg zu Ende und Tauwetter setzte ein. Das Europa der 25 - in drei Jahren hoffentlich der 27 - konnte wachsen.

Dem Kalten Krieg folgt die heiße Globalisierung. Jahrzehntelanges Unrecht wurde beendet, aufgearbeitet und an manchen Stellen geahndet, Biografien korrigiert und Menschen rehabilitiert. Der „nachholenden Revolution von Ostdeutschland“ - ich wähle bewusst das habermassche Beiwort von über 40 verschiedenen Revolutionsbeiwörtern - folgten die „Samtene Revolution“ von Prag und die „Ein-Schuss-Revolution“ von Bukarest usw.

Damit ist die Grundlage für unsere Arbeit im Brandenburger Landtag gelegt worden. Als Wilhelm Pieck Otto Grotewohl 1946 zum Handschlag zwang, den Millionen Menschen 43 Jahre lang in ovaler Form am Revers trugen, wurde mit dem Bau der Mauer begonnen. Das war das Fundament, auf dem die DDR und die Nationale Front gegründet wurden. Auf beiden Seiten des Hauses gibt es Erinnerungen an diese Zeit.

Vor diesem Hintergrund sind die Ost- und Westmark eingeführt worden. Der nächste Schritt der Grundsteinlegung der 28 Jahre

stehenden Mauer - sozusagen die Stahlbewehrung des Fundaments - war die Einführung der künstlichen Bezirksstruktur, die eine Grundlage des demokratischen Zentralismus und der Diktatur der Arbeiterklasse war. Die Länder wurden zerschlagen. Damit war uns die Arbeitsgrundlage entzogen.

Die zynisch „antifaschistischer Schutzwall“ genannte Mauer, die nicht das Eindringen von außen, sondern das Fliehen von innen verhindern sollte, ist von denen, die zum 40. Jahrestag der DDR die 1946 eisern ergriffene Hand entrissen haben, von denen, die „Demokratie jetzt!“ verlangten oder ein „Neues Forum“ für offene Gespräche gründeten, oder von denen, die den „Demokratischen Aufbruch“ wagten, umgestürzt worden.

Ohne, wie Tucholsky vermutete, vorher eine Bahnsteigkarte zu lösen, haben erst Tausende, dann Hunderttausende die Mauer überrannt, nachdem zwei Millionen Menschen, die vorher gegangen waren, in über 40 Jahren am Aufbau West mitgearbeitet haben. Bis die Mauer eingestürzt wurde - die Montagsdemonstrationen waren die Trompeten von Jericho -, wurde gerufen: „Wir sind das Volk!“ Aus diesem Satz wurde dann: „Wir sind ein Volk!“ - 21 % der Deutschen sagen heute: Wir auch. - 12 % der Ostdeutschen, 24 % der Westdeutschen und 21 % der Menschen in ganz Deutschland wünschen sich die Mauer heute zurück, denn sie sahen, was folgte. Damals waren wir das glücklichste Volk der Erde und heute fragen 21 % der Bevölkerung: Wisst ihr, warum die Chinesen so glücklich sind? - Die haben ihre Große Mauer noch.

Die deutsche Einheit ist im schmalen zeitlichen Fenster der Gorbatschow-Zeit organisiert worden. Eine großartig genutzte Chance, auch von Helmut Kohl. Jedoch wurde damals die Chance vertan, das Angebot von Hans-Jochen Vogel, in einer großen gemeinsamen Anstrengung der beiden großen Volksparteien nicht nur das westliche Nachkriegsdeutschland zu erweitern, sondern ein Deutschland für das 21. Jahrhundert zu bauen, das dann zum größten europäischen Staat und zum Wachstumsmotor für Europa hätte werden können, zu nutzen.

Die deutsche Einheit ist ein in der Geschichte der Menschheit einmaliges Beispiel für den sagenhaften Kapital- und Personaltransfer in so kurzer Zeit mit einem Brutto-Volumen von bis heute über 1,3 Billionen Euro. Das entspricht nicht zufällig der Gesamtverschuldungsquote. Allein 2003 waren es 116 Milliarden Euro brutto und 83 Milliarden Euro netto.

Ostdeutschland wächst; an manchen Stellen gibt es blühende Landschaften - die jetzt auch Bärbel Bohley sieht. Wir haben nicht Gerechtigkeit bekommen, aber immerhin den Rechtsstaat. Dafür müssen andere ganz anders kämpfen: von der Ukraine bis zum Sudan, von Nordkorea bis zum Irak.

Wer sehen will, was wir schon geschafft haben, muss nach Polen oder nach Tschechien fahren. Wir hatten das Privileg der frühen europäischen Geburt schon am 3. Oktober 1990 und wurden mit allen Ambivalenzen Teilgebiet des Weltexportmeisters Deutschland - nicht nur verlängerte Werkbank, aber eben auch. Viel ist kaputtgegangen, weil wir zu viel zu schnell wollten. Aber vieles haben wir erhalten und aufbauen können, weil wir uns für diesen Weg entschieden haben.

Matthias Platzeck hat Recht: Wir müssen mit uns selbst ehrlicher werden. Mit der Verschuldung von Sachsen hätten wir heute bessere Zukunftschancen. Wir wollten zu viel - nicht von

unseren Bürgern, sondern für unsere Bürger. Aber wir wollten auch zu wenig. Gesundheitszentren und längeres gemeinsames Lernen hätten wir beibehalten bzw. durchsetzen müssen, um effizienter und besser zu sein, als wir es heute sind. - Zwei Beispiele, die für viele stehen.

(Beifall bei der PDS sowie des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Seit der Wende hat sich die durchschnittliche Lebenserwartung für uns alle um zehn Jahre erhöht; die Geburtenzahlen aber haben sich halbiert. Arbeitsplätze sind weggefallen, weil wir schnell und konsequent eine neue Währung eingeführt und die Einheit mit Rechtsangleichung durchgeführt haben. Nicht nur unsere 24 historischen Stadtkerne haben sich von Aschenputteln zu attraktiven Plätzen entwickelt, sondern auch viele Dörfer prägen ein neues Bild der Mark.

Das Kulturerbe ist gerettet worden, vom Kulturerbe der Welt bis hin zum lokalen Denkmal.

Investoren, deren Herkunftsländer wir nur von der Landkarte kannten, haben zukunftssichere Arbeitsplätze geschaffen.

15 Jahre nach der deutschen Einheit sind sich beide Seiten einig: Jetzt sind wir mal dran! - Aber der erst spät, vor tausend Jahren intensiv besiedelte und zivilisierte Osten hat vor der Wende über zwei Millionen Menschen, nach der Wende bisher ca. 1,3 Millionen verloren. Darunter waren und sind - aus verständlichen Gründen - oft sehr gute, für uns wichtige Menschen.

Die Transfers aus mehreren Bundesländern haben das Agrarland Bayern von einem Nehmerland zu einem Geberland gemacht. Genau das beanspruchen wir für uns. Aber dann müssen wir genauso weltoffen, weltverbunden und ausländerfreundlich sein wie Bayern - mindestens! Denn dort liegt die Ausländerquote viermal so hoch. Es gibt nun einmal eine direkte Proportionalität zwischen Weltoffenheit, Zuwanderung und Wohlstand.

(Vereinzelt Beifall bei der PDS)

Wir müssen uns ehrlich vor Augen halten, dass wir uns die deutsche Einheit auch in Zukunft erobern müssen, um sie zu erhalten. Die große Generation der Großeltern und Eltern, die die deutsche Teilung erlebt und sich nach dem 3. Oktober 1990 mehr auf Selbstverwirklichung als auf Selbstreproduktion konzentriert hat, hat die deutsche Einheit, das große, erkämpfte Geschenk, zulasten der kleinen Generation, ihrer Kinder und Enkel, finanziert. Die Schulden der Eltern sind die Steuern der Kinder.

Man muss Bundestagspräsident Thierse zustimmen: Wir haben 15 Jahre schmerzliche Erfahrungen hinter uns: Entwertung von Biografien, Veränderungen und Umbrüche. Aber was den Ostdeutschen in den vergangenen 15 Jahren abverlangt wurde, haben die Westdeutschen bzw. Deutschland insgesamt noch vor sich:

(Vereinzelt Beifall bei der SPD)

nicht nur den Abschied von der Wohlstandslüge auf Kosten der Kinder, sondern auch Reformen, um die Zukunft zu gewinnen. Die Föderalismus-Combo wird uns zu Weihnachten, gut intoniert, ein schönes Lied spielen. Aber wird das den Abstieg des

einstigen Superstars Deutschland verhindern? Denn was mit elf Ländern halbwegs, aber nicht wirklich ging, geht mit 16 Ländern nicht mehr.

Gabor Steingart hat Recht - Artikel 149 des Grundgesetzes sagt es ebenfalls -: Um für Deutschland Zukunft im 21. Jahrhundert zu gewinnen, brauchen wir eine zweite Staatsgründung. Deutschland - mitten im Europa des 21. Jahrhunderts - muss sich für dieses neue Jahrhundert neu konstituieren.

Fraglos: Uns in Brandenburg, in Ostdeutschland, in Deutschland insgesamt ist vieles gelungen, mehr als wir vor 15, erst recht vor 20 Jahren geglaubt haben.

Fraglos: Es wäre mehr möglich gewesen, wenn jede Partei nicht nur ihren Vorteil, sondern das Wohl der Republik und der Bürger gesucht hätte.

Die deutsche Einheit ist das Einfache, das schwer zu machen ist. Das war so in den letzten 15 Jahren; das wird in den nächsten 15 Jahren so bleiben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der PDS)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Für die Fraktion der DVU spricht die Abgeordnete Hesselbarth.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! 9. November 1989 - welch überwältigende Euphorie und Freude bei den Menschen in der DDR; denn die Mauer hatte die ersten Löcher bekommen und war somit durchlässig geworden. Der Sozialismus war nach 40 Jahren Versuchsweg schlichtweg gescheitert.

Aber nicht nur die DDR-Deutschen, auch die damaligen Bundesdeutschen waren voller Freude. Alle waren voller Zukunftsträume.

Knapp ein Jahr später wurde der Traum aller Deutschen endgültig Wirklichkeit: Wir lebten in einem geeinten Deutschland, unserem Vaterland.

(Beifall bei der DVU)

Was ist 15 Jahre nach dem historischen Fall der Mauer geblieben? Blühende Landschaften, vom damaligen Bundeskanzler Kohl versprochen - ja, die gibt es zur Genüge in unserem Land Brandenburg. Man muss nur die blühenden Unkrautfelder auf unseren Industriebrachen aus der richtigen Perspektive sehen.

(Beifall bei der DVU)

Dies ist zwar eine sehr ironische Betrachtung; aber sie ist leider die Wahrheit.

Freiheit und Demokratie, im Grundgesetz festgeschrieben - ja, die gibt es in Brandenburg. Man muss beim Betrachten dieser Begriffe nur durch eine rot-schwarze Brille schauen.

(Beifall bei der DVU)

Jeder Brandenburger hat die Freiheit, das Land zu verlassen. Er hat auch die Freiheit, den etablierten Parteien und den Regierenden zu vertrauen, um somit in den wirtschaftlichen und sozialen Keller zu steigen.

Hinsichtlich der Demokratie ist festzustellen, dass immer mehr Brandenburgerinnen und Brandenburger noch geschult werden müssen, Herr Lunacek, weil sie den Machtausübenden im Land nicht glauben und in der Deutschen Volksunion eine demokratische Volkspartei sehen.

(Beifall bei der DVU)

Ein Titel übrigens, der den etablierten Parteien SPD und CDU verloren gegangen ist.

Diese Aufzählung - besser gesagt: Aufzeigung - könnte beliebig fortgesetzt werden; doch ich möchte hier nur noch eine so genannte gesellschaftliche Errungenschaft darstellen: Aufschwung Ost. Ja, auch den gibt es. Er ist nämlich der in den Reden der Politiker am meisten strapazierte Begriff.

(Beifall bei der DVU)

Mit „Aufschwung Ost“ ist jedoch sicherlich die wirtschaftliche, soziale und - damit verbunden - die kulturelle Entwicklung auch in unserem Land Brandenburg gemeint. Es steht zwar zweifelsfrei fest, dass es einige wenige Beispiele für eine Vorwärtsentwicklung gibt; aber diese sind eben nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Milliarden und Abermilliarden - erst D-Mark, nun Euro - versickern bei irgendwelchen Fehl- und Phantasieprojekten im sprichwörtlichen märkischen Sand: CargoLifter, Chipfabrik oder LEG sind nur einige Beispiele für die Tätigkeit politischer Bankrotteure in unserem Land und beispielgebend in dieser Richtung auf Bundesebene.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, glauben Sie mir: Ich bin mit Sicherheit keine Schwarzmalerin. Sonst würde ich heute nicht hier stehen. Ich hätte nur allzu gern eine würdige, von Erfolgsmeldungen getragene Rede gehalten. Leider können es nur zum Nachdenken anregende Worte sein.

Wenn ich an die vielen arbeitslosen Menschen in unserem Land denke, die am Rande des Existenzminimums leben, so kann ich als gewählte Volksvertreterin - hier spreche ich auch im Namen meiner DVU-Fraktion - nicht einfach die Augen schließen in der Hoffnung, es wird sich schon alles irgendwie richten. Nein, wir müssen drastische Veränderungen für unsere Menschen herbeiführen. Wir müssen Ihnen wieder Mut und Lebensfreude bringen.

(Beifall bei der DVU)

Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, geht nun einmal nicht mit schönen Worten. Hartz IV, Bildungsmisere, voranschreitende Verwahrlosung eines Teils unserer Jugend, der teilweise Zusammenbruch des Mittelstandes und die demographische Fehlentwicklung sind Schwerpunkte für unsere künftige Arbeit.

Trotz dieser heute gezogenen negativen Bilanz stecken wir den Kopf nicht in den märkischen Sand, sondern blicken zwar mit

Sorge, aber optimistisch in die Zukunft. Wer kämpft, kann verlieren; wer nicht kämpft, hat schon verloren.

(Beifall bei der DVU)

Jeder Erwachsene, jeder Jugendliche und jedes Kind soll eines Tages mit Stolz erklären können und auch wollen: Ja, ich bin ein Brandenburger.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Für die Landesregierung spricht der Ministerpräsident. Bitte, Herr Platzeck.

Ministerpräsident Platzeck:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir eingangs eine persönliche Bemerkung. Ich gehöre eher zu den Menschen, die im Fall der Wahl nach vorn schauen und lieber aufbauen, statt nach hinten zu gucken und zu überlegen, was alles nicht in Ordnung war. Aber, Frau Steinmetzer, Ihre Art der Unbeschwertheit, mit der Sie Geschichte betrachten - da entschuldigt Sie auch Ihre Jugend nicht; Sie studieren immerhin Politikwissenschaften -, verleitet mich dann doch zu einem Satz.

Ich durfte - ich habe nie darüber geredet wegen meiner Eigenschaft, die ich vorher genannt habe - im Jahre 1989 den Besuch von zwei hochrangigen Staatssicherheitsoffizieren erleben, die sich anders angekündigt hatten: Aufklärung eines Sachverhaltes. Der Sachverhalt stellte sich dann sehr umfassend dar.

Am Ende dieses für mich sehr eindrücklichen Gesprächs, Frau Steinmetzer - von wegen unbeschwerter Kindheit -, haben mir die beiden Herren dann mitgeteilt, für den Fall, den sie da ins Kalkül gezogen haben - es war ein nicht erfreuliches Gespräch, wie Sie sich vorstellen können -, brauchte ich mir um meine drei Kinder keine Sorgen zu machen; die würden in einem staatlichen Kinderheim eine bessere Erziehung genießen als bei ihren Eltern.

Sie verstehen vielleicht, dass ich die Geschichte nicht ganz so unbeschwert sehen kann wie Sie.

(Anhaltender Beifall bei SPD und CDU - Beifall bei der DVU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist unstrittig - so glaube ich -, dass vor 15 Jahren das hässlichste und traurigste Bauwerk Europas, der so genannte antifaschistische Schutzwall - wie Steffen Reiche richtig sagte -, vom Osten aus zum Einsturz gebracht wurde. Der Jubel über den Fall der Mauer war mit Sicherheit gesamtdeutsch und ich glaube sogar europa- und teilweise weltweit. Auf friedlichem Wege wurden die Teilung Deutschlands und die Teilung der Welt überwunden und die Emotionen in jenen Novembernächten übertrafen die Vorstellungskraft vieler. Bewegende Bilder und Eindrücke aus diesen Tagen und Wochen sind bei den meisten für immer gespeichert.

In den Monaten zuvor war der Ruf nach politischen Reformen im Land immer lauter geworden, Montagsdemonstrationen er-

lebten ihre Geburtsstunde und am 9. Oktober 1989 hatten über 70 000 Menschen den Mut - hier muss man wirklich von großem Mut sprechen -, im Schatten von unzähligen Kalaschnikows auf die Straße zu gehen und zu fordern: „Jetzt oder nie - Freiheit und Demokratie!“ - Wahrscheinlich waren das alles Menschen, die Ihre Unbeschwertheit nicht teilen konnten, Frau Steinmetzer.

Am 4. November kamen dann Hunderttausende in Berlin zu einer der größten Kundgebungen der deutschen Geschichte zusammen. Die Grundforderung lautete seinerzeit: „Wir sind das Volk“.

Angesichts der aktuellen Stimmungslage in Deutschland sage ich heute sehr deutlich: Was wir seit dem Herbst 1989 erleben, bleibt für mich historisch betrachtet ein großes Glück. Wir Deutschen leben vereint in einem alles in allem wohlhabenden Land, wir leben in Freiheit und Demokratie und in Frieden mit all unseren Nachbarn.

(Beifall bei SPD und CDU)

Die Welle der Euphorie unmittelbar nach dem Mauerfall überdeckte viele Gegensätze. „Wir sind ein Volk“, riefen die Menschen nach dem 9. November und hofften, dies wäre Grundlage genug, um 40 Jahre Trennung und Teilung in kürzester Zeit zu überwinden. Die Selbstbefreiung der Deutschen, der Fall der Mauer, der Aufbruch zur Einheit - das war wahrhaftig eine euphorische Zeit.

Heute wissen wir - das spielte in den vorangegangenen Reden auch schon eine Rolle -, es war naturgegeben auch eine Zeit neuer Illusionen. Es musste auch eine Zeit unrealistischer Erwartungen sein und leider auch nicht einlösbarer Hoffnungen. Mauerfall und Wiedervereinigung waren die Geburtsstunde eines neuen Brandenburgs.

In den zurückliegenden 15 Jahren hat sich eine Menge verändert und wir haben gemeinsam für unser junges Land, für unsere Heimat viel erreicht. Das Erste - ich glaube, das teilen Sie alle -, was dabei zu sehen ist, sind die großartigen Leistungen der Menschen hier im Land. Fast jeder hat sein privates und berufliches Leben neu ausrichten müssen. 80 % der erwachsenen Menschen unseres Landes haben in diesen Jahren einen neuen Beruf erlernen müssen und ihn - wenn sie Glück haben - auch ausüben können. Davor empfinde ich außerordentlich großen Respekt, weil all diese Menschen eine unglaublich große Bereitschaft zur Annahme neuer Verhältnisse, eine hohe Bereitschaft zur Veränderung bewiesen haben.

Viele haben mitgemacht und die Erfolge, die wir heute sehen, sind die Erfolge der Menschen hier im Land und auch der Solidarität unserer westdeutschen Nachbarn. Diese Erfolge, meine Damen und Herren, dürfen wir uns nicht kleinreden lassen - weder von innen noch von außen. Denn wir brauchen das Bewusstsein dieser Entwicklung, um Kraft für die Aufgaben zu schöpfen, die vor uns liegen.

Wer heute durch Brandenburg fährt und die Augen nicht zumacht, erlebt ein völlig anderes Land als vor 15 Jahren. Man braucht sich nur die Städte anzuschauen, man braucht sich nur die Kulturdenkmäler - für viele war es Hilfe in allerletzter Minute - anzuschauen.

(Beifall des Abgeordneten von Arnim [CDU])

Jeder, der am Aufbau dieses Landes mitgewirkt hat, kann zu Recht stolz sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und CDU)

Die Brandenburgerinnen und Brandenburger haben sich eine moderne Landesverfassung gegeben. Wir haben lebendige Gemeinden, die sehr wohl bei allen Schwierigkeiten die kommunale Selbstverwaltung sehr schätzen und auch auszufüllen wissen. Es gehört zu den größten Leistungen der Revolution von 1989, dass die Menschen in Brandenburg in ihren Kommunen Demokratie aufgebaut haben und sie heute kraftvoll gestalten. Die meisten Brandenburgerinnen und Brandenburger schätzen sehr wohl - wie auch alle Umfragen besagen - die Lebensqualität in ihren Dörfern und Städten. Wir haben nunmehr nach 15 Jahren gut arbeitende Verwaltungen und eine funktionierende Rechtsprechung. Eine große Zahl von Schulen wurde saniert, Hochschulen wurden gegründet und eingerichtet, Straßen und Schienenwege wurden modernisiert und neu gebaut und das Kommunikationsnetz ist eines der modernsten der Welt.

Wenn hier vorhin der etwas geschönte Blick zurück eine Rolle spielte, will ich nur sagen: Wer zu DDR-Zeiten durch Altenpflegeheime gegangen ist und dies heute sieht, der sieht einen gravierenden Unterschied im Umgang mit Menschen und Schicksalen zwischen diesen Gesellschaften.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vielleicht sollten wir nicht zu sehr der menschlichen Angewohnheit frönen, das alles abzuhaken, zu vergessen und zu schönen, weil: Alte Menschen in 10- und 12-Bett-Zimmern unterzubringen und dahinvegetieren zu lassen, ist wahrlich kein Aushängeschild für eine menschliche Gesellschaft, meine Damen und Herren.

Ich will auch - nur der Vollständigkeit halber - daran erinnern, dass Flüsse, Seen, dass Luft und Böden am Ende waren in der DDR, gesunde Fische kaum noch lebten, die Luft an vielen Stellen - ich erinnere nur an den Energiebezirk Cottbus - zum Schneiden war und wir Weltmeister im Schwefeldioxidausstoß pro Kopf der Bevölkerung waren. Alles das war Endzeitstimmung, organisierte Endzeitstimmung, alternativlos, ohne jede Zukunft, und ich bin nicht bereit, das zu vergessen!

(Beifall bei SPD und CDU)

Bei allem Erreichten, über das wir froh sein und auf das die Menschen in unserem Lande auch stolz sein können, ist auch Fakt, dass 1990 zu viel versprochen wurde. Der Glaube an diese Versprechungen ist bei vielen dann in Resignation umgeschlagen - menschlich nachvollziehbar. Daran krankten wir übrigens an vielen Stellen bis heute.

Wenn es dann noch Schlagzeilen gibt wie „1,25 Billionen Euro sinnlos im Osten versenkt“, dann schafft das natürlich Ursachen für den Unmut, der sich insbesondere in diesem Sommer in unserem Land, aber nicht nur hier, kräftig entladen hat. Diese Art der Berichterstattung verfälscht die Realität in mehrfacher Hinsicht:

Erstens: Ohne den Solidarpakt - das müssen wir an dieser Stelle auch ganz klar sagen - hätte der Aufbau Ost nicht stattfinden können.

Aus den Investitionen ist - zweitens - ein Potenzial entstanden, mit dem Ostdeutschland und Brandenburg sehr wohl in der Lage sein werden, Zukunft zu gestalten.

Drittens muss man sagen, dass die Summe von 1,25 Billionen Euro der reine Bruttotransfer ist, der nicht berücksichtigt, dass die Ostdeutschen sich über ihre Steuer- und Beitragszahlungen ebenfalls an der Finanzierung dieser Leistungen beteiligt haben.

Meine Damen und Herren! Wer sich offenen Auges umschaute, der weiß, dass die Aufbauhilfen, dass die Zahlungen, die für die Verbesserung der Infrastrukturausstattung und für die Unterstützung der Unternehmungen bereit gestellt wurden, sehr wohl nicht versenkt, sondern gut angelegt sind. Wir wissen alle nur zu gut - Herr Reiche hat vorhin darauf hingewiesen -, dass wir bis 2019 auf eigenen Füßen stehen müssen; einen Solidarpakt III wird es nicht geben. Dazu bedarf es anderthalb Jahrzehnte nach der Gründung unseres Landes eines zweiten entschlossenen Aufbruchs. Die Themen Wirtschaft, Bildung, Wissenschaft und die Bewältigung des demographischen Umbruchs sind die zentralen Felder, auf denen sich entscheiden wird, ob das Land Brandenburg in den kommenden Jahrzehnten eine lebenswerte Heimat für alle Bürgerinnen und Bürger sein wird.

Es sind die Menschen in unserem Land selbst, die darüber entscheiden, welchen Weg unser Land in den kommenden Jahren einschlagen wird. Staat und Politik müssen die Rahmenbedingungen setzen und Anreize geben, aber am Ende, meine Damen und Herren, ist jeder Staat, ist jede Politik auf das Engagement der Menschen angewiesen, auf das bürgerschaftliche Engagement der gesamten Gesellschaft.

Im Jahr 1989 haben sich die Menschen die Gestaltungsspielräume erstritten, die sie benötigen, um ihr Leben eigenverantwortlich in die Hand zu nehmen. Hieran müssen wir anknüpfen, dann wird der Aufbruch auch gelingen. Das ist eine wichtige Voraussetzung für mehr Eigeninitiative und aktive Mitarbeit in unserem demokratischen Gemeinwesen. Zur Freiheit gehört unabdingbar die Verantwortung.

(Beifall des Abgeordneten von Arnim [CDU])

Ein Leben in Freiheit zu führen bedeutet, die Verantwortung für das eigene Leben auch anzunehmen, sich zu entscheiden, Neues zu wagen, Chancen zu erkennen, Risiken einzugehen und für Misserfolge auch einzustehen.

Wir haben beim Aufbau unseres Landes Fehler gemacht und wir haben daraus gelernt, meine Damen und Herren. Jetzt gilt es, die Chancen noch besser, noch intensiver zu nutzen als bisher. Lassen Sie uns das in den nächsten Jahren mit aller Kraft tun! - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Fritsch:

Wir setzen die Debatte mit dem Beitrag der PDS-Fraktion fort. Anderthalb Minuten für Prof. Bisky. Bitte sehr.

Prof. Dr. Bisky (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der 9. November ist ein historisches Datum, das ist wahr. Die hässliche Seite der

Mauer hätte ich Ihnen dargestellt - habe ich auch öfter gemacht -, die hässlichen Dinge der DDR auch. Aber vor dem 9. November gab es ein Datum, das war der 4. November mit der größten Demonstration der DDR-Geschichte. Da habe ich aus guten Gründen eine Rede gehalten und zu dieser Rede stehe ich mit jedem Wort bis heute.

Herr Ministerpräsident, Sie haben Ihre individuelle Geschichte, ich habe meine. Ich habe am 04.11.1989 das Recht der jungen Generation gefordert, das ihre zu sagen - ohne Wenn und Aber und ohne, dass immer ein Lehrer hinter ihnen steht und ihnen hineinredet, wie sie die Wirklichkeit zu sehen haben.

(Beifall bei der PDS - Zurufe von der CDU - Kuhnert [SPD]: Das war ein bisschen zu spät!)

- Ja, von der CDU wurde ich dafür genauso kritisiert wie von der SED. - Ich fordere heute nichts anderes. Bitte, gestatten Sie das auch Frau Steinmetzer und bitte gestatten Sie allen jungen Leuten, die Wirklichkeit so zu sehen, wie sie sie sehen, und werfen wir ihnen nicht vor, dass sie sie anders sehen als meine Generation.

(Beifall bei der PDS - Widerspruch bei der SPD)

Präsident Fritsch:

Gibt es Redebedarf bei der SPD? - Im Augenblick nicht. Die CDU hat noch fünf Minuten. Bitte, Herr Abgeordneter Dombrowski.

Dombrowski (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich richte mein Wort insbesondere an die junge Kollegin von der PDS. Eingangs meines Beitrages möchte ich drei Thesen aufstellen.

Erstens: Ohne Auswertung und Bewertung unserer gemeinsamen Vergangenheit in der DDR wird es keine Zukunft für unser Land geben, jedenfalls keine Zukunft, wenn man Zukunft als eine Gestaltungsaufgabe versteht.

(Vereinzelte Beifall bei der CDU)

Zweitens: Unser Problem liegt nicht darin, dass wir uns mit den Westdeutschen nicht verstehen, sondern unser Problem ist, dass wir unter den Ostdeutschen die Konflikte aus 40 gemeinsamen Jahren weder besprochen noch gelöst haben.

Drittens: Nicht die Höhe des verfügbaren Einkommens, sondern ein Leben in Freiheit und Selbstbestimmung und ein Leben auf Werte gegründet sind Voraussetzungen für Glück und Wohlstand.

(Beifall bei der CDU)

Ganz schön vermessen, wird der eine oder andere sagen. Lassen Sie mich versuchen, uns trotzdem nachdenklich zu stimmen. Im Blick zurück auf 40 Jahre DDR erscheint vieles in einem wohligen Licht.

Was war das für ein Staat, was war das für eine Gesellschaft in der DDR? Was war das für ein Staat, der den Menschen ihr Eigentum weggenommen hat, um es zu verstaatlichen? Was war

das für ein Staat, der die Menschen daran gehindert hat, frei zu denken und frei zu reisen? Was war das für ein Staat, in dem Menschen von Maschinenpistolen, Minen und Selbstschussautomaten getötet, verletzt und verstümmelt wurden? Was war das für ein Staat, in dem über 40 000 politische Gefangene gegen D-Mark und Südfrüchte in den Westen verkauft wurden?

Was war das für ein Staat, in dem ein Gefangener, der am ganzen Körper von einem Selbstschussgerät verstümmelt ist, aus Verzweiflung und in dem Wissen darum, dass er niemals die Chance haben wird, in den Westen zu kommen, ein Glas zerkleinert und verschluckt, um lieber innerlich zu verbluten, als sich dieser von ihm empfundenen Perspektivlosigkeit auszusetzen? Was war das für ein Staat, in dem ein 62-Jähriger wegen Fluchtversuchs inhaftierter Spitzenfabrikant aus Plauen in der Zelle 317 des Gefängnisses Cottbus Qualen an einem Magendurchbruch litt und ihm nach wütenden Protesten der Mitgefangenen ein Gefängniswärter eine Spalt-Tablette bringt, um ihn „medizinisch angemessen“ zu versorgen und ihn nach weiteren Tumulten vor Schmerzen gekrümmt von der Zelle in die Krankenstation laufen zu lassen, um dort zu sterben?

Was war das für ein Staat, der im Auftrag der Partei- und Staatsführung durch das Ministerium für Staatssicherheit missliebige Menschen im In- und Ausland gezielt töten ließ? Was hat der ehemalige DDR-Bürger und spätere Westberliner Bernd Molderhauer, der am 18. August 1980 im Auftrag der Stasi getötet wurde, denn Schlimmes getan, als er mit einem anderen Mitstreiter „staatsgefährdende Aktionen“, wie das Zumauern der Eingangstür des Aeroflot-Büros am Bahnhof Zoo in Westberlin, durchführte? Der Auftragsmörder des MfS hat nach zehn Jahren seine Haftstrafe gesühnt. Ist damit das Thema erledigt?

Ja, meine Damen und Herren, ungeheuerlich, was in der DDR so alles passiert ist, werden viele von Ihnen denken. Ist aber dieses Denken und Nachdenken über Licht- und Schattenseiten unserer gemeinsamen 40 Jahre DDR halbwegs ausgewogen in unserer Brandenburger Gesellschaft und auch hier im Landtag? Ich fürchte, nein.

(Zuruf von der PDS: Ihre Rede zeigt das! - Jürgens [PDS]: Sie bringen genug Schatten hinein!)

Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, dass unser kollektives Unwohlsein in Brandenburg vor allem daher rührt, dass wir uns untereinander noch nicht das gesagt haben, was zu sagen ist, wenn man Konflikte nicht einfach überdecken, sondern bereinigen will.

Es waren nicht nur 40 Jahre mit Frank Schöbel und „Ihr Heinz, der Quermann“, es waren auch 40 Jahre ungeheuerlicher Menschenverachtung, der Gleichgültigkeit, des Drucks und des Terrors.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Bis heute ist aus meiner Sicht unbeantwortet, wer die politische und moralische Verantwortung für 40 Jahre DDR eigentlich trägt. Wie kommt es, dass immer mehr Menschen - auch insbesondere die, die 1989 die ersten Kerzen angezündet haben - sich immer mehr wie Fremde im eigenen Land fühlen? Wie ist es möglich, dass DDR-Geschichte an Schulen vielfach auf Sparflamme behandelt wird?

Meine Damen und Herren, einerseits Fremde im eigenen Land, andererseits ein Klima, in dem viele unserer Mitbürger keine Bedenken haben, die politischen und materiellen Erben der SED in unser Landesparlament zu wählen. Es ist ein Irrweg, wenn wir eine Diskussion hinnehmen, in der die Westdeutschen bzw. das westdeutsche System für alles verantwortlich gemacht werden.

(Zurufe von der PDS)

Die Westdeutschen haben nicht meinen Freund Bernd Molderhauer ermordet. Die Westdeutschen haben nicht den Plauer Spitzenfabrikanten verbluten lassen. Die Westdeutschen haben nicht Zehntausende von Urteilen gefällt. Die Westdeutschen haben nicht fast 2 000 Menschen an der innerdeutschen Grenze getötet und die Westdeutschen sind auch nicht schuld an unseren wirtschaftlichen Problemen in Brandenburg.

Natürlich haben einige ihr Schäfchen ins Trockene gebracht, aber das sind nicht nur die Westdeutschen gewesen. Oder ich frage Sie, meine Damen und Herren: Wer hat eigentlich die ehemaligen Wirtschaftsräte der Bezirke zur Treuhandanstalt umwandeln lassen? War das Herr Kohl oder war das Herr Mordow? Ist jemandem aufgefallen, wie viele ehemalige Direktoren von VEB und Kombinat mit einem Mal kurz nach der Wende Geschäftsführer von Unternehmen waren?

(Zuruf von der PDS: Bei der CDU!)

Die DDR, meine Damen und Herren, war keine Laune der Natur, sondern sie wurde von Menschen geschaffen und am Leben erhalten.

Ich komme zum Schluss, meine Damen und Herren. Wir haben heute zur Kenntnis nehmen müssen, dass ein Privileg freier Demokratie, das nur ein Drittel der Menschen auf der Erde mit uns teilt, von vielen unserer Mitbürger offenbar nicht so gewürdigt wird, wie wir uns das aus den Erfahrungen der DDR wünschen. Unser Problem sind nicht andere, unser Problem sind wir selbst - diejenigen, die aneinander vorbeigehen, vorbeigehen und vorbeireden, statt offen aufeinander zuzugehen und miteinander zu sprechen.

(Zurufe von der PDS)

Wer hat die Verantwortung für 40 Jahre DDR? Wer ist bereit, wirklich Verantwortung zu übernehmen und damit Charakter zu zeigen? Wer ist bereit, auch die Verantwortung zu übernehmen und Stärke zu zeigen, die Verunsicherung vieler Mitbürger über Hartz IV und Ähnliches nicht einfach nur als gnadenlosen Sozialabbau aus dem Westen zu postulieren und daraus politisches Kapital zu schlagen?

Letzte Bemerkung: Wer von denen und deren Erben, die 40 Jahre die Geschicke der Menschen in der DDR bestimmt haben, ist bereit, sich zum gesamten Handeln zu bekennen und endlich den Mantel abzulegen, auf dem steht: „Ja, es war nicht alles so, wie es sein sollte, aber wir konnten ja nicht anders“? Selbstgefälligkeit und Selbstmitleid, meine Damen und Herren, hindern uns mehr am Aufbruch in Brandenburg als alle Risiken der Globalisierung.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Enkelmann [PDS])

Meine Damen und Herren, es ist noch nicht zu spät! - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Fritsch:

Das Wort geht noch einmal an die Landesregierung. Herr Ministerpräsident, bitte.

Ministerpräsident Platzeck:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Prof. Bisky, ich kann dem, was Sie eben gesagt haben, nicht folgen. Ich kann Ihnen nicht folgen, beginne aber zu ahnen, warum Ihre Fraktion gerade solch eine junge Abgeordnete benannt hat, um zu diesem Thema zu reden.

(Beifall bei SPD und CDU)

Das macht es für Sie alle natürlich auch unbeschwerter, da zuzustimmen. Ich denke aber, Frau Steinmetzer hat hier keine persönliche Erklärung abgegeben, sondern sie hat für die Fraktion der PDS die geschichtliche Sicht auf diesen historischen Zeitabschnitt geschildert.

(Beifall der Abgeordneten Hartfelder [CDU])

Ich erinnere nur daran, dass gerade gestern Frau Blechinger von diesem Pult aus sehr nüchtern und sehr sachlich geschildert hat, dass die DDR vor 15 Jahren dabei war, Internierungslager für 90 000 Menschen dieses Landes einzurichten. Wenn man das von diesem Pult aus gesagt bekommt, dann passt es für mich eben nicht - und dabei bleibe ich -, dass Sie einfach eine junge Abgeordnete nehmen und sagen, damit kann sie eine ganz unbeschwerter, rosige Sicht auf diesen Zeitabschnitt verkünden und die Welt ist für uns in Ordnung. Damit bin ich nicht einverstanden. - Danke schön.

(Anhaltender Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Fritsch:

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Aktuellen Stunde angekommen, aber mit Sicherheit nicht am Ende dieses Themas, das wird uns weiter begleiten.

Ich darf Sie darauf aufmerksam machen bzw. daran erinnern, dass wir heute anlässlich des Internationalen Tages „Nein zu Gewalt an Frauen“ am Fahnenmast vor der Kantine eine Aktion durchführen und die Fahne „Frei leben ohne Gewalt“ hissen wollen. Ich bitte Sie, gleich im Anschluss an die jetzige Sitzung daran sehr rege teilzunehmen.

Um 13 Uhr setzen wir die Sitzung hier fort. - Danke.

(Unterbrechung der Sitzung: 12.05 Uhr)
(Fortsetzung der Sitzung: 13.03 Uhr)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Meine Damen und Herren, wir fahren mit den Beratungen fort, damit nicht die bestraft werden, die hier sind.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Kompensation künftig wegfallender Einnahmen aus Jagdsteuer

Antrag
der Fraktion der PDS

Drucksache 4/122

Die Debatte wird mit dem Beitrag von Frau Wehlan eröffnet. Bitte, Frau Wehlan.

Frau Wehlan (PDS):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag behandelt ein aktuelles Thema, das mit den jüngsten Äußerungen des Landkreistages und der Landräte mit aller Deutlichkeit auf die Tagesordnung gebracht wurde. Wir haben dieses Thema der künftig wegfallenden Einnahmen aus der Jagdsteuer aufgegriffen, und das aus mindestens zwei Gründen.

Erstens ist das fiskalische Ringen um jeden Euro Einnahme bei den chronisch klammen Kommunalhaushalten durchaus verständlich. Die Kreise befinden sich gegenwärtig in den Haushaltsdiskussionen und wollen Antwort auf ihre Frage zu den Einnahmeverlusten.

Zweitens sind wir der Meinung, dass Ihre Koalitionsvereinbarung zur Abschaffung der Jagdsteuer umgesetzt werden muss. Alles, verehrte Kolleginnen und Kollegen, was diesem Anliegen dient, sollte in die Diskussion einbezogen werden.

Sie wissen, dass wir zur Abschaffung der Jagdsteuer in der letzten Legislaturperiode mehrmals parlamentarisch aktiv waren. Ich habe in den Debatten aber auch festgestellt, dass es zwischen den Fachpolitikern und den Innenpolitikern der Regierungsparteien eine doch recht große Differenz zu diesem Thema gab. Die war eben auch darin begründet, dass mit der Abschaffung der Jagdsteuer Einnahmeverluste für die Kreise verbunden sind. Es ist also auch unser Anliegen, mit dem Antrag Differenzen Ihrerseits abzubauen zu helfen.

Nun können Sie sagen, dass es bei Ihnen keine Differenzen mehr gibt. Nun gut, dann bleibt aber immer noch der Fakt, dass wir das Konnexitätsprinzip der Landesverfassung nicht nur auf die Ausfinanzierung von Landesgesetzen reduziert wissen wollen, sondern auch auf die Kompensierung von Einnahmeverlusten der Kommunen durch Landesgesetze.

(Petke [CDU]: Abenteuerlich!)

- Herr Petke, Sie haben nachher noch die Möglichkeit zu reden.

(Petke [CDU]: Das ist trotzdem abenteuerlich!)

- Schönen guten Tag!

Entgegen auch oftmals hier vorgebrachter Meinungen ist meine Fraktion darin geübt, keine Finanzanträge ohne Deckungsquelle zu stellen. Gut 400 000 Euro, rechnet der Landkreistag vor, würden an Einnahmen verloren gehen. Eine solche Summe ist natürlich nicht zu kompensieren, auch nicht aus den

Mitteln der Jagdabgabe. Wir meinen in unserem Antrag den bereinigten Betrag zwischen Einnahmen aus der Jagdsteuer und den Aufwendungen der Kreise, um diese zu erheben. Da sprechen die Beispiele im Land eine deutliche Sprache. So erhebt der Landkreis Ostprignitz-Ruppin keine Jagdsteuer, weil nach seiner Rechnung die Einnahmen gerade mal die Kosten decken würden.

(Homeyer [CDU]: Wir haben sie auch abgeschafft!)

Des Weiteren nenne ich den Landkreis Havelland, wo vor der Beschlussfassung zur Abschaffung der Jagdsteuer 28 000 Euro Einnahmen aus der Jagdsteuer 24 000 Euro Verwaltungsausgaben gegenüberstanden.

(Zuruf des Abgeordneten Homeyer [CDU])

Dieses Beispiel angewandt, würde für das Land ein Kompensierungsbeitrag von insgesamt ca. 90 000 Euro entstehen.

Sie wissen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dass die Jagdabgabe wie auch die Jagdsteuer durch die Landkreise erhoben wird. Jährlich fließen über die Jagdabgabe bis zu 300 000 Euro vollständig an das Potsdamer Agrarministerium. Dort wiederum beginnt die Verteilung über das Land, zum Beispiel im Jahr 2002 100 000 Euro für Biotopgestaltung oder 337 000 Euro für den Ausbau von Schießständen, wobei jahrelang der Mittelabfluss nur sehr zögerlich erfolgte und zeitweise über 1 Million Euro im Bestand waren. Empfänger sind zu jeweils gut einem Drittel natürliche Personen, öffentliche Einrichtungen sowie Stiftungen und Vereine.

Wir sind der Auffassung, dass ein Teil dieser Einnahmen auch bei den Landkreisen verbleiben kann, um dort zielgerichtet vor Ort für die Förderung der Jagd eingesetzt zu werden. Maßnahmen der Biotopgestaltung und des Artenschutzes sowie Kinder- und Jugendarbeit, wie es in den entsprechenden Förder Richtlinien vorgesehen ist, lassen sich zielgenauer in den Landkreisen vor Ort ergreifen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Sie haben für Ihren Entschluss, die Jagdsteuer abzuschaffen, sicherlich gute Gründe und wir lassen die Initiative anlässlich des Landesjägartages 2005 auch bei Ihnen. Für uns ist die Jagd ein Ehrenamt entsprechend den im Jagdgesetz formulierten Zielen: die Schaffung artenreicher und gesunder Wildbestände, der Schutz bedrohter Wildarten, die Verbesserung der natürlichen Lebensgrundlagen, der Schutz der Lebensräume, der Schutz vor Wildschäden und die biotopgerechte Wildbewirtschaftung.

Kein Jäger hat sich bisher über die zum Zweck der Förderung der Jagd erhobene Jagdabgabe oder die Verwaltungsgebühr beim Lösen des Jagdscheins beschwert. Dass sich aber viele Jägerinnen und Jäger, die die Jagd nicht als Luxus begreifen und betreiben, gegen die Jagdsteuer auflehnen, ist nachvollziehbar. Jagd ist kein Privileg. Das Jagdrecht ist an den Grundbesitz gebunden und darf nur nach erfolgreich bestandener Jagdprüfung ausgeübt werden. Ich habe mir sagen lassen, dass es sich dabei um eine höchst anspruchsvolle Prüfung nach langer Ausbildung handelt.

Ist der Grundbesitzer kein Jäger oder ist eine Fläche kleiner als 75 ha, geht das Jagdrecht an die Jagdgenossenschaft über. Das betrifft in Brandenburg ungefähr 70 % der Fläche. Die Jagdgenossenschaften verpachten häufig an einheimische Jäger zu vertretbaren Preisen.

nossenschaften verpachten häufig an einheimische Jäger zu vertretbaren Preisen.

Es wird vielfach unterschätzt, für wie viele Jägerinnen und Jäger gerade im strukturschwachen ländlichen Raum die Jagd wie auch das Angeln eine wichtige soziale Komponente der Anerkennung der Gemeinschaft und der sinnvollen Freizeitgestaltung sind.

Es wird auch unterschätzt, dass wir bei der Bejagung eigentlich eine viel größere Aktivität brauchen, um die wirklich zu hohen Wilddichten zu reduzieren, Unfallwild zu versorgen und Wildschäden zu begegnen.

Die als Luxussteuer erhobene Jagdsteuer entfaltet insofern unfreiwillig eine Lenkungswirkung, als die gesellschaftliche Nichtanerkennung eines wichtigen Ehrenamtes und die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen auf der einen Seite zur Ausgrenzung und auf der anderen Seite zur Herausbildung elitärer Jagdstrukturen führen - und das zulasten der Qualität.

Deshalb meinen wir, dass in der Praxis die Kosten für die Jagd im Verhältnis zum Ertrag an Wild und zum Risiko des Wildschadens stehen sollten. Eine Jagdsteuer führt diese bewährte Praxis ad absurdum und bringt zum Nachteil für die Natur und für die Bürgerinnen und Bürger das Gleichgewicht aus den Fugen.

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Frau Wehlan (PDS):

Ja, natürlich.

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Bitte, Herr von Arnim.

von Arnim (CDU):

Frau Wehlan, ich habe eine Frage bezüglich des Unfallwildes. Meinen Sie entsorgen oder versorgen?

Frau Wehlan (PDS):

Beim Entsorgen.

von Arnim (CDU):

Danke.

Frau Wehlan (PDS):

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns deshalb unseren Antrag im Fachausschuss diskutieren.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Ich begrüße Schüler der 10. Klasse des Geschwister-Scholl-Gymnasiums aus Fürstenwalde. Seien Sie willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Gregor. Sie spricht für die SPD-Fraktion.

Frau Gregor (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am Sonntag ist der 1. Advent. Wir könnten einfach sagen: Alle Jahre wieder diskutieren wir unter anderem über die Jagdsteuer; denn es gab bereits im Jahr 2002 einen Antrag der PDS-Fraktion.

Es wurde heute unterstrichen, dass die Jagdsteuer im Land sehr umstritten ist. Wir haben im Rahmen der Gesetzgebung zum Jagdgesetz und der Gesetzgebung zum kommunalen Entlastungsgesetz darüber diskutiert.

Wir als Koalition haben uns entschlossen, dieser Diskussion ein Ende zu bereiten, indem wir im Koalitionsvertrag festgeschrieben haben, dass wir die Jagdsteuer abschaffen wollen.

Nun gibt es einen Antrag der PDS-Fraktion, der die Kompensation der ausfallenden Einnahmen auf der Landkreisebene bezwecken soll. Es hätte eines solchen Antrags nicht bedurft; denn das, was im Koalitionsvertrag steht, werden wir umsetzen. Wir werden es ordentlich tun, in angemessener Frist und nach allem, was abzuwägen ist.

Die Frage ist, was Sie eigentlich kompensiert haben wollen. Dazu steht ja nichts im Antrag.

Wir wissen, dass die Jagdsteuer von den Landkreisen in völlig unterschiedlicher Höhe oder auch überhaupt nicht erhoben wird. Also kann man nicht pauschal über alle Landkreise hinweg einen Ausgleich der Einnahmeverluste darstellen. Wir müssten gegenrechnen, welchen Aufwand an Verwaltung es erfordert

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Das hat sie doch vorgerechnet!)

- ja, doch, ganz ruhig! -, um diese Einnahmen zu akquirieren. Ich kann es nur für unseren Landkreis vorstellen. Wir haben in diesem Jahr 20 000 Euro Einnahmen zu erwarten. Ich frage mich, wie viel Aufwand eigentlich dahinter steht. Wenn wir uns einmal die Karten legen, wissen wir, dass unter dem Strich nichts herauskommt.

Wenn wir das ausgleichen wollen, müssen wir fragen, wie viel Aufwand auf Landesseite betrieben werden muss, ganz einfach deshalb, weil wir bereits jetzt die Fördermöglichkeiten aus dem Jagdgesetz haben, indem wir aus der Jagdabgabe entsprechende Maßnahmen, die von Frau Wehlan erwähnt worden sind, in acht Punkten fixiert haben, wobei über Förderanträge durchaus auch Maßnahmen im Landesinteresse gefördert werden können. Die kommen ja im Land an und sind völlig unstrittig. Weshalb sollten wir eine Parallelbürokratie aufbauen, um einen Ausgleich zu bekommen, um Berechnungen usw. anzustellen?

Ich möchte auch anmerken, dass die Landkreise diese Jagdsteuer zum Teil nicht freiwillig erhoben haben. Jeder von uns, der in einem Kreisparlament sitzt, kennt die Endlosdebatten, die über die Jagdsteuer vor dem Hintergrund geführt werden, dass man als Abgeordneter sicherlich immer anerkannt hat, dass die Jäger eine wichtige Aufgabe für das Allgemeinwohl wahrnehmen, wir aber letztendlich zum Teil durch Bescheide

des Innenministeriums gezwungen worden sind, bei unausgeglichenem Haushalt alle Einnahmequellen zu erschließen, wozu als originäre Einnahmequelle die Jagdsteuer zählt. Demzufolge mussten wir sie erheben. Im Zweifelsfall hat sich jeder Abgeordnete entgegen jeglicher Vernunft zugunsten eines Einnahmetitels entschieden.

Ich möchte vor allen Dingen sagen, dass es dieses Antrages nicht bedurft hätte, weil wir von Ihnen, liebe Kollegen von der PDS, nicht zum Jagen getragen werden müssen.

(Heiterkeit bei der PDS)

Wir haben das Problem erkannt, uns entschlossen, es zu lösen, und werden das auch tun.

(Zurufe von der PDS)

Sie satteln mit Ihrem Antrag natürlich wieder einmal nur auf - populistisch, schaufenstermäßig, ohne abzuwarten, was auf unserer Seite passiert.

(Zurufe von der PDS)

Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Nachdem Sie sich sozusagen auf der Jagd oder fast auf einer Hatz befinden, um uns hinsichtlich aller Punkte, die wir im Koalitionsvertrag verankert haben, vor sich herzutreiben,

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Deswegen gibt es Entschließungsanträge dazu!)

bin ich fast geneigt zu sagen: Wir machen daraus eine Steuerpflicht und behalten die Jagdsteuer insbesondere für die PDS-Fraktion, die versucht, uns vor sich herzutreiben.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Für die Fraktion der DVU spricht der Abgeordnete Claus.

Claus (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! Werte Kollegen! Die Jagdsteuer soll verschwinden. So steht es im Koalitionsvertrag von SPD und CDU.

Jäger klagen schon seit Jahren über die Jagdsteuer. Nun soll sie weg; so will es der PDS-Antrag.

Dies ist auch richtig; denn im Jagdgesetz wird den Jägern die Hege und Pflege aller wild lebenden Tiere und wild wachsenden Pflanzen übertragen. Sie nehmen also Aufgaben für die Gemeinschaft wahr. Dafür sollte man sie nicht noch bestrafen.

Wild hat häufig keine natürlichen Feinde mehr. Jagen ist daher auch kein Luxus, sondern notwendig, um zum Beispiel die Landwirtschaft oder auch die Besitzer von Privatgrundstücken vor Schäden zu schützen.

Außerdem wird durch den Wegfall der Jagdsteuer auch eine Ungerechtigkeit beseitigt; denn nicht alle Brandenburger Jäger müssen eine Jagdsteuer zahlen, sondern nur diejenigen, die in

einem der fünf Landkreise jagen, die diese Steuer erheben, beispielsweise Oberhavel, Prignitz oder Ostprignitz-Ruppin. Wer im Barnim, in Dahme-Spreewald oder Teltow-Fläming zur Jagd geht, zahlt keine Jagdsteuer.

Auch das Argument, dass Jäger die Natur nutzen, kann man kaum gelten lassen. Wasser- und Flugsportler, Reiter und Golfer tun dies schließlich auch, ohne eine Steuer dafür zu zahlen.

Im Übrigen ist jeder zweite Jäger ein ganz normaler Arbeitnehmer. Sie zahlen die Steuern eben nicht aus der Portokasse. Es ist nicht mehr so wie früher, als nur die Oberen - Herr von Arnim, Sie werden es wissen - jagen konnten und die Unteren nicht.

(Zuruf des Abgeordneten von Arnim [CDU])

- Nicht Sie persönlich, Herr von Arnim; Sie wissen schon, wie ich das meine.

In anderen Bundesländern wie Bayern oder Sachsen-Anhalt gibt es ohnehin keine Jagdsteuer.

Die Jäger sind also über die geplante Neuregelung beglückt, die Landkreise dagegen fürchten um ihre Einnahmen. Das wurde heute bereits angesprochen. So würde zum Beispiel im Landkreis Oberhavel bei Wegfall der Jagd- und Jagderlaubnissteuer eine Lücke von rund 68 000 Euro klaffen. Das Gesamtaufkommen an Jagdsteuer betrug allerdings landesweit nur 130 000 Euro, da in Brandenburg die Jagdsteuer ohnehin nur von fünf Landkreisen erhoben wurde.

Trotz dieser eigentlich relativ geringen Summe muss man sagen, dass es durch den Wegfall der Jagdsteuer in einzelnen Landkreisen wie Oberhavel finanzielle Einbußen geben wird. Diese können, wie im vorliegenden Antrag von der PDS gefordert, durch Mittel aus der Jagdabgabe, welche im Vorjahr nur zum Teil ausgeschöpft wurde - daraus stünde, wie bereits gesagt wurde, ca. 1 Million Euro zur Verfügung -, kompensiert werden.

Noch eines: Die Jäger sind auch für die Hege und Pflege zuständig. Sie sorgen also auch dafür, dass die Brandenburger durch die Wälder gehen können, ohne behindert zu werden. Zum Beispiel können auch die Imker dort ihre Bienenwagen und Bienenkörbe aufstellen, sodass nun auch Herr Baaske weiß, wo die Bienen das Jahr über fleißig Nektar sammeln können und woher der gesunde, köstliche Waldhonig kommt. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Für die Fraktion der CDU spricht der Abgeordnete Petke. Bitte schön.

Petke (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der größten Oppositionsfraktion in diesem Hause gibt Anlass, sich einmal direkt mit der PDS auseinander zu setzen.

Gestern, so hörten wir, setzte sich die Kollegin Enkelmann, die Fraktionsvorsitzende der PDS, für das Christentum in Brandenburg ein und bezog sich ausdrücklich auf die Geschichte.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Was wundert Sie daran?)

Frau Dr. Enkelmann, was Sie nicht erwähnt haben, und das aus gutem Grund, war die Selbstverbrennung von Pfarrern in der DDR; was Sie nicht erwähnt haben, war die Sprengung von Kirchen in der DDR; was Sie auch nicht erwähnt haben, war das zielgerichtete und massive Unterwandern der evangelischen und der katholischen Kirche durch das Ministerium für Staatssicherheit im Auftrag der SED.

(Beifall bei CDU und DVU)

Was hörten wir heute Morgen?

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Zur Jagdsteuer!)

Da wurde viel dahin gehend argumentiert, wie lange man in der DDR gelebt habe. Auch ich habe in der DDR gelebt, und zwar nicht nur zehn Jahre. Was ich heute Morgen von einer jungen Kollegin hörte, der man die Jugend nicht vorwerfen kann, das war live die Übertragung des Heimatkunde- und des Staatsbürgerkundeunterrichts der polytechnischen Oberschule.

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Herr Abgeordneter, es wäre aber gut, wenn Ihre Rede etwas mit dem Gegenstand dieses Tagesordnungspunkts zu tun hätte.

Petke (CDU):

Herr Präsident, dass gerade von Ihnen dieser Einwurf kommt! Ich nehme ihn natürlich zur Kenntnis und ich nehme ihn ernst.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Das ist unerhört!)

- Frau Dr. Enkelmann, nun regen Sie sich doch einmal ab!

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Das hat ein Nachspiel!)

- Ich liebe Nachspiele wie Vorspiele; das alles können wir haben.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und DVU)

Aber ob wir beide dies haben müssen, ist eine ganz andere Frage. - Vielleicht geben Sie mir die Gelegenheit, noch einmal zum Ernst der Debatte zurückzufinden. Dabei geht es um die Frage: Was passierte in der DDR mit Schülerinnen und Schülern, die kein Abitur machen konnten, nicht deshalb, weil sie zu dumm waren, sondern weil ihre Eltern vielleicht eine falsche politische Richtung hatten? Was passierte in GST-Lagern, was passierte im NVA-Wehrdienst?

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Petke (CDU):

Nein, ich möchte zum Ende kommen, jedenfalls was den Bereich der DDR betrifft.

Heute nun dieser Antrag von Ihnen. Jahrelang - die Kollegin Gregor hat es angesprochen - versucht die PDS, uns dahin zu treiben, doch endlich die Jagdsteuer abzuschaffen. Dann vereinbaren wir in der Koalition, dies zu tun. Ich will einmal sagen, um welche Summen es dabei geht. Es ging im Jahr 2003 im ganzen Land um - sage und schreibe - 129 260 Euro, wobei der Verwaltungsaufwand, den man natürlich gegenrechnen muss, wenn es um die Erhebung dieser Steuer geht, dabei noch nicht berücksichtigt ist. Im ersten Halbjahr 2004 ging es um 93 024 Euro. Dann wird hier berichtet, der Landkreistag habe gesagt, dafür brauche er jetzt einen Ausgleich. Umgekehrte Konnexität? Eine abenteuerliche Rechtsauffassung!

Wenn wir die Jagdabgabe dahin umlenken würden, dann würden Sie den nächsten Brief von Betroffenen bekommen, die in der Vergangenheit begünstigt waren, und dann würden Sie hier wieder einen Antrag zur Kompensation der Umlenkung der Jagdabgabe stellen. Genau das ist die Verlogenheit der PDS:

(Vereinzelt Beifall bei der CDU - Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Keine Ahnung, wovon wir sprechen!)

den Menschen vor Ort den Mund wässrig machen und die Abschaffung der Steuer fordern und dann, wenn wir Ernst machen, wieder alles erfüllen wollen. Damit sind Sie schon in der DDR gescheitert und damit werden Sie auch hier scheitern.

Der Antrag ist in der inneren Logik widersprüchlich. Wenn denn die Jagdabgabe überflüssig wäre, wie Sie behaupten, dann würden wir von der CDU-Fraktion sagen: Lasst uns doch die Jagdabgabe ebenfalls abschaffen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wenn es berechnete Kritik an der Jagdsteuer und an der Jagderlaubnissteuer gibt und das Verhältnis zwischen Steuereinnahmen und Verwaltungsaufwand ungesund ist, dann müsste man, wenn man in Ihrer Logik wenigstens den ersten Schritt geht, auch die Jagdabgabe abschaffen. Wir werden, glaube ich, vom Minister noch hören, dass man diese Abgabe, die zweckgebunden ist, nicht einfach abschaffen und in eine Steuer umleiten kann.

Abschließend möchte ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der PDS, um Folgendes bitten: Bleiben Sie sich doch wenigstens in diesem Haus treu. Wenn Sie dies früher einmal gefordert haben, dann bleiben Sie bei dieser Linie. Ich kündige an, dass wir, wenn die Regierung an der einen oder anderen Stelle andere Sachen für wichtiger hält, von der CDU-Fraktion zusammen mit dem Koalitionspartner möglicherweise einen eigenen Gesetzentwurf einbringen mit dem Ziel, diese Steuer abzuschaffen. Sie können sich dann gern daran beteiligen, aber dann bitte mit sachlichen Beiträgen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der PDS)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Ein Abgeordneter der PDS möchte eine persönliche Erklärung abgeben.

Gehrcke (PDS):

Ich habe den Wunsch, eine persönliche Erklärung abzugeben, weil meine Fraktion unter einem Tagesordnungspunkt „Jagd-

steuer“ zu einem völlig anderen Thema in einer unzumutbaren Art und Weise angegangen worden ist. Wenn Sie eine weitere Debatte über Geschichte und 15. Jahrestag wollen, dann melden Sie das an, und wenn Sie zur Jagdsteuer reden wollen, dann reden Sie zur Jagdsteuer. Als Abgeordneter bin ich jetzt zu diesem Tagesordnungspunkt hier und nicht dazu, mir anzuhören, wie hier in dieser Art und Weise argumentiert wird.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Das war eine persönliche Erklärung des Abgeordneten Gehrcke. - Wir kommen jetzt zum Beitrag der Landesregierung. Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Woidke:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der heilige Hubertus und ich haben gemeinsam mit Wohlgefallen zur Kenntnis genommen, dass sich alle Angehörigen dieses hohen Hauses, die zu dem Thema Jagdsteuer geredet haben, für deren Abschaffung ausgesprochen haben. Dafür bin ich Ihnen sehr dankbar, weil dies auch die Meinung der Landesregierung und die der Koalitionäre ist. Mein Haus steht da in der Tradition von Wolfgang Birtler und Gunter Fritsch, die sich immer für die Abschaffung der Jagdsteuer eingesetzt haben.

Durch einige Landkreise wird von den Jagdausübungsberechtigten bzw. Jagdgästen eine Jagdsteuer bzw. Jagderlaubnissteuer erhoben. Grundlage für die Erhebung ist die jeweilige Steuersatzung der Landkreise, durch die die Höhe durchaus unterschiedlich festgelegt kann. Bezugsgegenstand der Steuer ist die Ausübung des Jagdrechts. Steuermaßstab ist das für die Ausübung des Jagdrechts zu entrichtende Entgelt, auf gut Deutsch gesagt, die Jagdpacht. Der Steuersatz ist immer auf das Jagdjahr bezogen und in den einzelnen Kreisen unterschiedlich festgelegt. In der Regel sind das ca. 15 %. Die Steuer fließt in den Kreishaushalt ein und dient seiner Deckung. In den seltensten Fällen fließen Teile der Einnahmen dem Jagdwesen in irgendeiner Art und Weise zu.

Die Jagdabgabe ist eine gesetzlich festgelegte zweckgebundene Abgabe der Jäger. Gemäß § 23 Landesjagdgesetz - dort ist dies alles nachzulesen - ist diese Abgabe ausschließlich zur Förderung des Jagdwesens zu verwenden. Ich möchte an dieser Stelle daran erinnern, dass der Landesjagdverband nicht irgendeine Vereinigung von Herrenjägern, sondern ein anerkannter Naturschutzverband, und zwar - das darf ich auch noch bemerken - der größte anerkannte Naturschutzverband mit den meisten Mitgliedern, ist.

Die Jagdabgabe wurde auch in den letzten Jahren überwiegend dazu eingesetzt, die Aufgaben, die der Jagdverband in der Fläche erfüllt, nämlich Hege und Pflege, aber auch Biotopschutz sowie Jugendarbeit, zu unterstützen. Der Einsatz der Jagdabgabe als Ausgleich für entfallende Einnahmen aus der Jagdsteuer ist durch das Gesetz - nachzulesen in § 23 Jagdgesetz - ausgeschlossen.

Noch einige Worte zur Aussage in der Begründung des Antrags der PDS, dass in einigen Jahren die Mittel aus der Jagdabgabe nicht voll eingesetzt waren oder werden würden. Die Jagdabga-

be wird jährlich im Zusammenhang mit dem Lösen des Jagdscheins erhoben. In Brandenburg beträgt die Höhe je Jäger 25 Euro.

Das jährliche Aufkommen im Land Brandenburg beträgt etwa 250 000 Euro im Jahr. Da der Jäger bei der unteren Jagdbehörde aber einen Ein-, Zwei- oder auch Dreijahres-Jagdschein lösen kann, treten jährlich immense Schwankungen auf, die durch den unterschiedlichen Mittelabfluss - bedingt durch Anzahl, Höhe und Qualität von Anträgen - noch verstärkt werden. Somit kann es tatsächlich zu Reserven kommen. Diese werden dann genutzt, um ein geringeres Aufkommen in anderen Jahren auszugleichen.

Ich bin Frau Wehlan dankbar, dass sie diesen Antrag eingebracht hat, um die Dinge noch einmal klarzustellen. Dennoch muss ich Sie bitten, meine Damen und Herren Abgeordnete, diesen Antrag abzulehnen. - Danke sehr.

(Beifall bei SPD und CDU - Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Danke sehr!)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Ich schließe die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung.

Die Fraktion der PDS beantragt die Überweisung des Antrags in Drucksache 4/122 - Kompensation künftig wegfallender Einnahmen aus Jagdsteuer - an den Ausschuss für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz. Wer dieser Überweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag auf Überweisung mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zur direkten Abstimmung über den Antrag in der Drucksache 4/122. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 3 und rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Kassensturz zu Beginn der neuen Wahlperiode

Antrag
der Fraktion der PDS

Drucksache 4/123

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag der Fraktion der PDS. Frau Osten, Sie haben das Wort.

Frau Osten (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Wort „Kassensturz“ habe nicht ich erfunden - so ist nun einmal die deutsche Sprache. Es geht nicht um das Stürzen der Kasse vom Finanzminister - darin ist nichts, das wissen wir; zudem redet Herr Speer ständig davon -, nicht um Nachhilfe für mich oder meine Fraktion oder darum, dass womöglich irgendwelche Berichte nicht lesbar seien, und auch nicht um den Erhalt von Mittelabflusslisten oder um schön geredete Statistiken. Es geht um das Recht aller Abgeordneten auf Information. Die Karten gehören

endlich auf den Tisch. Wir alle müssen wissen, in welcher finanziellen Situation sich das Land wirklich befindet, über welche politischen Handlungsspielräume wir noch verfügen oder ob es vielleicht nur noch um eine Bankrotterklärung geht.

Mit diesem Antrag fordern wir grundlegende Informationen der Landesregierung vor der Haushaltsdebatte, die sich - wie es scheint - noch sehr lange hinziehen kann und in der wir, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dann gern um 100 oder 1 000 Euro streiten können.

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Frau Osten (PDS):

Natürlich. Die PDS immer.

Schulze (SPD):*

Frau Osten, gehe ich recht in der Annahme, dass Sie derzeit Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses sind und es auch in der letzten Legislaturperiode waren?

Frau Osten (PDS):

Herr Schulze, das müssten Sie wissen. Sie sind Geschäftsführer der SPD und müssten die hier verteilten Zettel auch lesen können.

Schulze (SPD):*

Ich bin nicht Geschäftsführer, sondern Parlamentarischer Geschäftsführer.

(Sarrach [PDS]: Das macht es auch nicht besser!)

Ich wollte nur fragen, ob Sie als Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses sich über die Haushalts- und Finanzlage des Landes Brandenburg nicht im Klaren sind und sich nicht ausreichend informiert fühlen.

Frau Osten (PDS):

Ich kann Ihnen gern mehrere Beispiele nennen. Es gibt zum Beispiel einen Bericht des Landesrechnungshofes - den müssten Sie auch kennen -, in dem mehrere Informationsdefizite enthalten sind. Es ist nicht meine Erfindung, sondern es ist ein Bedürfnis nach Transparenz in diesem Lande, damit man weiß, wo man steht.

(Beifall bei der PDS)

Dazu werde ich später noch etwas sagen; gedulden Sie sich ein wenig, Herr Schulze.

Heute Morgen habe ich die Zeitung gelesen - Sie, Herr Schulze, vielleicht auch - und wieder einmal feststellen können, dass die Regierung - in dem Fall der Finanzminister - gegenüber der Presse bereits den Offenbarungseid - nicht zu wissen, wie es weitergehen soll - geleistet hat. Umso mehr hat der Landtag das Recht zu erfahren, wie die finanzielle Situation im Lande wirklich ist. Eigentlich wollte ich Ihnen ersparen, meine Skep-

sis gegenüber jeglicher Regierungserklärung der kleinen Koalition zu erläutern.

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Frau Abgeordnete, würden Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Lunacek beantworten?

Frau Osten (PDS):

Aber gern. - Ich bin nur etwas überrascht, denn sonst lassen mich die Männer ausreden.

Lunacek (CDU):

Frau Kollegin Osten, gehe ich recht in der Annahme, dass Sie als Vorsitzende des Haushalts- und Finanzausschusses - dank langjähriger Erfahrung wissen Sie dies ja - jederzeit Tagesordnungspunkte auf die Tagesordnung des Haushalts- und Finanzausschusses setzen konnten?

(Zuruf der Abgeordneten Tack [PDS])

Frau Osten (PDS):

Herr Lunacek, wie Sie wissen, tue ich das auch. Dennoch denke ich, dass die geschlossenen Sitzungen ...

Lunacek (CDU):

Danke schön. Ich habe noch eine zweite Frage.

Frau Osten (PDS):

Dann stellen Sie sie doch.

Lunacek (CDU):

Warum haben Sie diese Informationswünsche nicht auf die Tagesordnung des Haushalts- und Finanzausschusses gesetzt und sich von der Regierung berichten lassen?

(Zuruf der Abgeordneten Tack [PDS])

Frau Osten (PDS):

Das wollte ich gerade erklären. - Deshalb, weil ich meine, dass dieser wichtige Punkt nicht nur Bestandteil der Tagesordnung einer geschlossenen Sitzung des Haushaltsausschusses sein darf,

(Beifall bei der PDS)

sondern es einen Antrag in der Landtagsdebatte und einen Bericht der Regierung dazu geben muss. Das ist meine feste Überzeugung.

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Dr. Enkelmann?

Frau Osten (PDS):

Natürlich. Es kann jeder fragen, auch Frau Dr. Enkelmann.

Frau Dr. Enkelmann (PDS):

Frau Osten, ist Ihnen bekannt, dass aus den Berichten der Untersuchungsausschüsse der vergangenen Legislaturperiode sehr deutlich hervorgegangen ist, dass die Landesregierung - gerade in finanzieller Hinsicht - nicht immer mit offenen Karten gespielt hat?

(Sarrach [PDS]: Hört, hört!)

Frau Osten (PDS):

Das kann ich nur bestätigen. Das konnte man nicht nur in den Untersuchungsausschüssen beobachten, sondern auch in den Haushaltsdebatten und vor allem im Haushaltsvollzug.

(Beifall bei der PDS)

Da wir derzeit noch am Beginn dieser Legislaturperiode sind, muss man darauf Rücksicht nehmen, dass sich im Parlament neue Abgeordnete befinden. In der PDS-Fraktion sind es fast 50 %.

(Beifall der Abgeordneten Mächtig [PDS])

Deshalb sind diese Fragen durchaus berechtigt und zu stellen. Ich sage es noch einmal: Ich wollte Ihnen die Darstellung meiner Skepsis, die ich gegenüber jeder Regierungserklärung der kleinen Koalition habe, ersparen. In der vergangenen Legislaturperiode konnten wir ja schon die Erfahrung machen, dass Koalitionsvereinbarungen Schall und Rauch sind, insbesondere was die Zahlen - zumindest in Brandenburg - betrifft.

Sie werden sich vielleicht daran erinnern - vor allem die Abgeordneten, die schon länger dabei sind -, dass die Koalition der letzten Legislatur die Illusion hegte, bis zum Jahre 2002 ohne neue Schulden auszukommen. Der Traum ist geplatzt. Sie haben in den letzten fünf Jahren die Schulden des Landes von 12,5 auf mindestens 17,5 Milliarden Euro erhöht. Das sind im Durchschnitt fast 1 Milliarde Euro pro Jahr neue Schulden, die nicht durch Einnahmen gedeckt werden konnten.

(Schippel [SPD]: Ihr wart doch für die Kreditaufnahme!)

Das ist rekordverdächtig. Dazu fallen mir all Ihre kritischen Bemerkungen - Herr Lunacek, Sie haben mir fast das Wort gegeben - in Wahlkampfzeiten ein. Als ich das las, hatte ich manchmal das Gefühl, dass Sie von 1999 bis 2004 Oppositioneller gewesen sind. Sie haben gesagt, dass es mit der Neuverschuldung so nicht weitergehen könne, und haben Vorschläge unterbreitet, wie das zu ändern sei. Ich gebe Ihnen Recht. So kann es nicht weitergehen. Manche Ihrer Vorschläge fand ich nicht schlecht. Ich frage mich aber: Warum haben Sie die letzten fünf Jahre nicht genutzt, um diese Vorschläge einzubringen?

(Beifall bei der PDS)

Warum fordern Sie den Abbau der Bürokratie und sind dabei - zum Beispiel mit Harz IV -, diese neu zu schaffen bzw. im großen Stil wieder aufleben zu lassen? Das nur nebenbei.

(Beifall bei der PDS - Schulze [SPD]: Harz IV - da haben Sie es wieder!)

Unser Thema ist heute - das ist viel wichtiger -: Wie geht es in diesem Land weiter?

Neben der Koalitionsvereinbarung gab es das öffentliche Versprechen des Ministerpräsidenten - anders ist eine Regierungserklärung nicht aufzufassen -, dass es im Landeshaushalt jährlich 175 Millionen Euro weniger Schulden geben soll. Das soll bis zum Jahr 2010 - hinsichtlich des Zeitraums ist man etwas vorsichtiger geworden - auf null reduziert werden. 2010 ist übrigens das Jahr nach dieser Legislaturperiode; somit kann man das schon nennen.

Man möchte in der Nettoverschuldung auf null kommen. Auf welcher Grundlage entstehen solche Zahlen? Wir alle wissen, dass Einnahmen - hausgemacht und bundespolitisch von Rot-Grün so gewollt - stagnieren und zurückgehen, dass Ausgaben scheinbar sinken, nach wie vor aber Millionen im märkischen Sand ohne Wachstumseffekt versinken, dass es steigende Zinslasten gibt, die gedeckt werden müssen, und dass uns gemeinsame Ausgabeposten - zum Beispiel die Pensionslast - ins Haus stehen, die sich der Höhe der Wirtschaftsförderung des Wirtschaftsministeriums nähern.

So kann es also nicht weitergehen. Es hilft uns auch nicht, dass Kredite im Haushalt versteckt werden, zum Beispiel eine gegenseitige Deckung von Personal- und Investitionsmitteln legitimiert wird und Vermögensnachweise nicht vollständig vorliegen bzw. ausgespart werden.

Es hilft uns auch nicht, wenn Teile der Ministerialverwaltung ausgelagert und zu Landesbetrieben umorganisiert werden, die den Steuerzahler dann noch teurer zu stehen kommen. Das ist alles nur Schein.

Es kann deshalb nur darum gehen, die eigenen Spielräume real einzuschätzen, bundespolitische Rahmenbedingungen zugunsten öffentlicher Kassen zu verändern und wirkliche Prioritäten zu setzen. Ich will in Regierungserklärungen nicht länger die Träume von Ministerpräsident Platzeck und einiger seiner Kabinettskolleginnen und -kollegen hören, sondern wissen, auf welcher Grundlage dieses Land noch Entwicklungschancen hat.

(Beifall bei der PDS)

Vor dieser Wahrheit kann niemand von uns die Augen verschließen. Deshalb fordern wir die Regierung auf, dem Parlament den geforderten Bericht zu übergeben. Ich gehe davon aus, dass auch Herr Speer diesen Überblick hat. Schließlich muss es Gründe dafür geben, dass er den bisher ausgearbeiteten Haushalt sprichwörtlich in den Papierkorb wirft und nächste Woche in einer Haushaltsklausur neue Festlegungen treffen will.

Wir wollen und müssen die Haushaltsdebatte auf der eindeutigen Grundlage, die uns dieser Bericht bieten soll, führen können. Wir müssen wissen, was wir uns leisten können, und die Mittel dann sozial gerecht verteilen. - Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Für die SPD-Fraktion spricht der Abgeordnete Bischoff.

Bischoff (SPD):*

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen von der PDS, Sie fordern einen Kassensturz. Sie arbeiten damit einen Punkt Ihres 100-Tage-Regierungsprogramms ab.

(Zuruf von der PDS: Bingo!)

Vielleicht ist Ihnen jedoch entgangen, dass nach einer sehr langen Oppositionszeit die Übernahme von Regierungsverantwortung gewöhnlich mit einem Kassensturz beginnt, um sich einen Überblick über den Haushalt mit all seinen Winkeln zu verschaffen.

Meine Damen und Herren von der PDS, vielleicht muss ich Sie, auch wenn es Sie persönlich sehr schmerzt, daran erinnern: Sie sind nicht in der Regierung. Prompt glauben Sie, Ihr 100-Tage-Programm abarbeiten zu müssen. Sie holen ganz alte und verstaubte Hüte heraus: Erst gestern haben wir über millionenschwere Forderungen für Konversion gesprochen. Vor zehn Minuten ging es darum, die Jagdsteuer zu kompensieren. Jetzt kommt der Kassensturz hinterher. Das einzig Zuverlässige an Ihrer Politik ist das sehr beherzte „Sowohl-als-auch“.

(Beifall bei SPD und CDU)

Was soll ich von Aussagen der Vorsitzenden des Finanzausschusses, Kollegin Kerstin Osten, halten, die in einem Zeitungsinterview vom 18.11.2004 fragt, wie viel Geld tatsächlich investiert wurde und welches Vermögen überhaupt vorhanden ist? Liebe Frau Kollegin, so viel sollte Ihnen bekannt sein: In einem kameralistischen Haushalt bemisst sich die Summe der Investitionen nach dem Mittelabfluss in den investiven Haushaltstiteln; nachgewiesen in der Haushaltsrechnung.

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Herr Abgeordneter, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

Bischoff (SPD):*

Lassen Sie mich bitte erst zu Ende reden. - Im Jahr 2003 waren es exakt 1,8 Milliarden Euro, nachzulesen auf Seite 82 des aktuellen Landesrechnungshofberichts, den Sie ja gerade zitiert haben. Ich bin ziemlich sicher, dass Sie dies als Vorsitzende des Finanzausschusses auch sehr genau wissen; das ist ja schon angekungen. Welches Vermögen dieses Land besitzt, werden wir so lange nicht exakt wissen, wie wir keine Aufstellung einer Landesvermögensbilanz durchführen. Die SPD-Fraktion setzt sich übrigens schon längere Zeit dafür ein, dass dies bis zum Ende dieses Jahrzehnts tatsächlich geschieht.

(Zuruf von der PDS: Das glaube ich Ihnen nicht!)

Mir ist allerdings an keiner Stelle und in keiner Debatte aufgefallen, dass sich die PDS-Fraktion für dieses Thema der Haushaltsmodernisierung in irgendeiner Phase engagiert bzw. sogar eigene Anträge eingebracht hätte. Umso mehr verwirren mich einige Aussagen.

Fast amüsant ist Ihre im genannten Interview geäußerte Befürchtung, Frau Kollegin Osten, dass das Land im Jahr 2008 nur noch 7,5 Milliarden Euro zur Verfügung haben könnte. Heute sind es knapp 10 Milliarden Euro. Liebe Frau Kollegin,

diese Befürchtung können wir ganz schnell in eine Gewissheit umwandeln. Nicht im Jahr 2008, sondern im Jahr 2019 wird das Jahreshaushaltsvolumen exakt 7,5 Milliarden Euro betragen. Damit nicht genug. Schon heute stehen Ausgaben in Höhe von 10 Milliarden Euro knapp 9 Milliarden Euro Gesamthaushaltsvolumen gegenüber. All diese Fakten sind Ihnen hinlänglich bekannt.

Nicht bekannt ist hingegen, dass die PDS in den vergangenen Jahren realistische Vorschläge unterbreitet hätte. Vorschläge von Ihnen gibt es wie Sand am Meer; das weiß jeder, auch die Presse -, jedoch keine, die geeignet wären, dieses Defizit zu verringern.

(Widerspruch bei der PDS)

Ganz im Gegenteil: Noch vor wenigen Wochen haben Sie gefordert, man möge doch die Planung für die Nettokreditneuaufnahme nicht auf das Jahr 2010, sondern auf das Jahr 2020 ausdehnen. Das war Ihre Forderung im Wahlkampf zur Landtagswahl 2004. Unverantwortlich kann man das nur nennen.

Ich bin allerdings meilenweit davon entfernt, etwas zu beschönigen. Mir ist klar, dass wir eine Bilanz des Landesvermögens benötigen. Mir ist auch klar, dass wir eine andere Form des Haushalts benötigen, die eine Steuerung über Zielvereinbarungen mit diesem Landesparlament erlaubt. Leider trägt Ihr Antrag zu alledem nichts bei und ist daher schlicht unbrauchbar. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Für die DVU-Fraktion spricht die Abgeordnete Hesselbarth.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sprechen im Land Brandenburg von einem Finanzierungsproblem in Höhe von 1 Milliarde Euro und wir sprechen im Land Brandenburg von sinkenden Steuereinnahmen, und zwar wegen selbst verschuldeter schlechter Wirtschaftsentwicklung. Es ist keine positive Entwicklung in Sicht.

Ich bin ebenfalls der Meinung, dass diese Landesregierung den Staatshaushalt nie und nimmer in den Griff bekommen wird. Das, was die PDS-Fraktion hier fordert, Frau Osten, sind all jene Forderungen, die wir - schon seit längerem - auch aufgemacht haben. Deshalb werden wir Ihrem Antrag zustimmen. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Für die CDU-Fraktion spricht die Abgeordnete Funck.

Frau Funck (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, zuerst mein Erstaunen über den Antrag der PDS zum Ausdruck zu bringen. Ehrlichkeit und Offenheit sind parlamentarische Tugenden. Dieser Antrag ist ehrlich. Er legt

nämlich offen, dass die Kollegen der PDS ein Informationsdefizit bezüglich der Eckwerte der brandenburgischen Finanzsituation haben. Unkommentiert können wir das natürlich nicht zur Kenntnis nehmen; Sie haben ja auch Redezeit beantragt.

Meine Damen und Herren von der PDS, Sie wollen also über die aktuelle Finanzsituation informiert werden.

(Zuruf von der PDS: Ja, genau!)

Ich frage mich, wie Sie im Wahlkampf für sich in Anspruch nehmen konnten, ein haushaltspolitisches Konzept für das Land zu haben. Worauf beruht dieses Konzept, wenn Sie sich heute nach der Verschuldung, der Nettokreditaufnahme und anderen für ein finanzpolitisches Konzept unverzichtbaren Eckdaten erkundigen?

(Beifall bei CDU und SPD)

Sie haben kein Konzept. Das ist die Botschaft Ihres Antrags. Das nehmen wir zur Kenntnis. Die Eckdaten sind im Wesentlichen bekannt und transparent.

Frau Enkelmann, wenn Sie, wie angekündigt, die PDS im Laufe der nächsten Jahre zu einer ernst zu nehmenden Oppositionspartei entwickeln wollen, möchte ich Ihnen doch empfehlen: Legen Sie uns Anträge vor, die uns die Chance zu einer ernsthaften Auseinandersetzung geben.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Ich erinnere an unsere gestern gestellten Entschließungsanträge!)

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass der Finanzminister Ihren Wissensdurst in seinem Beitrag stillen wird. Ich verzichte an dieser Stelle darauf.

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Vietze?

Frau Funck (CDU):

Gern.

Vietze (PDS):

Frau Abgeordnete Funck, könnten Sie mir zustimmen, dass in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen kann, dass im Moment weder die Regierung noch die Opposition ein Konzept hat? Was man zur Kenntnis erhält, ist in hohem Maße von einer nicht gesicherten Finanzierbarkeit und von vielen ins Haus stehenden Konsultationen und Klausurtagungen, zum Beispiel der Regierung, geprägt, einschließlich der Konsequenz, den Haushalt, weil noch intensiv an ihm gearbeitet werden muss, zu einem späteren Zeitpunkt ins Parlament einzubringen.

Frau Funck (CDU):

Zum späten Einbringen des Haushalts sage ich gleich etwas. - Dass man sich in einer so angespannten Haushaltslage vorher konsultiert, ist völlig normal. Wir haben es - gerade nach den neuen Steuerschätzungen - mit sinkenden Einnahmen zu tun. Damit muss man umgehen; da haben Sie Recht. Im Gegensatz

zu Ihnen haben wir jedoch im Vorfeld nicht getrötet, wesentlich mehr ausgeben zu wollen, als die Einnahmen zulassen.

(Beifall bei CDU und SPD - Zuruf des Abgeordneten Vietze [PDS])

Festzuhalten bleibt: Die Finanzsituation des Landes ist extrem schwierig. Von Steuerschätzung zu Steuerschätzung werden die Einnahmen der öffentlichen Hand nach unten korrigiert. Finanzielle Transfers zugunsten Brandenburgs werden sich verringern. Natürlich muss man damit umgehen.

Vieles, was wünschenswert ist, ist einfach nicht mehr finanzierbar. Eine Reihe von Aufgaben, die das Land wahrnimmt, wird durch Kredite finanziert.

Wir brauchen mehr Wachstum und Beschäftigung.

Einsparen müssen wir dort, wo sich der Staat in den letzten Jahren aktiv betätigt hat, ohne dass staatliche Aktivitäten notwendig gewesen wären.

Einsparen müssen wir durch effizientere Aufgabenerledigung, Bürokratieabbau, Senkung von Standards und Normen.

Zusätzliches Wachstum und mehr Beschäftigung als Schlüssel für die Konsolidierung des Haushalts werden dort gefördert, wo eigenverantwortliches wirtschaftliches Handeln von Bürgern und Unternehmen erleichtert wird, und zwar auch durch die Vereinfachung von Verfahren.

Wir sind in der Pflicht, darauf hinzuwirken, dass unsere gegenwärtigen Einnahmen, aber auch die des Bundes so eingesetzt werden, dass sie wachstumsfördernd und beschäftigungschaffend wirken. Das, meine Damen und Herren von der PDS-Fraktion, steht auch so im Koalitionsvertrag.

Einen weiteren Schwerpunkt des PDS-Antrags - damit komme ich auf den Kollegen Vietze zurück - bildet der Wunsch nach einer Erklärung durch die Landesregierung für die vermeintlich späte Einbringung des Haushalts. Glauben Sie mir, liebe Kolleginnen und Kollegen von der PDS-Fraktion, ich hätte die Haushaltsdebatte lieber hinter mir als vor mir.

Ein solider Landeshaushalt kann, zumal vor dem Hintergrund der schwierigen Rahmenbedingungen und der damit verbundenen Entscheidungen, seriöserweise nicht schon einen Monat nach der Regierungsbildung eingebracht werden. Natürlich sehen wir uns in der Verantwortung dafür, dass die von uns getragene Landesregierung einen Haushalt für die nächsten zwei Jahre so schnell wie möglich vorlegt. Aber in dem Zeitraum, der nach der Regierungsbildung bis jetzt zur Verfügung stand, war das nicht möglich. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang anmerken, dass die Vorlage des Haushaltsplanentwurfs dort, wo die PDS mit in der Regierungsverantwortung steht, noch viel länger gedauert hat.

(Zurufe von der PDS)

- So ist das nun einmal.

Ich habe in der vergangenen Woche die Forderungen der CDU zur Erhöhung der Transparenz des Landeshaushalts vorgestellt. Dazu zählen bessere und vom Bürger nachvollziehbare Erläuterungen zu den Haushaltstiteln ebenso wie die Verdeutlichung des Einsatzes der Solidarpaktmittel für die einzelnen Haushaltsspositionen. Wir haben den Anspruch, die Transparenz über die Ausgaben des Landes für die Bürger zu verbessern. Ich bin mir sicher, dass schon in dem vorzulegenden Doppelhaushalt derartige Anregungen des Parlaments aufgenommen werden.

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit bleibt mir jetzt nur noch festzustellen, dass die CDU-Fraktion den vorliegenden Antrag ablehnen wird. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Für die Landesregierung spricht der Finanzminister. Bitte, Herr Speer.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Jetzt werden wir aufgeklärt!)

Minister der Finanzen Speer:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Enkelmann, Frau Osten, ich empfinde den vorliegenden Antrag als typischen Oppositionsreflex. Wenn die Landesregierung ankündigt, dass sie für die Vorlage des Haushalts ein paar Tage braucht, dann müssen Sie natürlich versuchen, die Debatten über den Haushalt vorzuziehen - auf Dezember oder sogar, wie Sie es auch versuchen, auf heute. Allerdings müssen Sie in diesem Zusammenhang den Widerspruch aufklären zwischen der einen Aussage, dass Sie völlig ahnungslos seien, und der anderen Aussage, dass Sie genau wüssten, wie es gehe.

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Christoffers?

Minister Speer:

Gern.

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Bitte, Herr Christoffers.

Christoffers (PDS):

Herr Minister, bezüglich des von Ihnen genannten „Reflexes“ möchte ich Sie Folgendes fragen: Ihre Vorgängerin hatte sich immer dafür entschieden, die Wachstumsrate mit nur 1 % anzusetzen. Dadurch blieb sie unter der Prognose der Bundesregierung und hat damit Vorsorge dafür getragen, dass wir bei der Steuerschätzung nicht so große Verluste hinzunehmen brauchten. Haben Sie bereits entschieden, welchen Wert Sie für den kommenden Haushalt ansetzen werden, um damit einen Ausgangspunkt für das Land Brandenburg in der Frage der Steuerschätzung zu haben?

Minister Speer:

Auf diese Frage werde ich noch zu sprechen kommen. Genau das wird Gegenstand der Beratungen innerhalb der Landesre-

gierung sein, mit denen wir am nächsten Montag die Konsultationen in Genshagen beginnen werden. Über die Erkenntnisse, die wir daraus gewinnen, werden wir auch gern dem Ausschuss für Haushalt und Finanzen berichten.

Die Festlegung dazu, wie wir auf diese Herausforderung reagieren, wird die Landesregierung, wie geplant, nach sorgfältiger Abwägung am 1. Februar 2005 treffen, um den entsprechenden Vorschlag dann dem Parlament zuzuleiten, wobei dann gern weitere Vorschläge dazu, wie die Haushaltssituation des Landes verbessert werden kann, in die Beratungen einfließen können. Solchen Vorschlägen, meine Damen und Herren von der Opposition, wird sich niemand verweigern, wenn dem Land damit geholfen wird, wobei ich davon ausgehe - so habe ich auch die öffentlichen Äußerungen der PDS verstanden -, dass wir die Prioritäten, also Bildung, Wissenschaft, Technologieförderung, Förderung von Produkten im innovativen Bereich, dabei gemeinsam im Auge haben und alles tun werden, um die genannten Bereiche möglichst gut zu unterstützen, sprich: mit finanziellen Mitteln auszustatten.

Die Aussage, dass wir lediglich ein Einnahmeproblem hätten, höre ich nun schon seit Jahren, und zwar von Ihnen, von den Gewerkschaften und auch von Teilen meiner Partei. Wie gesagt wird, brauchten wir da nur mit höheren Steuern heranzugehen und schon würde es Deutschland gut gehen. Damit wird verkannt, dass sich internationale Wirtschaft danach richtet, wie sich, jetzt einmal abgesehen von der Frage der Rohstoffkosten und anderen externen Faktoren, die Steuern und die Arbeitskosten entwickeln, dass wir uns insoweit europaweit und international in einem Wettlauf befinden, sodass sich auch Deutschland nach der Decke strecken muss.

Wer behauptet, in Deutschland seien die geringsten Steuern zu zahlen, der muss mir erklären, warum große Unternehmen aus Deutschland abwandern. Das ist doch unlogisch. Die Erklärung trifft also nicht zu. Wenn es tatsächlich so wäre, dass in Deutschland die geringsten Steuern zu zahlen sind, wie Sie das im Falle der Großunternehmen unterstellen, dann müssten wir uns ja geradezu gegen einen Ansiedlungsboom wehren. Einen solchen Boom gibt es aber nicht.

Es gibt hier also einen Zusammenhang. An der Steuerschraube kann nicht einfach, wie von Ihnen gefordert, gedreht werden nach dem Motto: Aufgrund der demographischen Situation gibt es ein Problem in den Sozialbereichen. Also drehen wir an der Steuerschraube und schon fließen die Mittel, mit denen dieses Problem gelöst werden kann. - Das funktioniert nicht.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und CDU)

Deshalb können wir für den Doppelhaushalt 2005/2006, den wir aufstellen und vorlegen wollen, auf diese Hoffnung nicht bauen, sondern müssen uns an den Prognosen für das Wirtschaftswachstum orientieren, und zwar, Herr Christoffers, sicherlich mit einem realistischen Blick, der sich aus den Erfahrungen, die wir in der Vergangenheit in Brandenburg gemacht haben, ergeben muss.

Es geht also um die Stellschrauben, über die unsere Ausgabenpolitik definiert wird. Darüber werden wir in der Klausur am nächsten Montag und auch über Weihnachten und Neujahr hinweg mit den Ministerien bis zur Kabinettsfestlegung Ende Januar sprechen. Vorher wird es keine definitiven Aussagen zu einzelnen Bereichen geben können.

Bei allen Beratungen werden die im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Prioritäten obenan stehen, also herausgehobene Bedeutung haben. In welchem Maße einzelne Programme und anderes fortgeführt werden, werden die Beratungen zeigen.

Mit dem dann vorliegenden Entwurf werden wir uns im März in diesem hohen Hause zum ersten Mal auseinander zu setzen haben. Vorher haben Sie noch Gelegenheit, das Ganze in mündlichen Anfragen, in Dringlichen Anfragen usw. zu thematisieren, wobei Sie darauf aber keine neue Antwort bekommen werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

In der zweiten Runde erteile ich der Abgeordneten Osten noch einmal das Wort. 3 Minuten und 20 Sekunden dürfen allerdings nicht überschritten werden.

Frau Osten (PDS):*

Ich gebe mir Mühe. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich werde es ganz kurz machen. Ich verstehe nicht ganz, warum Sie so aufgeregt reagieren. Es geht doch nur um einen Bericht. Ich denke, diesen Bericht hat der Finanzminister auch schon in der Tasche. Anderenfalls brauchte er doch nicht einen Haushalt, den er bereits hat, in den Papierkorb zu werfen bzw. wäre er nicht vorbereitet auf eine Klausurtagung, die schon am kommenden Montag stattfinden soll.

(Beifall bei der PDS)

Es geht um Transparenz, die auch von Frau Funck zu Recht eingefordert worden ist. Bei unserem Antrag geht es auch nicht darum, dass ein Bericht nur an die PDS-Fraktion gegeben werden soll; vielmehr geht es um einen Bericht an alle Abgeordneten, sodass wir auf die Haushaltsberatungen vorbereitet sind.

(Beifall bei der PDS)

Eine zweite kurze Bemerkung: Über die von der SPD angezogene Steuerschraube können wir noch reden; dazu haben wir einen Antrag eingebracht. Es gibt ein Konzept, über das wir gern diskutieren können; das kann nicht Gegenstand einer Haushaltsdiskussion im Landtag sein.

Frau Funck, an Sie habe ich die Bitte, sich von Ihren Kolleginnen und Kollegen erklären zu lassen, was in der Vergangenheit in diesem Landtag passiert ist. Es wurden Finanzprognosen noch und nöcher vorgelegt. Bisher hat nie eine gestimmt; es wurde ständig korrigiert. Dies hat zwar objektive, aber eben auch hausgemachte Ursachen. Auf das Vorhaben der letzten Legislaturperiode, die Nettoneuverschuldung rascher zu senken bzw. auf null zurückzufahren, habe ich schon hingewiesen. Das hat nicht funktioniert. Man hat die Lage falsch eingeschätzt. Jetzt geht es um eine möglichst objektive Lageeinschätzung.

Der Landesrechnungshof hat in seinem Bericht Forderungen aufgestellt; Herr Bischoff hat es gesagt. Im Bericht über das Jahr 2002 ist beispielsweise von einem unvollständigen Vermögensnachweis die Rede, das heißt, es handelt sich nicht um ein neues Problem. Wir müssen die Sache anpacken. Dazu hätten Sie schon Zeit gehabt.

Es geht ferner um das Sondervermögen Wohnungsbau des Landes Brandenburg, das im Haushalt nicht eindeutig ausgewiesen wird bzw. wo es Probleme und Gefahren gibt. Auch das muss bewertet werden. Gegenstand des Antrags ist im Wesentlichen die Benennung bzw. Ausschaltung von Schwachpunkten im Rahmen der Haushaltsberatungen.

Herr Bischoff, es tut mir Leid, dass Sie sich nicht erinnern können; aber ich habe sogar einmal eine Rede vor der Führungskräftekonferenz der Landesbeamten gehalten.

(Bischoff [SPD]: Da sehen wir uns wieder!)

Thema war die Modernisierung des Haushaltsrechts. Die von mir dort unterbreiteten Vorschläge sind vielleicht nicht auf fruchtbaren Boden gefallen; aber ich habe sie nicht vergessen. Ich kann Ihnen gern noch einmal berichten, was ich mir vorgenommen hatte.

(Beifall bei der PDS)

Letzte Bemerkung: Sie sollten uns dankbar sein, dass wir diesen Antrag eingebracht haben. Wir wollen damit auch für Sie Transparenz herstellen. Heute ist in der „MAZ“ die schöne Schlagzeile „Der Koalitionsvertrag ist in Gefahr“ zu lesen. Sie hatten soeben Gelegenheit, sich dazu zu erklären. Mündliche und Große Anfragen auf diesem Gebiet werden Sie von uns in jedem Fall noch bekommen. Wir lassen insoweit nicht locker. - Danke schön.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Ich schließe die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung.

Da kein Überweisungsantrag vorliegt, stimmen wir über den Antrag der PDS-Fraktion mit dem Titel „Kassensturz zu Beginn der neuen Wahlperiode“, Drucksache 4/123, ab. Wer dem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 4 und wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 5:**

Prioritätensetzung bei der Hochschulplanung des Landes Brandenburg

Antrag
der Fraktion der PDS

Drucksache 4/124

Des Weiteren liegt Ihnen ein Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU in Drucksache 4/162 vor.

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag des Abgeordneten Dr. Hoffmann von der PDS-Fraktion.

Dr. Hoffmann (PDS):*

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist nicht das erste Mal, dass die PDS vorschlägt, die Hochschulplanung des

Landes Brandenburg zu überarbeiten und den aktuellen Gegebenheiten anzupassen. Wir sprechen auch heute von „Überarbeitung“, nicht nur von „Fortschreibung“ des Hochschulplanes. Allein die ursprünglich angenommenen Studierendenzahlen stimmen längst nicht mehr. Bei Letzteren verläuft die Entwicklung erfreulicher als geplant. Selbst unter Berücksichtigung des demographischen Wandels in der Region Berlin-Brandenburg und bei Anerkennung der Tatsache, dass auch künftig mehr Studienanfänger aus Brandenburg nach Berlin gehen werden als umgekehrt, dürfte der Rückgang der Studierendenzahl in Brandenburg bis 2015 wesentlich geringer als in Sachsen oder in Mecklenburg-Vorpommern ausfallen.

Ich möchte ausdrücklich betonen, dass es weitere Gesichtspunkte gibt, die es fragwürdig erscheinen lassen, wenn Brandenburg in den Medien immer wieder als Musterbeispiel dafür dienen soll, Überschriften wie „Ost-Unis auf Talfahrt“ zu bedienen. Die Hochschulen in unserem Land haben nach wie vor eine gewisse Anziehungskraft. Ich habe auch kein Problem damit zu sagen, dass an diesem positiven Umstand das Wissenschaftsministerium nicht ganz schuldlos ist. Vor allem aber ist es das Personal der Universitäten und der Fachhochschulen, das trotz eines sehr hohen Überlastfaktors durch Engagement dafür sorgen konnte, dass das Markenzeichen „klein und fein“ für unsere Hochschulen noch nicht gänzlich abhanden gekommen ist.

Auf der anderen Seite ist natürlich Kritik angebracht. Auch hierfür gibt es ausreichend Stoff. „Klein und fein“ trifft eben nicht mehr als allgemeines Merkmal zu. Außerdem bin ich skeptisch, wenn - insbesondere mit Blick auf die Geisteswissenschaften - allzu schnell vor Massenuniversitäten gewarnt wird und Elite-Universitäten, möglichst private, als Alternative ins Rennen kommen.

Überhaupt sollten Geisteswissenschaften nicht mit dem Argument „Praxisorientierung“ gering bewertet werden, zum einen deshalb nicht, weil wissenschaftlicher Fortschritt und wirtschaftliche Innovation heute fast immer an den Grenzen unterschiedlicher Disziplinen entstehen. Transdisziplinarität und interdisziplinäre Aufgaben werden ohne moderne Geisteswissenschaften schlecht zu meistern sein.

Außerdem gehört es für mich auch zukünftig zu den Aufgaben einer Hochschule, gesellschaftliche Verantwortung dadurch zu übernehmen, dass nicht nur marktfähiges und funktionierendes Humankapital die Hochschulen verlässt, sondern Hochschulen Ort der kritischen Reflexion sowie des Nachdenkens und Streitens über die künftige gesellschaftliche Entwicklung bleiben oder werden.

Den Geisteswissenschaften dürfte besondere Verantwortung zufallen; denn wir wollen, dass Studierende nicht nur als Kunden gesehen werden, sondern kritisch Mitbestimmende bleiben oder werden. Das sollten wir nicht nur aushalten, sondern produktiv nutzen und als Standortfaktor für Brandenburg ausbauen.

Doch Kritik an der aktuellen und der vergangenen Hochschulpolitik in Brandenburg ist nicht das Hauptanliegen unseres Antrages. Uns geht es um die Zukunftsfähigkeit Brandenburgs. Ich freue mich, dass die Koalition das so oder so ähnlich sieht. Wir verzeichnen jedenfalls den günstigen Umstand, dass wir es heute mit zwei Anträgen, dem Antrag der Fraktion der PDS und dem Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen, zu tun

haben, die in die gleiche Richtung zielen. Übereinstimmungen sind offensichtlich.

Es gibt aber unter anderem diesen Unterschied zu unserem Antrag: Im Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen ist nicht der Auftrag enthalten, die finanziellen Rahmenbedingungen in der überarbeiteten Hochschulplanung konkret zu nennen. Es findet sich auch kein konkreter Termin, wann eine Überarbeitung vorgelegt werden soll.

Wir wollen keinen Aktionismus und schlagen deshalb vor, die Überarbeitung der Landeshochschulplanung bis Mai 2005 vorzulegen. Planung kann aber nicht heißen, wie es im Entschließungsantrag der Koalition suggeriert wird, dass ab und zu oder auch regelmäßig berichtet wird, was bereits gelaufen ist. Hier haben wir einen anderen Ansatz, wie bereits an der Überschrift unschwer zu erkennen ist.

Überhaupt deutet sich an, dass es unterschiedliche Positionen gibt. Auch wir sind dafür, Chancen zu nutzen, die sich aus Förderprogrammen des Bundes und der EU ergeben. Der Exzellenzinitiative des Bundes stehen wir allerdings kritisch gegenüber. Mit Bezug auf den Bologna-Prozess wollen wir eben nicht nur die Umsetzung der Festlegungen und Empfehlungen zur Modularisierung usw., sondern eine aktive Gestaltung dieses Prozesses unter Nutzung aller Spielräume, die ja gegeben sind. Wir brauchen eine hochschulpolitische Debatte im Land auch deshalb, damit nicht irgendwann nur noch darüber diskutiert wird, warum unser Diplom abgeschafft wurde. Sie wissen, dass dahinter ein ernstes Problem steht; denn weder in der Öffentlichkeit noch in der Wirtschaft stehen Bachelor- und Masterabschluss besonders hoch im Kurs. Dazu trägt vielleicht bei, dass die Rechtswissenschaft an der Universität Potsdam auch nach 2007 keine Bachelor- und Masterausbildung anbieten und damit offensichtlich die Höherwertigkeit ihres Studienganges betonen will.

Ich wünsche mir, dass der Bologna-Prozess nicht nur für die Hochschulen, sondern für die Landespolitik insgesamt als Herausforderung wahrgenommen wird. Dabei sollten nicht nur die kritischen Punkte eine Rolle spielen, sondern vor allem die Gestaltungsspielräume genutzt werden, um den Platz der Hochschulen Brandenburgs in Europa in den kommenden Jahren zu stärken und so das Land Brandenburg im Rahmen europäischer Kultur und Wirtschaft attraktiver zu machen. Wie gesagt, hier wird es wahrscheinlich auch Streit geben.

Interessant an den beiden Anträgen ist für mich, dass die Unterschiede gar nicht so sehr auf Gegensätze in der parteipolitischen Programmatik zurückzuführen sind. Ich habe den Eindruck, die unterschiedliche Schwerpunktsetzung in einigen Punkten spiegelt auch unterschiedliche Varianten der möglichen zukünftigen Gestaltung der Hochschulen im Land und in Europa wider, wie sie von Experten und Interessenvertretungen gegenwärtig diskutiert werden.

Auch deshalb werbe ich dafür, beide Anträge an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur zu überweisen. Wenn wir uns dort auf ein gemeinsames Ziel verständigen, könnte ein interessanter und notwendiger Beschluss zur Überarbeitung der Hochschulplanung entstehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Ich darf jetzt Gäste von der Gesamtschule „Bruno Bürgel“ aus Rathenow begrüßen. Seien Sie uns willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Nachdem die Fraktionen von SPD und CDU die Reihenfolge der Redner getauscht haben, spricht jetzt für die CDU-Fraktion Herr Abgeordneter Werner.

Werner (CDU):

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich sage es gleich eingangs: Es bedurfte dieses Antrags nicht. Wir haben heute ja schon über einige Anträge geredet, die überflüssig sind.

(Widerspruch der Abgeordneten Dr. Enkelmann [PDS])

- Frau Kollegin Enkelmann, Sie hätten uns die Zeit gern ersparen können, die Sie uns jetzt auch mit diesem Antrag rauben.

Aus dem Antrag kann man nur eines herauslesen: Sie wollen den Hochschulstandort Brandenburg wieder einmal schlechtreden und schlechtschreiben. So schlecht ist er gar nicht, wie Sie es hier wieder darstellen.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der PDS)

Sie haben immer noch nicht gemerkt, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der PDS, dass der Wahlkampf längst vorbei ist. Es gibt inzwischen einen Koalitionsvertrag. - Frau Kollegin Kaiser-Nicht, da können Sie noch so viele Handbewegungen machen. Ich würde Ihnen empfehlen: Schauen Sie einmal in den Koalitionsvertrag, lesen Sie, was darin steht!

(Zurufe von der PDS)

Darin stehen so viele Dinge zur Hochschulentwicklung für die nächsten fünf Jahre, dass es Ihres Antrags - ich sage es noch einmal - nicht bedurft hätte.

Wenn Sie es richtig gelesen haben, wissen Sie, dass der Hochschulbereich der einzige Bereich in der ganzen Landesregierung ist, in dem keine Kürzungen stattfinden. Das müssen Sie unter den gegenwärtigen finanziellen Bedingungen erst einmal nachmachen!

(Lachen bei der PDS - Vietze [PDS]: Das wollen wir jetzt aber schriftlich haben!)

Hier sollten Sie schon einmal realistisch bleiben.

Wenn Sie heute die Zeitung richtig gelesen haben, dann wissen Sie, dass es um eine andere Finanzierungsquelle geht, nämlich um die des Bundes zum Hochschulbau. Es geht hier darum - versuchen Sie nicht, die Dinge wieder durcheinander zu bringen -, dass die Finanzierung auf dem Level bleibt, auf dem sie bisher war. Das ist der einzige Bereich und das will etwas bedeuten.

Sie sollten auch bei Folgendem realistisch sein. Sie sagen nämlich kein Wort dazu, wie Sie es finanzieren wollen. Wenn Sie in

diese Regierung eingetreten wären, was Gott sei Dank verhindert wurde und was weiter verhindert werden möge, hätten Sie uns auch sagen müssen, wie Sie das machen wollten.

Die steigende Nachfrage nach Studienplätzen wurde bisher berücksichtigt. Es werden bis zum Jahre 2007 3 500 neue Studienplätze geschaffen, insbesondere in den praxisorientierten Ausbildungsgängen. Das bedeutet aber nicht, was Kollege Hoffmann gerade ansprach, dass die Geisteswissenschaften dabei keine Berücksichtigung finden.

Ich möchte nur daran erinnern, dass wir in den vergangenen fünf Jahren ebenfalls einen Aufwuchs um 3 500 Studienplätze hatten. Da müssen wir natürlich gucken, wie die demographische Entwicklung verläuft. Dass Sie sich hier im Konjunktiv bewegen, Herr Kollege Hoffmann, hilft uns nicht weiter. Hier muss es gesicherte Erkenntnisse geben, wie die demographische Entwicklung weitergeht. Es wird ein bedarfsgerechter Ausbau von Studienplätzen stattfinden.

Ebenso steht im Koalitionsvertrag die Abstimmung mit Berlin. Ziel ist eine abgestimmte Hochschulplanung zwischen beiden Bundesländern.

Wenn Sie in Ihrem Antrag etwas von sozial gerechter Gestaltung des Hochschulzuganges schreiben, dann kann ich nur sagen, dass wir bestrebt sind, uns an den Leistungen der Studienbewerber zu orientieren. Denn es ist sozial, wenn es nach den Leistungen geht.

Im Übrigen: Der Bologna-Prozess wird längst berücksichtigt. Auch darauf müssen Sie uns nicht hinweisen.

Zum Abschluss möchte ich nur noch zwei Dinge sagen. Erstens: Lesen Sie noch einmal die Debatte zur Regierungserklärung. Darin hat der Ministerpräsident zu Recht darauf verwiesen, dass Sie einmal eine Westreise machen sollten. Sie können auch noch woandershin reisen. Dann vergleichen Sie einmal und reden den Standort nicht schlecht! Es gibt sicherlich das eine oder andere Problem. Darüber lässt sich reden; das ist überhaupt nicht der Punkt. Wir sind hier nicht auf der Insel der Glückseligen; das will ich ehrlich zugeben. Aber, bitte schön, nicht in dieser Art und Weise!

Zum Zweiten: Sie haben in Ihrem Antrag eine schöne Formulierung, die mich nun wirklich zum Nachdenken angeregt hat, nämlich die von den bildungsfernen Schichten. Wir hatten heute Vormittag ja eine sehr nachdenklich stimmende Debatte anlässlich des Mauerfalls vor 15 Jahren. Ich will nur einmal daran erinnern, wie in Ihrer Vorgängerpartei aus ideologischen Gründen bildungsferne Schichten organisiert wurden.

(Lachen bei der PDS)

Wir stimmen Ihrem Antrag auf Ausschussüberweisung nicht zu. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Präsident Fritsch:

Ich danke dem Abgeordneten Werner. Wir setzen die Debatte mit dem Beitrag der DVU fort. Herr Abgeordneter Nonninger, Sie haben das Wort.

Nonninger (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

„Wir müssen die Haushalte umschichten. Bei den Bildungsinvestitionen liegen wir im europäischen Vergleich weit abgeschlagen.“

Diese Aussage stammt von der SPD-Bundesministerin Bulmahn und charakterisiert das bundesweite Dilemma.

Ist die Lage bundesweit schon prekär, so ist Brandenburg - wie wir auch wissen - seit Jahren bei den Hochschulausgaben bundesweit Schlusslicht. Sollte sich hier nichts ändern, wird Brandenburg den Wettbewerb um die besten Köpfe verlieren. Die DVU-Fraktion sieht dringenden Handlungsbedarf seitens der Landesregierung

Unsere Fraktion hat mehrfach auf den zu niedrigen Ansatz bei den Hochschulausgaben hingewiesen. Ganze 2,3 % des Gesamtetats für den Hochschulbereich sind einfach zu wenig. Nordrhein-Westfalen beispielsweise investiert 10,3 % seines Gesamtetats in die Hochschulen, Baden-Württemberg 8,5 % und in Bayern sind es immerhin noch 8,4 %.

Dabei wissen wir doch alle: Ein qualifizierter wissenschaftlicher Nachwuchs ist die Voraussetzung für die Zukunftsfähigkeit unseres Wissenschaftssystems. Die besten Wissenschaftler gehen nun einmal an die Hochschulen mit der besten Ausstattung und mit den optimalsten Arbeitsbedingungen. Für uns als DVU-Fraktion haben Bildung, Wissenschaft und Forschung oberste Priorität.

Herr Ministerpräsident, Bezug nehmend auf Ihre Regierungserklärung glauben wir nicht, dass es ausreichend sein wird, die Ausgaben des Landes nicht zu kürzen, um die Brandenburger Wissenschaftslandschaft erheblich nach vorn zu bringen. Wir sehen auch die Notwendigkeit von Prioritätensetzung in der Hochschulplanung. Deshalb werden wir der Überweisung des Antrags an den Ausschuss zustimmen.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Fritsch:

Nachdem die Fraktionen von SPD und CDU die Reihenfolge der Redner getauscht hatten, hat jetzt Frau Abgeordnete Geywitz das Wort.

Frau Geywitz (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Uns liegt ein Antrag der PDS-Fraktion zur Hochschulplanung vor, der den schönen Begriff „Prioritätensetzung“ enthält. Ich habe den Antrag gelesen und festgestellt, dass er Hoffnungen weckt, die er nicht erfüllen kann. In dem Antrag wird Bekanntes aus dem Koalitionsvertrag zitiert und er ergeht sich ansonsten in sehr unkonkreten Formulierungen, in die man alles hineininterpretieren kann, aus denen man aber keine Prioritätensetzung herauslesen kann.

Fangen wir mit dem ersten Punkt an: Da verspricht sich die PDS aus einer Beschlussfassung über langfristige finanzielle Zusagen Planungssicherheit im Hochschulbereich. Das finde

ich sehr mutig, nachdem wir zum vorigen Tagesordnungspunkt festgestellt haben, dass die PDS der Landesregierung unterstellt, sie wisse nicht, wie es um den eigenen Haushalt bestellt sei. Ich muss sagen, wir müssen uns als Parlament durchaus jedes Jahr, beim Doppelhaushalt alle zwei Jahre, die Mühe bzw. die Arbeit machen, unsere Politik den tatsächlichen Einnahmen- und Ausgabenverhältnissen im Land und auch im Landeshaushalt anzupassen. Darum werden wir nicht herumkommen, auch nicht durch einen Beschluss im Sinne des Antrages.

Ich komme zum zweiten Punkt, Ausbau der Studienplätze: Kollege Werner hat gesagt, wozu wir uns im Koalitionsvertrag und in der bestehenden Hochschulplanung verpflichtet haben.

Der dritte Punkt, Verbesserung der Studien- und Lebensbedingungen für Studierende, ist derart allgemein gefasst, dass man das auch nicht unter Prioritätensetzung fassen kann. Das kann anfangen mit den Bibliotheksplätzen und über die Mensaver-sorgung, Studentenheime etc. gehen. Da ist Brandenburg in vielen Bereichen sehr gut ausgestattet, wenn ich zum Beispiel nur an unser gutes Semesterticket denke. Insgesamt ist dieser Punkt viel zu unkonkret, um durch eine Beschlussfassung durch das Landesparlament der Hochschulplanung irgendeinen Pluspunkt zu bringen.

Abstimmung des Studienangebotes mit dem Land Berlin - dieser Punkt ist so schön wie selbstverständlich und findet sich auch in allen einschlägigen Darlegungen wieder.

Der Punkt zur sozial gerechten Gestaltung des Hochschulzu-gangs betrifft ein weites Feld. Das beginnt mit einem durchläs-sigen Bildungssystem. Da sind wir in Brandenburg mit der No-velle des Schulstrukturgesetzes gerade dabei, weiter in die richtige Richtung zu gehen. Es geht weiter über die Finanzia- rung des Studiums. Da hat die rot-grüne Bundesregierung in den letzten Jahren deutlich zugelegt, auch was die BAföG-Aus- stattung und viele andere Dinge anbelangt, wenn ich zum Bei- spiel an die Vereinbarkeit von Kinderbekommen und Studieren denke, ein Gebiet, auf dem wir in Brandenburg, denke ich, auch im Bundesvergleich ganz gut dastehen.

Der letzte Punkt - Intensivere Maßnahmen zur Internationali- sierung von Lehre und Forschung -, Bologna-Prozess, ist eig- entlich für die Community total selbstverständlich und findet sich sowohl im Koalitionsvertrag als auch in der Lebenswirk- lichkeit der brandenburgischen Universitäten, an denen heute schon auf Master- und Bachelor-Studiengänge umgestellt wird.

Alles in allem kann man sagen: Dieser Antrag ist mal wieder ein Fleißpunkt für die Landtagsstatistik. Herzlichen Glück- wunsch, PDS! Ich kann sagen: Da können wir gern mithalten. Wir haben einen Entschließungsantrag daneben gestellt, der noch einmal vonseiten der SPD/CDU-Koalition klarmacht, wo unsere Prioritäten liegen. Das betrifft zum einen die Stärkung der Hochschulen im Land Brandenburg. Diese macht sich an Punkten fest wie einer leistungsorientierten Zuwendung von Finanzmitteln oder aber stärkerer personalrechtlicher Hoheit. Das ist der eine Punkt.

Dann finden sich die Dinge wieder, die Sie auch festgestellt haben, weil sie in unserem Koalitionsvertrag enthalten sind. Ich muss deutlich sagen: Wenn Sie die Exzellenzinitiative des Bundes ablehnen, werden Sie einen schweren Schaden für das Land Brandenburg verursachen. Wir sind darauf angewiesen,

unsere Mittel prioritär einzusetzen, wie Sie es in der Über- schrift festgelegt haben. Dazu zählt ganz klar auch Exzellenz, Exzellenz in Bereichen, in denen wir sie zum Teil schon haben, wenn ich zum Beispiel an die naturwissenschaftlichen Zentren denke, wenn ich an das denke, was im Bereich Naturwissen- schaften in Golm und Potsdam passiert. Da müssen wir uns überhaupt nicht vor der Konkurrenz schämen und Angst haben, sondern da müssen wir unsere Exzellenz deutlich unterstreichen. Nur so schaffen wir es, für Studierende aus aller Herren Länder attraktiv zu sein. - Danke schön.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. - Jetzt erhält die Landesregierung das Wort. Frau Ministerin Wanka, bitte.

**Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur
Prof. Dr. Wanka:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In dem Antrag der PDS-Fraktion steht, dass es seit 2001 in Brandenburg keine verbindliche Hochschulplanung gibt. Das ist völlig falsch. Ich denke, dass das nicht aus Böswilligkeit geschrieben worden ist, sondern es hat etwas - Herr Hoffmann hat es eben bestätigt - mit Ihren völlig anderen Vorstellungen, wie solche Planungen im Hochschulbereich aussehen sollen, zu tun.

Seit ich hier bin, kämpfe ich gegen Detailsteuerung und gegen Eingriffsverwaltung. Das heißt, in Brandenburg werden die Hochschulen jetzt anders gesteuert. Es gibt zunächst die politi- schen Rahmenbedingungen, die Eckbedingungen, zum Bei- spiel zu den Fragen: Wie viel Studienplätze finanzieren wir insgesamt? Was wollen wir von den Hochschulen? Wie wird welche Leistung honoriert? Wollen wir viele Studenten in der Regelstudienzeit, viele Absolventen oder anderes? Das ist der Rahmen, in dem sich die Hochschulen bewegen können. Das ist festgelegt im Kabinettsbeschluss, in meiner Rahmenpla- nung von 2003, in den Zielvereinbarungen, in denen wir dezi- diert Vorgaben politischer Art machen, indem wir gemeinsam mit den Hochschulen festlegen, welche Punkte uns bis 2006 und im Hochschulpakt bis 2007, welcher die finanziellen Spielräume beschreibt, wichtig sind.

Im Koalitionsvertrag haben wir die Prioritäten im Hochschul- bereich für die nächsten fünf Jahre festgelegt. Der Entschlie- ßungsantrag - darum bedurfte es wirklich nicht dieser Anre- gung der PDS - greift eigentlich alle im Koalitionsvertrag schon beschriebenen Dinge auf. Diese sind, Herr Hoffmann, auf jeden Fall zum Teil etwas ungewöhnlich, bewegen sich ein wenig außerhalb des Rahmens, der vielleicht erwartet wird und den ich in Ihrem Antrag in keiner Weise finde, wenn ich zum Beispiel an die Berufung von Professoren durch die Hochschu- len denke.

Keine Sorge müssen Sie - gerade bei der Art und Weise, wie wir das steuern - beispielsweise um den Bereich der Geistes- wissenschaften haben. Hier ist eine Überproportionalität zu verzeichnen und es gibt keine Bewegung im Land, das zielge- richtet zu ändern.

Das bedeutet, dass über den Entschließungsantrag und über die Dinge, die sich daraus ergeben, an dieser Stelle noch öfter zu

sprechen sein wird. Deswegen möchte ich auf einige Punkte eingehen, die Sie in Ihrem Antrag, den Sie in die Nähe des Entschließungsantrags gerückt haben, aufführen:

Sie verlangen eine Korrektur der Hochschulplanung mit der Maßgabe, die Studierendenzahlen hätten sich in den letzten Jahren verändert, man müsse darauf reagieren. Das stimmt nicht. Wir sind von Prognosen bis 2015 ausgegangen und haben dann angesichts der Leistungsfähigkeit des Landes eine Planung vorgenommen. Die Zuwächse bestätigen diese. Es gibt zwei gravierende Veränderungen, und zwar eine nach 2009. Wir und alle Institute sind immer davon ausgegangen, dass ab dem Jahr 2009 die Zahl der Studierenden sinken wird. Aufgrund der Tatsache, dass viele Bundesländer zum zwölfjährigen Abitur übergehen, wird diese im Jahr 2009 noch relativ konstant bleiben und vielleicht 2011 oder 2012 sinken. Darauf wird man in der nächsten Legislaturperiode reagieren müssen und es muss jetzt vorbereitet werden.

Die zweite gravierende Veränderung, die das Land Brandenburg betrifft, ist der massive Abbau von Studienplätzen im Land Berlin. Es handelt sich um eine Größenordnung von noch 85 000. Herr Flierl sagte im November, die Zahl könne noch weiter sinken. Die Tatsache, dass dort massiv Studienplätze abgebaut werden, dass die PDS in Berlin den Abbau von Studienplätzen forciert, von uns aber einen Aufwuchs fordert, finde ich schon pikant. Schaut man einmal genau in ihre Zahlen, sieht man Folgendes: Unsere Planung bis 2007 sieht 29 500 Studienplätze vor. Sie wollen bis 2009 500 Studienplätze mehr. Das ist keine Größenordnung. Es sind 1 % oder 1,7 %. Angesichts der Tatsache, dass sich aufgrund von Bachelor- und Master-Studiengängen viel verändert, ist das eine Marginalie.

Verwunderlich ist aber, dass Sie, meine Damen und Herren, die Festlegung wünschen: Es gibt bei Studienplätzen, die bezüglich der Frage, wie viel Studenten man ausbilden kann, durch Professoren verantwortet werden, gleichzeitig die „Realisierung in Beton“, das heißt, dies hängt auch davon ab, wie viel Laborkapazitäten etc. man hat. Sie fordern von uns in diesem Antrag, dass wir 30 000 Studienplätze durch Professoren abdecken und 30 000 Studienplätze in Beton - also in Form von Gebäuden etc. - errichten sollen.

Bundesweit kommen auf einen flächenbezogenen, also einen Betonplatz, 1,2 % Studienplätze. Diese Relation wird bei uns eingehalten. Wenn Sie jetzt ein Verhältnis von 1 : 1 fordern, dann ist das ein Standard, ein Luxus, den sich niemand leistet, auf den noch niemand gekommen ist. Wenn wir Geld für den Hochschulbau wollen, muss es der Wissenschaftsrat genehmigen. Der Wissenschaftsrat wird den Teufel tun, für Brandenburg mehr Geld zur Verfügung zu stellen, wenn die Relation, die für alle gilt, für uns nicht ausreichend ist.

Zum anderen müssen wir bei unseren Planungen die demographische Entwicklung berücksichtigen. Die Zahl der Studierenden wird sinken. Im Jahr 2015 werden wir weniger Studenten als vor drei Jahren haben. Das heißt, wir bauen nur so viel, wie wir auch dann noch nutzen können, schaffen also keine Überkapazitäten, die einige Jahre später leer stehen würden. Wenn wir diese Ihrem Wunsch folgend jetzt errichten würden, müssten wir das Geld von anderen Politikfeldern wegnehmen. Das kann nicht Ihr Anspruch sein. Sie verlangen - das steht auch im Entschließungsantrag - die Abstimmung mit Berlin. Völlig klar, darüber muss man nicht reden. Die Praxis ist die: Wir ha-

ben Studiengänge aufgebaut und jeden unserer neuen Studiengänge mit Berlin abgestimmt, haben kein Doppelangebot. Aber Berlin baut ab. Ihr Senator fordert die Hochschulen auf abzubauen, ein entsprechendes Szenario ohne Rücksicht auf Brandenburg vorzulegen. Wir haben mit den Hochschulen direkt verhandelt und so, denke ich, eine vernünftige Lösung gefunden. Das heißt, die Forderung ist legitim, aber weniger an uns zu richten. Wir tun alles, was dafür notwendig ist.

Insgesamt kann man sagen: Wenn auch ein Teil der Vokabeln im Entschließungsantrag der Koalition und im Antrag der PDS-Fraktion identisch ist, steht etwas sehr Unterschiedliches dahinter. Das sollte man nicht verkennen. Es wäre sehr wichtig, Herr Hoffmann, zu dem, was Sie zuletzt sagten, festzustellen: Es gibt viele Probleme und es besteht vor allem die Notwendigkeit struktureller Veränderungen im Hochschulbereich.

Darüber im Ausschuss zu diskutieren lohnt sich. Falls man in der Lage ist, nicht nur populistische Forderungen zu stellen, bin ich gern dazu bereit.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Fritsch:

Danke, Frau Ministerin Wanka. - Herr Dr. Hoffmann, Sie haben Gelegenheit, darauf einzugehen.

Dr. Hoffmann (PDS):*

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Werner, ich weiß nicht genau, ob Sie anwesend waren. Sie haben mir Dinge unterstellt, die ich nicht gesagt habe. Es war ein Angebot, dass wir im Ausschuss die Sache vertiefen, damit wir zu einer Hochschulplanung kommen, die durchschaubar ist, die etwas für das Land bringt. Ansätze dazu sind von verschiedener Seite vorhanden.

In der Tat liegt, glaube ich, gegenwärtig nichts Verbindliches vor. Es gibt Unsicherheiten bezüglich dieses wichtigen Wachstumsfeldes im Land Brandenburg. Es wäre gut, gemeinsam darüber zu streiten, wie wir zu einer langfristigen finanziellen Absicherung für dieses wichtige Gebiet kommen. Für die Hochschulentwicklung ist es sicherlich gut, einen Doppelhaushalt zu haben. Aber auch das wird nicht genügen, um Planungssicherheit auf diesem Feld herzustellen.

Die PDS, liebe Kollegin Geywitz, verspricht das nicht, sondern wir fordern die Landesregierung auf, mit uns gemeinsam darüber zu streiten, wie wir zu diesen langfristigen finanziellen Rahmenbedingungen im Lande kommen. Das ist es, was wir erreichen sollten. Ich bin etwas erstaunt, denn wir haben einen Antrag gestellt.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Richtig!)

Ich nehme zur Kenntnis, dass die Koalition unseren Antrag durch das Einreichen eines Entschließungsantrages sehr ernst genommen hat. Mit diesem Entschließungsantrag können wir gut leben. Wir sind dafür, dass beide Anträge in die Ausschüsse überwiesen werden. Wir sind auch bereit, nur über einen Antrag zu diskutieren. Auf jeden Fall müssen wir im Land zu einer verbindlichen Lösung auf diesem wichtigen Feld kommen. In der Tat sind dabei parteipolitische Auseinandersetzungen

fehl am Platze. Lassen Sie mich über die Befürchtung nachdenken, wo hier Populismus stattfindet. Bei mir konnte ich keinen feststellen. - Danke.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Fritsch:

Ich danke dem Abgeordneten Dr. Hoffmann. - Gibt es bei den übrigen Fraktionen Bedarf, die Restredezeit auszuschöpfen? - Das ist nicht der Fall. Ich stelle die Anträge zur Abstimmung.

Die Fraktion der PDS beantragt die Überweisung der Drucksache 4/124 an den Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur. Wer diesem Antrag Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Die Überweisung ist abgelehnt.

Somit komme ich zur Abstimmung über den Antrag 4/124 in der Sache. Wer diesem Antrag Folge leisten möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei einigen Stimmenthaltungen ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich stelle den Entschließungsantrag - Drucksache 4/162 - zur Abstimmung. Wer diesem Entschließungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Bei wenigen Gegenstimmen ist der Antrag angenommen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Auf Absenkung des Höchststeuersatzes verzichten

Antrag
der Fraktion der PDS

Drucksache 4/125

Ich eröffne die Debatte mit dem Beitrag von Frau Dr. Enkelmann für die PDS-Fraktion.

Frau Dr. Enkelmann (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Finden Sie es gerecht, wenn ab 1. Januar des kommenden Jahres Tausende Arbeitslosenhilfeempfängerinnen und -empfänger ohne Leistungen bleiben bzw. mit wesentlich weniger Geld auskommen müssen? Finden Sie es gerecht, dass darunter überdurchschnittlich viele Frauen sind, die jahrzehntelang gearbeitet, Kinder zur Welt gebracht und Familien versorgt haben? Finden Sie es gerecht, dass auch langjährig Beschäftigte, die zum Teil über 30 Jahre Sozialabgaben und Steuern gezahlt haben, künftig bereits nach zwölf bzw. 18 Monaten auf Sozialhilfe Typ II angewiesen sind? Finden Sie es gerecht, dass künftig fast jedes zehnte Kind in Deutschland in einem Haushalt auf dem Niveau der Sozialhilfe lebt? Finden Sie es gerecht, dass von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in diesem Land auf erpresserische Weise mehr Arbeit für weniger Lohn gefordert wird, und finden Sie es gerecht, dass bei deutlich sinkenden Investitionen und steigenden Arbeitslosenzahlen die Gewinne der großen Unternehmen von Jahr zu Jahr wachsen? Finden Sie es außerdem gerecht, dass eben diese Unternehmen dank rot-grüner Steuerpolitik von Jahr zu Jahr um Milliardensummen entlastet werden?

Ich finde das alles zutiefst ungerecht und ich finde auch, dass all das im krassen Gegensatz zum Grundgesetz steht. Ich will Sie erinnern: Im Grundgesetz Artikel 14 steht:

„Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Ungerecht ist vor allem, dass zum gleichen Zeitpunkt, zu dem der Spitzensteuersatz erneut von 45 auf 42 % gesenkt wird, durch Hartz IV bei Hunderttausenden Arbeitslosenhilfeempfängern Bezüge gekürzt oder sogar ganz gestrichen werden. Diese Politik der rot-grünen Bundesregierung ist nicht nur ungerecht, sie ist auch unsozial. Deswegen hat die PDS in ihrem Antrag gefordert, auf die Absenkung des Spitzensteuersatzes zu verzichten.

Nun könnten Sie fragen: Warum gerade zu diesem Zeitpunkt?

Erstens: Die Forderung der PDS ist nicht neu.

Zweitens: Auch für bisher Uneinsichtige dürfte immer offenkundiger werden, dass weitere Steuergeschenke an die Vermögenden dieses Landes die öffentlichen Haushalte in eine immer bedrohlichere Schieflage bringen. Gegenwärtig läuft die Haushaltsdebatte im Bundestag. Dort können Sie hören, wie viele Milliarden künftig an Schulden aufgenommen werden. Die Horrormeldung, die wir heute zur Kenntnis nehmen mussten über die Lage des Haushalts in Brandenburg, über das Milliardenloch und darüber, dass die Prioritätenliste zum Beispiel aus der Koalitionsvereinbarung schon wieder infrage gestellt ist, sollte aufhorchen lassen und vor allem endlich zu mehr Ehrlichkeit in der Haushaltsfrage führen.

Drittens: Hoffnung habe ich vor allen Dingen deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, weil es inzwischen einen gemeinsamen Antrag, eine Beschlusslage von SPD und PDS in Mecklenburg-Vorpommern gibt. Unsere Genossinnen und Genossen, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, gehen den richtigen Weg. Folgen wir ihm! - Danke.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Fritsch:

Danke. Wir setzen mit dem Beitrag der SPD-Fraktion fort. Herr Abgeordneter Bischoff, bitte.

Bischoff (SPD):*

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren vor allem von der PDS-Fraktion, meines Wissens haben Sie noch immer ganze zwei Abgeordnete im Deutschen Bundestag. Warum eigentlich stellen Frau Löttsch und Frau Pau diesen Antrag nicht dort?

(Frau Tack [PDS]: Das ist eine gute Frage, Herr Bischoff!
- Vietze [PDS]: Ja, ja!)

- Dann haben sie es vielleicht schon getan. Dann frage ich mich natürlich, warum wir dieses Thema heute noch einmal behandeln, und fürchte, ich kenne die Antwort.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Ich habe es Ihnen doch gerade erklärt!)

Die Antwort scheint eindeutig so zu sein, wie Sie sie schon seit Monaten auch auf den Marktplätzen vor sich her tragen, weil mit Sozialneid leicht populistische Politik betrieben werden kann.

Jetzt zu den Fakten: Meine Damen und Herren, der Sachverständigenrat hat festgestellt, dass Deutschland im Jahr 2003 mit 21 % im internationalen Vergleich eine der niedrigsten gesamtwirtschaftlichen Steuerquoten aufweist. Bei der Umsatzsteuer zum Beispiel hat nur Luxemburg mit 15 % einen geringeren Nominalsatz als Deutschland mit 16 %.

(Frau Dr. Enkelmann [PDS]: Richtig!)

Nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik waren der Eingangssteuersatz - 15 % ab dem Jahr 2005 - und der Spitzensteuersatz - 42 % ab dem kommenden Jahr - bei der Einkommensteuer so niedrig. Deutschland liegt mit 36,2 % im europäischen Mittelfeld, wenn man die gesamtwirtschaftliche Abgabenquote als Summe von Steuerquote - das ist ein entscheidender Punkt - und Sozialabgabenquote betrachtet.

Aus diesen Zahlen zu schließen, wir sollten mit der Steuerbelastung auch nur in Teilbereichen wieder nach oben gehen, empfinden wir als brandgefährlich. Wir brauchen in allen Bevölkerungsschichten - wirklich in allen - Vertrauen in die Steuerpolitik und einen Wachstumsschub für höheren Konsum.

Nehmen Sie bitte auch zur Kenntnis, dass die Steuerreform ein Gesamtpaket ist, wodurch kleine Einkommen durchweg stärker entlastet werden, Frau Kollegin Enkelmann, als große Einkommen. Eine Familie mit einem zu versteuernden Einkommen von 20 000 Euro wird um 32 % entlastet, eine Familie mit einem Jahreseinkommen von 80 000 Euro um exakt 6 %.

Was die Berücksichtigung des Kindergeldes angeht - Frau Dr. Enkelmann, das ist mir jetzt sehr wichtig -, zahlen Familien mit einem kleinen Einkommen nicht nur keine Steuern mehr, sondern erhalten darüber hinaus auch noch Geld vom Staat, und ich frage Sie, Frau Dr. Enkelmann: Finden Sie das ungerecht? Eine vierköpfige Familie muss bis zu einem Bruttoeinkommen von 37 540 Euro - unter Berücksichtigung des Kindergeldes - ab dem Jahr 2005 erstmalig in Deutschland keine Steuern mehr zahlen.

Nein, meine Damen und Herren, ich glaube, wir sind mit unserer Steuerpolitik auf dem richtigen Weg. Auch Steuerpolitik muss natürlich mit Augenmaß betrieben werden. Für Steuerpolitik, die Ankurbelung der Wirtschaft und den sozialen Ausgleich braucht man Verständnis - und das ist ein Kernkompetenzfeld der SPD. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. Wir setzen mit dem Beitrag der DVU-Fraktion fort. Frau Abgeordnete Hesselbarth, bitte.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Weil die Ärmsten durch die soziale Kahlschlagpolitik namens Hartz IV nach dem Willen der Bundesregierung unter das Existenzminimum ge-

drückt werden sollen, müssen die vorgeblich Reichen ebenfalls stärker zur Kasse gebeten werden, oder: wegen Hartz IV keine Steuerentlastung für Besserverdienende.

Das sieht auf den ersten Blick ganz gut aus, ist aber von der Logik her falsch. Wir als DVU-Fraktion sind - das wissen Sie sehr genau - noch wesentlich härtere Gegner von Hartz IV als Sie. Trotzdem lehnen wir Ihren Antrag als steuerpolitische Milchmädchenrechnung ab; denn das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Oder glauben Sie im Ernst, durch einen Verzicht auf die Absenkung des Höchststeuersatzes von 45 % auf 42 % zum 01.01.2005 ließe sich Hartz IV verhindern? Mitnichten! Hartz IV muss weg, das ist richtig, doch dafür müssen andere Kompensationsquellen gefunden werden. Die gibt es auch.

Ein Einfrieren des Höchststeuersatzes auf 45 % bei der Einkommensteuer würde bedeuten, dass die Bundesrepublik Deutschland immer noch weltweit Steuerspitzenreiter wäre. Diese gegenüber dem Ausland extrem hohe Steuerbelastung trifft eben nicht die ohnehin international agierenden Großkonzerne oder irgendwelche Multimillionäre, die ihr Leben ohne Arbeit fristen, sondern in erster Linie und vor allem die Eigner mittelständischer Unternehmen und gut verdienende Angestellte ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 52 152 Euro.

Gerade in Brandenburg mit seiner zu mehr als 95 % mittelständisch geprägten Wirtschaftsstruktur, der zurückgehenden Auftragslage in den meisten Branchen und der auf den Brandenburger Markt drängenden Konkurrenz aus den östlichen EU-Beitrittsstaaten mit im Vergleich zu Deutschland geradezu minimalen Spitzensteuersätzen wäre ein Verzicht auf weitere Steuerensenkungen absolut schädlich und würde mittelfristig auch noch zum Zusammenbruch der wenigen noch halbwegs florierenden mittelständischen Unternehmen in Brandenburg gegenüber der ausländischen Konkurrenz führen und damit noch mehr Firmenpleiten, noch mehr Langzeitarbeitslose und noch mehr Hartz-IV-Opfer, meine Damen und Herren von der PDS, mit sich bringen.

Ich kann Ihnen daher nur raten: Denken Sie etwas komplexer, statt mit ideologischen Scheuklappen durch die Gegend zu laufen, und ziehen Sie den vorliegenden Antrag zurück! - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Fritsch:

Danke. Wir setzen die Debatte mit dem Beitrag der CDU-Fraktion fort. Frau Abgeordnete Funck, bitte.

Frau Funck (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will die Ablehnung des Antrags der PDS durch meine Fraktion aus formalen und inhaltlichen Gründen kurz erläutern.

Zuerst zur formalen Seite: Das Gesetz ist bereits in Kraft. Die geplante Reduzierung der Steuersätze ist seit mehreren Jahren bekannt. Einen Monat, bevor für die Menschen die Steuererleichterung kommen soll, wollen Sie von der PDS-Fraktion diese Steuererleichterungen für viele Brandenburgerinnen und Brandenburger rückgängig machen. Das hat weder etwas mit politischer Planung noch mit verantwortungsvollem Umgang mit dem Einkommen der Bürgerinnen und Bürger zu tun.

Hinzu kommt, dass eine Änderung in diesem Zeitraum überhaupt nicht möglich ist. Mehrere Lesungen im Bundestag, im Bundesrat und in den jeweiligen Ausschüssen sind notwendig.

Auch aus diesem Grund wird deutlich, dass es bei Ihrer parlamentarischen Initiative nur um populistische Stimmungsmache geht. Steuersenkungen stärken die Investitions- und Konsumbereitschaft und schaffen damit zusätzliches Wachstum. Die Feststellung, dass wir bei unserer hohen Arbeitslosigkeit und unserer Haushaltssituation dringend zusätzliches Wachstum brauchen, ist, glaube ich, unbestritten.

Meine Damen und Herren, mit ihrer vermeintlichen Kampfansage an die Höchststeuersätze trifft die PDS natürlich nicht nur die Bürger mit einem guten Einkommen, sondern auch die Menschen mit einem sehr geringen Verdienst. Was die PDS in Ihrem Antrag nämlich verschweigt, ist, dass auch der jährliche Eingangssteuersatz gesenkt werden soll und erst auf Einkommen ab 8 000, 9 000 bzw. 20 000 Euro Steuern erhoben werden sollen. Die steuerliche Abgabenlast wird insgesamt reduziert.

Für uns ist es unsozial, wenn man den Kleinverdienern verspricht, im kommenden Jahr weniger Steuern zahlen zu müssen, und das Gesetz einen Monat vor In-Kraft-Treten aussetzt. Brandenburg braucht die von Ihnen geschürte Neiddebatte zwischen Steuerzahlern und Arbeitslosen nicht, sondern braucht wirtschaftliche Entwicklung, Investitionen und vor allen Dingen Chancen für die Menschen, damit sie hier bleiben.

Wir lehnen den Antrag - wie gesagt - ab. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Fritsch:

Danke. Wir setzen mit dem Beitrag der Landesregierung fort. Der Finanzminister hat das Wort.

Minister der Finanzen Speer:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe vorhin schon gesagt, die Situation von Unternehmen in Deutschland spielt bei der Steuerreform 2005 eine Rolle. Die 48 Milliarden Euro, die durch die Steuerreform an Mindereinnahmen zu erwarten sind, beziehen sich zum großen Teil nicht, wie Sie behaupten, auf große Unternehmen und Spitzenverdiener, sondern der Spitzensteuersatz, der in Rede steht, macht davon 7,5 Milliarden Euro, also ein geringes Volumen, aus. Das meiste geht an Familien, geht an die Bevölkerung. Grundlage war die Überlegung, den Konsum in Deutschland anzukurbeln, etwas, was Sie auch ständig predigen. Insofern ist es von der Zielrichtung her genau das, was Sie fordern.

Im Großen und Ganzen betrachtet würde ich Ihre Einschätzung, dass es sich dabei um unsoziale Ansätze handelt, zurückweisen, denn der Ansatz der Steuerreform ist sozial gedacht und wird soziale Wirkungen zeigen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie sich nun die Frage der Einkommensteuer im Spitzensteuersatz ansehen, müssen Sie wissen, dass 85 % derjenigen Unternehmen in Brandenburg von dieser Reform betroffen

sind, die sich für die Einkommensteuer entschieden haben. Nur 15 % zahlen Körperschaftsteuer, 85 % der brandenburgischen Unternehmen zahlen Einkommensteuer. Auch für diese macht sich die Senkung des Spitzensteuersatzes bemerkbar, und zwar auch dort, wo, wie wir wissen, in Brandenburg viele Unternehmen mit der Kapitalausstattung zu tun haben und auch von der Größenordnung her nicht die von Ihnen beschriebenen sind.

Präsident Fritsch:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Minister Speer:

Gern.

Präsident Fritsch:

Bitte, Frau Osten.

Frau Osten (PDS):*

Danke, auch für das „gern“. Herr Minister, ich möchte Sie daran erinnern, was Frau Dr. Enkelmann vorhin gesagt hat: dass die SPD im Land Mecklenburg-Vorpommern diesem Antrag die Zustimmung gegeben hat. Welches sind die Ursachen für die unterschiedliche Meinung, die die Kollegin in Mecklenburg-Vorpommern hat, und der, die Sie gerade aus der Sicht der ostdeutschen Länder geäußert haben? Wo sehen Sie Differenzen?

Minister Speer:

Ich habe keine Ahnung, was die Kollegin in Mecklenburg-Vorpommern zu dieser Meinung getrieben hat, sicherlich die Zusammenarbeit mit Ihnen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Daran ist erkennbar, wie eine gewisse Kompromissbereitschaft im politischen Geschäft mitunter auch zu schlechten Ergebnissen führt. Also noch einmal: Ich kann das nicht beurteilen. Aber ich werde meine Kollegin demnächst, wenn ich sie wiedersehe, fragen, was sie sich dabei gedacht hat.

Ansonsten bleibt festzustellen: Wenn man sich die Spitzensteuersätze in Europa und speziell in der Nachbarschaft ansieht - das ist hier schon gesagt worden -, stellt man fest, dass wir in Konkurrenz zueinander stehen. Es ist schon bei Karl Marx nachzulesen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der PDS, dass dies Auswirkungen hat. Je beweglicher Kapital ist, desto größer sind die Auswirkungen oder die Möglichkeiten und die logischen Folgen. Das habe ich vorhin bereits erörtert. Die Schlussfolgerungen, die daraus von Karl Marx gezogen wurden, teile ich nicht und die Vergewaltigung seiner Ideen, die dann in der DDR stattgefunden hat, schon gar nicht.

(Beifall des Abgeordneten Bischoff [SPD])

Fakt ist, dass in Polen der Spitzensteuersatz derzeit 40 % beträgt, in Estland 26 %, wir mit den hier angestrebten 42 % darüber liegen, uns also auch nicht verstecken müssen, was die Frage der Zumutbarkeit für Unternehmen und Spitzensteuerzahler betrifft. Diese Reform - ich sage es noch einmal - ist aus

meiner Sicht sozial und sollte nicht durch Ihren Antrag tangiert werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank, Herr Minister. - Frau Dr. Enkelmann, Sie haben noch sieben Minuten Redezeit.

Frau Dr. Enkelmann (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Bischoff, völlig korrekt: Wir haben gegenwärtig mit Frau Pau und Frau Löttsch zwei Abgeordnete im Bundestag, und zwar wirklich ganze Abgeordnete. Ich kann Ihnen versichern, dass die beiden auch ganze Arbeit leisten.

(Bischoff [SPD]: Darauf bin ich schon gekommen! Durchschlagend! - Beifall bei der PDS)

Frau Funck, Gesetze fallen nicht vom Himmel. Sie sind deshalb auch jederzeit zu korrigieren, wenn man es denn politisch will, wenn man den politischen Willen dazu hat. Daran, dass Steuererleichterungen zu mehr Investitionen führen, glauben Sie wohl selbst nicht mehr. Ich verweise auf den Artikel im „Spiegel“ von dieser Woche, in dem genau das deutlich wird. Die Investitionen sinken seit Jahren. Obwohl es seit dem Jahr 2000 spätestens mit der rot-grünen Steuerreform deutliche Steuerentlastungen gibt, sinken die Investitionen von Jahr zu Jahr.

(Zuruf des Abgeordneten Homeyer [CDU])

- Das heißt, Herr Kollege Homeyer, sie führen eben nicht automatisch dazu, dass mehr investiert wird. Da muss mehr getan und mehr begleitet werden. Dazu brauchen wir andere politische Maßnahmen als allein Steuergeschenke an die Unternehmen.

(Beifall bei der PDS)

Herr Speer, Sie beklagen sich hinterher darüber, dass in den öffentlichen Kassen kein Geld ist. Das ist doch der Widerspruch, den Sie hier aufmachen.

(Zuruf des Abgeordneten Homeyer [CDU])

Herr Speer, was die Entlastung der kleinen und mittelständischen Unternehmen in der Bundesrepublik betrifft, so werden diese nach Angaben der SPD-Bundestagsfraktion insgesamt um etwa 17 Milliarden Euro entlastet. Bei 3,3 Millionen kleinen und mittelständischen Unternehmen, die wir insgesamt in der Bundesrepublik haben - jetzt mache ich mal eine Klammerbemerkung: Sie wissen sehr wohl, dass kleine und mittelständische Unternehmen im Westen eine andere Größe haben als im Osten -, wird jedes Unternehmen im Jahr um 5 150 Euro entlastet, sprich: im Monat um 430 Euro. Ich sage Ihnen, an den kapitalschwachen Unternehmen im Osten geht diese Steuerentlastung letzten Endes vorbei. Das heißt, Sie erreichen damit gar nichts.

Meine Damen und Herren, Sie haben aber vollkommen Recht, dass es letzten Endes tatsächlich nicht nur um den Verzicht auf

die Senkung des Spitzensteuersatzes geht. Was wir dringend brauchen, ist ein alternatives, das heißt ein gerechtes Steuersystem. So wie bisher geht es nicht weiter. Herr Bischoff, Sie haben gesagt, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Ich frage ernsthaft, ob Sie das wirklich glauben.

(Bischoff [SPD]: Sonst hätte ich es ja nicht gesagt!)

Bei einem Haushaltsloch von 1 Milliarde Euro, das Sie jetzt im Landeshaushalt wiedererkannt haben, glauben Sie immer noch auf dem richtigen Weg zu sein. Dieser Weg kann nur ein Holzweg sein.

(Bischoff [SPD]: Wir sind bei der Steuerpolitik, Frau Kollegin!)

- Da gehe ich jetzt auch weiter.

Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte erreicht astronomische Höhen - auf Bundes- wie auf Landesebene gleichermaßen. Ich staune, ehrlich gesagt, dass der Finanzminister dieses Landes noch ruhig schlafen kann, ruhig stehen konnte er hier jedenfalls nicht mehr.

Dringend notwendig scheint mir schon, einen öffentlichen Diskurs um die Neuordnung der öffentlichen Finanzen zu führen. Die PDS hat ein eigenes Finanz- und Steuerkonzept in diese Diskussion eingebracht. Zugegeben, unser Konzept passt auf keinen Bierdeckel. Dafür ist es wesentlich seriöser und sozial ausgewogener. Unser Konzept setzt eben nicht bei der Einkommensteuer an, sondern ist der Entwurf für ein komplexes Steuersystem. Herr Bischoff, Sie haben vollkommen Recht: Man braucht tatsächlich ein solches Gesamtkonzept in der Steuer, wenn man zu einem Umsteuern kommen will.

(Bischoff [SPD]: Das haben wir vorgelegt und beschlossen!)

Genau dieses seriöse Gesamtkonzept fehlt der rot-grünen Bundesregierung.

Unser Konzept setzt, wie gesagt, nicht bei der Einkommensteuer an. Mittelpunkt unseres Konzepts ist das Prinzip der Individualbesteuerung auf der Grundlage der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Es ist auf alle Fälle eine sozial gerechtere Basis.

Die möglichen Mehreinnahmen aus diesem Steuerkonzept haben eine Größenordnung von mehr als 60 Milliarden Euro. Das ist möglich durch Wiedererhebung der Vermögenssteuer.

Herr Baaske, ich werde Sie immer wieder an diese hervorragende Initiative der SPD erinnern. Es geht um die Anpassung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, es geht um die Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer, es geht um die Reformierung der Körperschaftsteuer. Das alles sind Vorschläge, die einmal von der SPD gekommen sind und die Sie ganz schnell und aus meiner Sicht sehr leichtfertig aufgegeben haben.

(Beifall bei der PDS)

Das Land Brandenburg hätte von diesen Reformschritten auf Bundesebene immerhin Mehreinnahmen in Höhe von 1,2 Milliarden Euro zu erwarten. Davon könnten die Kommunen

470 Millionen Euro bekommen. Ich denke, diesen Schritt sollte man gehen, wenn man es denn mit unserem Land und vor allen Dingen mit unseren Kommunen gut meint. Sollten Sie weiteren Informationsbedarf haben, Kollege Bischoff oder Kollege Homeyer oder Frau Funck, dann wenden Sie sich vertrauensvoll an die PDS.

Fazit: Unser Vorschlag, den wir heute eingebracht haben, ist sicherlich ein erster und kleiner Schritt hin zu mehr Steuererechtigkeit.

(Schulze [SPD]: Warum so schnippisch?)

Fassen Sie sich doch ein Herz, Herr Kollege Schulze! Tun Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, es Ihren Kollegen aus Mecklenburg-Vorpommern gleich! Stimmen Sie unserem Antrag zu! - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Fritsch:

Danke sehr. Gibt es bei den übrigen Fraktionen Bedarf, Restreizeiten auszuschöpfen? - Das ist nicht der Fall, sodass wir über den Antrag der PDS in Drucksache 4/125 abstimmen. Wer ihm folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Somit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt worden.

Ich schließe Tagesordnungspunkt 6 und rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Arbeitsmarktpolitische Aktivitäten der Landesregierung

Antrag
der Fraktion der PDS

Drucksache 4/126

Der Abgeordnete Otto von der PDS-Fraktion eröffnet die Debatte.

Otto (PDS):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Natürlich wird die Koalition sagen: Wir haben gestern unseren Antrag bestätigt bekommen; die PDS hätte gut daran getan, ihren Antrag zurückzuziehen. Das tun wir natürlich nicht, sondern unternehmen den Versuch zu prüfen, ob Sie die im Koalitionsvertrag genannte Absicht, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und an die erste Stelle Ihrer Regierungsverantwortung zu stellen, auch mit Ernsthaftigkeit verfolgen.

Mit dem Erhalt der ersten Bescheide über das Arbeitslosengeld II wird das Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt für viele Betroffene erlebbare Realität. Hoffnung, Wut, Verzagen und zum Teil auch Verzweiflung - ein Riesengemisch an Gefühlen befällt gegenwärtig die Betroffenen.

Die PDS hat mit ihrer Feststellung Recht, dass damit eine neue Stufe im Sozialabbau der Bundesrepublik eingeleitet wird.

(Frau Dr. Schröder [SPD]: Hat sie nicht!)

Die in den letzten Tagen veröffentlichten wirtschaftlichen Daten für die Bundesrepublik lassen kaum die Erwartung zu, dass in den nächsten Jahren die Anzahl der abhängig Beschäftigten, die erforderlich sind, um Lösungsvarianten zu finden, in Größenordnungen steigen wird. Selbst die Bundesanstalt für Arbeit rechnet damit, dass 2005 die Arbeitslosenzahl die 5-Millionengrenze erreichen kann.

Ein Gespenst geht um in Deutschland, nicht das Gespenst des Kommunismus, wie Heiner Geisler kürzlich feststellte, sondern das Gespenst des sozialen Abstiegs und der Armut. Die Gefahr, direkt von Hartz IV betroffen zu sein, wird immer mehr im gesellschaftlichen Bewusstsein reflektiert. Zurzeit kommt im Land Brandenburg auf 48 Arbeitsuchende eine freie Stelle.

Meine Damen und Herren, inzwischen sind auch im Entwurf des Bundeshaushalts für 2005 Eingliederungsleistungen im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem Sozialgesetzbuch II mit rund 9,65 Milliarden Euro vorgesehen. Danach sollen aber die neuen Länder 41,9 % und die alten Länder den Rest erhalten. Vergleicht man die Eingliederungstitel des vergangenen bzw. dieses Jahres, die durch die Bundesanstalt für Arbeit ausgereicht wurden - sie sind natürlich nicht 100%ig deckungsgleich -, stellt man fest, dass die neuen Länder 46 % bekommen haben. Das heißt, das Signal ist gesetzt, dass möglicherweise weniger Mittel zur Verfügung stehen, die demzufolge effektiver eingesetzt werden müssen.

Es besteht die Gefahr, dass die Arbeitsgelegenheiten letztendlich als Hauptlösung genutzt werden, um das Problem der Beschäftigung zu lösen. 1-Euro-Jobs sind keine Jobs, sondern Arbeitsgelegenheiten, für die eben nur ein Mehraufwand und kein Lohn gezahlt wird. Vorrang haben deshalb - das sieht die Bundesanstalt für Arbeit genauso - die sozialversicherungsrechtlichen existenzsichernden Beschäftigungen.

Genau diesen Grundsatz verfolgen wir mit unserem Vorschlag für arbeitsmarktpolitische Aktivitäten der Landesregierung.

(Frau Dr. Schröder [SPD]: Das steht bereits im Gesetz!)

Die Bundesagentur für Arbeit hat ihre regionalen Agenturen gestärkt und die Landesregierung soll nun die Regionen und Kommunen stärken. Eine Rahmenvereinbarung zwischen Landesregierung und Regionaldirektion der Bundesanstalt für Arbeit Berlin-Brandenburg soll Teil I unseres Vorschlages sichern.

Selbst wenn Sie darauf hinweisen, dass es im Gesetz steht, muss es geregelt werden. Es darf auch nicht geschehen, dass sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten letzten Endes infrage gestellt werden.

(Frau Dr. Schröder [SPD]: Es ist alles im SGB II geregelt!)

Deshalb fordern wir, erstens, dass die Verhandlungen in den kreisfreien Städten und den Landkreisen wirklich auf gleicher Augenhöhe erfolgen können.

Zweitens: Überall im Land soll gewährleistet werden, dass die Arbeitsgelegenheiten wirklich nachrangig gegenüber der Eingliederung in sozialversicherungspflichtige, auch öffentlich geförderte Beschäftigung eingeordnet werden.

Drittens fordern wir, dass die Arbeitsgelegenheiten durch die Einbeziehung der örtlichen Akteure nach ihrer Zusätzlichkeit und Gemeinnützigkeit ausgesucht und bewertet werden und dass in der Folge nicht reguläre Arbeitsplätze vernichtet werden.

(Frau Dr. Schröder [SPD]: Auch das ist geregelt!)

Die Arbeitsgelegenheiten sollten immer mit ergänzenden Maßnahmen als Brücke in den ersten und den zweiten Arbeitsmarkt verbunden werden. Die gemeinsame Initiative zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung für Langzeitarbeitslose zwischen der Landesregierung Brandenburg und der Regionaldirektion Berlin-Brandenburg der Bundesagentur für Arbeit entspricht den von uns genannten inhaltlichen Zielstellungen in keiner Weise. Wir erwarten ein verbindliches Rahmenprogramm, während die Landesregierungen bisher lediglich Empfehlungen vorgelegt haben, die angewandt werden können oder auch nicht. Die dort genannten Prämissen von Zusätzlichkeit, Gemeinnützigkeit, öffentlichem Interesse und vor allem die Verhinderung der Verdrängung vorhandener oder neu entstehender Arbeitsplätze sind nicht eindeutig ausgestaltet und verbindlich geregelt.

(Frau Dr. Schröder [SPD]: Das SGB II ist verbindlich!)

Der Handreichung ist zu entnehmen, dass die beschriebenen Tätigkeiten mit großer Wahrscheinlichkeit vorhandene reguläre und zukünftig entstehende Arbeitsverhältnisse verdrängen werden. Einige Beispiele: Fahrdienste für Senioren werden zurzeit von Taxi-Unternehmen und DRK vorgenommen, die Alltagsbegleitung bei Einkäufen gegenwärtig von Pflegediensten, Arbeit im Grünanlagenbereich von privaten Unternehmen und Bauhöfen. Die Gebäudereinigung möchte ich hier gar nicht erwähnen, sondern nur dieses Stichwort nennen. Archivarische Arbeiten in den Museumsbereichen erfordern natürlich fundierte Fachkenntnisse. Erhebliche Bedenken bestehen auch im gesamten Bereich der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen sowie bei der Eingliederung von Zuwanderern, wo pädagogische, soziale und interkulturelle Kompetenz vorausgesetzt wird.

Herr Minister Rupprecht hat gestern noch ein neues Kriterium eingeführt, nämlich dass kein Schaden angerichtet wird. Auch dieses Kriterium müsste ausgestaltet werden. Deshalb ist es eine zentrale Forderung der PDS, verbindlich zu regeln, dass die Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung von unabhängigen Stellen unter Beteiligung von Gewerkschaften, Kammern und Arbeitgeberern zertifiziert werden,

(Frau Dr. Schröder [SPD]: Damit sind sie nicht mehr unabhängig!)

und das nicht nur als eine Möglichkeit, bei der den Kommunen die Ausgestaltung allein überlassen wird. Wir wollen damit in keiner Weise den Bewegungsspielraum der Kommunen einschränken, sondern den ersten Arbeitsmarkt schützen.

Dem Vorschlag der Koalition entnehmen wir - wir haben es gestern diskutiert -, dass sie mit der Ausgestaltung des Sozialgesetzbuchs II, was das Verhältnis von Fordern und Fördern betrifft, auch nicht so recht einverstanden sind. Der Grundsatz des Forderns ist deutlich erkennbar, es fehlen aber wirtschaftlich klare Konzepte, durch welche Maßnahmen mehr reguläre Jobs und auch mehr Angebote für Arbeitslose geschaffen wer-

den sollen. Arbeitsmarktpolitik - das haben wir gestern schon festgestellt - kann Wirtschaftspolitik nicht ersetzen. Entscheidend ist aber, dass durch eine zielgerichtete Wirtschaftsförderung Arbeitsplätze entstehen. Die PDS hat dazu in der Vergangenheit schon mehrere Lösungsansätze gebracht und Vorschläge unterbreitet. Ich möchte sie noch einmal stichwortartig nennen:

- Abbau der Überstunden. 2003 wurden 1,5 Milliarden Überstunden geleistet. Wenn wir davon nur 20 % durch mögliche Fördermaßnahmen aktivieren könnten, wäre das ein Volumen von rund 200 000 Arbeitsplätzen;
- Zurückdrängung von Schwarzarbeit
- Ausbau von Teilzeitarbeit
- Verkürzung statt Verlängerung der Wochen- und Lebensarbeitszeiten und
- Einstieg in gemeinwohlorientierte, öffentlich geförderte Beschäftigung.

Der zweite Teil unseres Vorschlags ist eng mit dem ersten verbunden. Das Landesprogramm „Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg“ entspricht in wichtigen Bestandteilen nicht den zukünftigen Erfordernissen. Ich möchte nur einige nennen.

Erstens: Die Änderung der Bezugszeiten für Arbeitslosengeld-I-Empfänger wird dazu führen, dass der Anteil der Arbeitslosengeld-II-Empfänger in der nächsten Zeit drastisch steigen wird. Auch darauf muss dieses Programm reagieren.

Zweitens: Die wirtschaftlichen Rahmendaten lassen vermuten, dass der erste Arbeitsmarkt zukünftig nur mit einem geringen Zuwachs von Arbeitsplätzen rechnet. Deshalb ist die Ausgestaltung des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors eine dringende Notwendigkeit.

Die Haushaltslage lässt weiterhin erkennen, dass den Betroffenen weitaus weniger Mittel zur Verfügung stehen als geplant. Die Frau Ministerin nannte gestern die Qualifizierung der Fallmanager, die durch das Land gefördert werde. Diesbezüglich sollte man auch inhaltlich klären, ob nicht die Förderung über die Bundesagentur besser wäre. Der ländliche Raum ist ziemlich hart mit den Maßnahmen des Sozialgesetzbuchs II konfrontiert. Die vorgesehenen Landesentwicklungsplanungen für zentrale Orte, womit möglicherweise auch noch ein Abbau von Arbeitsplätzen verbunden ist, sollte angesichts der Komplexität der Programme auch in die Klärung einbezogen werden.

Schließlich fehlt die Verbindung des Landesprogramms zum Sozialgesetzbuch II, insbesondere für Frauen, für Jugendliche, für Nichtleistungsbezieher, und es fehlt die Verbindung der Beschäftigungsmöglichkeiten mit Qualifizierung und Einstiegsmöglichkeiten in existenzsichernde Beschäftigung. Das heißt, die Brückenfunktion des Landesprogramms in den ersten und zweiten Arbeitsmarkt ist neu auszugestalten.

Die Landesregierung betrachtet den sozialen Frieden als hohes Gut, genauso wie die PDS. Deshalb erwarten wir von der Landesregierung, dass sie die Möglichkeiten, die auch mit dem Europäischen Sozialfonds vorhanden sind, nutzt, das Programm neu fasst und den Kommunen somit eine Möglichkeit gibt, ihre

kommunalpolitischen Beschäftigungsprogramme auszugestalten, und das sehr schnell, weil die Betroffenen auf Lösungen hoffen. - Danke.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Fritsch:

Für die SPD hat Frau Dr. Schröder das Wort.

Frau Dr. Schröder (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der PDS, Ihr Antrag ist nicht nur eine Zumutung, sondern vor allem auch ein Beleg fachlicher Inkompetenz. Er ist nicht von dieser Welt, weil er in Sachen Hartz IV die bestehende Bundesgesetzgebung, die geregelten Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten, die laufenden Entwicklungen vor Ort und das derzeitige Engagement von Akteuren der Arbeitsmarktpolitik vollkommen ignoriert. Paradoxer geht es nicht. Einerseits erklärt die PDS das SGB II für verfassungswidrig und verteilt Musterwidersprüche gegen ALG-II-Bescheide. Andererseits verlangen Sie heute eine bessere Umsetzung des SGB II. Hier reden Sie mit zwei Zungen. Wie viele Pirouetten wollen Sie hier eigentlich noch drehen?!

(Widerspruch bei der PDS)

Sie verlangen in I. eine inhaltliche Änderung der Bundesgesetzgebung durch einen Beschluss des Landtages Brandenburg. Sie wollen per Rahmenvereinbarung auf Landesebene beschäftigungspolitische Ziele von Eingliederungsmaßnahmen beschließen. Nun, diese sind durch die Bundesgesetzgebung im SGB II klar definiert.

Meine Damen und Herren von der PDS, Sie fordern Vereinbarungen zwischen Landesregierung und Bundesagentur für Arbeit, die verbindlichen Charakter für die Umsetzung des SGB II auf kommunaler Ebene haben sollen. Das kommt einem Affront gegenüber den Kreisen und kreisfreien Städten gleich, die neben der Bundesagentur für Arbeit nach § 6 SGB II gleichberechtigte Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende sind.

Noch immer sind Sie nicht mit dem Gesetzestext des SGB II vertraut. Ich empfehle Ihnen daher das Studium des Kompendiums „Aktive Arbeitsmarktpolitik nach dem SGB II“ der Bundesagentur für Arbeit. Die erste Auflage erschien im September 2004.

Auch sind Sie offensichtlich nicht informiert über die laufenden Anstrengungen zur Ausgestaltung von Eingliederungsleistungen in Brandenburg. Hierzu empfehle ich Ihnen dringend die Lektüre der gemeinsamen Initiative zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigungen für Langzeitarbeitslose, beschlossen zwischen Landesregierung und Bundesagentur, vom 14. September 2004. Sie haben sie hier zwar benannt, aber gelesen haben Sie sie nicht.

Ich empfehle Ihnen auch dringend die Lektüre der gemeinsamen Erklärung von Bundesagentur für Arbeit und kommunalen Spitzenverbänden zur Gestaltung öffentlich geförderter Beschäftigung im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende vom 13. Oktober 2004.

Wenn Sie dies gelesen haben, werden Sie sehen, dass sich gemäß § 18 SGB II Akteure und Träger vor Ort längst in Kooperation befinden und sich die einzelnen Punkte Ihres Antrages - zum Nachrang, zur Brückenfunktion, zur Zusätzlichkeit und Gemeinnützigkeit, zur Dauer, zur Qualifikationsanforderung und Zertifizierung von Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung - in Luft auslösen.

Die Luftblase in Punkt 2 unter I. bedarf eines gesonderten Kommentars. In Satz 1 fordern Sie, dass auch Nicht-Leistungsbeziehern die Instrumente des SGB II vollständig zur Verfügung stehen sollen, um im anschließenden Satz 2 hingegen vorzuschlagen, dass diese Instrumente nach dem prozentualen Verhältnis von Arbeitslosengeld- und Arbeitslosengeld-II-Empfängern zu verteilen sind. Nach Adam Riese bliebe demnach für Nicht-Leistungsbezieher nichts mehr übrig. Diesbezüglich wissen Sie offenbar nicht, was Sie wollen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der PDS! Allein schon die Wahl Ihrer Begriffe zeugt von Oberflächlichkeit und Unkenntnis. Es gibt kein ALG I. In der Sozialgesetzgebung ist das beitragsfinanzierte Arbeitslosengeld im SGB III und das steuerfinanzierte Arbeitslosengeld II im SGB II geregelt. Es gibt auch keine Regionalstelle der Bundesagentur für Arbeit. Sie meinen vermutlich die Regionaldirektion.

(Lachen der Abgeordneten Osten [PDS])

Der Antrag ist auch bezüglich der Punkte unter II. überflüssig, weil ein inhaltlich fundierter Beschluss zur Weiterentwicklung der Landesarbeitsmarktpolitik bereits gestern gefasst wurde. Darüber hinaus wurde im zuständigen Fachausschuss in der vorigen Woche bereits eine laufende Berichterstattung über die Umsetzung von Hartz IV und des Landesprogramms auf Initiative der SPD-Fraktion und auf Antrag der Koalitionsparteien beschlossen. Auch hier wird wieder deutlich, dass Sie das Grundanliegen der Arbeitsmarktreform im Kern bis heute nicht begriffen haben.

(Gelächter bei der PDS - Frau Osten [PDS]: Aber Sie!)

Die Forderung nach besonderen Anschlussprogrammen nach Ausübung von Arbeitsgelegenheiten ist schlichtweg abwegig, weil dieses Anliegen Eingliederungschancen von vornherein negiert und auf eine strukturelle Verfestigung von Langzeitarbeitslosigkeit zielt.

(Vietze [PDS]: Man müsste die gesammelten Werke lesen!)

Das ist kein Anliegen der Bundes- und Landespolitik. Anliegen unserer Arbeitsmarktpolitik ist es, die Ungerechtigkeiten in dem bestehenden System von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe endlich zu beseitigen und Langzeitarbeitslosen - mittels der Strategie „Fördern und Fordern“ - verbesserte Eingliederungsmöglichkeiten in Beschäftigung zu ermöglichen.

(Dr. Scharfenberg [PDS]: Vom Saulus zum Paulus!)

Meine Damen und Herren von der PDS, ich fordere Sie ausdrücklich auf, diesen Prozess nicht länger zu torpedieren. Spannen Sie arbeitslose Menschen nicht schon jetzt vor den Karren Ihres Bundestagswahlkampfes 2006.

(Frau Tack [PDS]: Was soll denn die Wahl?)

Stellen Sie sich endlich den notwendigen Herausforderungen unserer Zeit!

(Frau Osten [PDS]: Ist Ihnen das nicht zu blöd?)

Die SPD-Fraktion lehnt den heute vorgelegten Antrag der PDS-Fraktion aus den genannten Gründen ab. Er ist schlichtweg überflüssig. - Vielen Dank.

(Zuruf von der PDS: Hoch soll sie leben!)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. Für die DVU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Fechner das Wort.

Frau Fechner (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestern haben wir über einen Antrag der Koalitionsfraktionen debattiert, der im Grunde dasselbe wie der hier vorliegende fordert, nämlich die Landkreise und kreisfreien Städte bei der Umsetzung des unsocialen Hartz-IV-Gesetzes zu unterstützen. Die PDS-Fraktion fordert im ersten Teil ihres Antrages, dass die Landesregierung mit der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit eine Rahmenvereinbarung zu den beschäftigungspolitischen Zielen von Eingliederungsleistungen nach dem SGB II schließt.

Im zweiten Teil ihres Antrages fordert die PDS-Fraktion die Landesregierung auf, eigene Landesinitiativen zu entwickeln. Die PDS-Fraktion war auch so nett, in ihrem Antrag zu formulieren, welche Schwerpunkte zu setzen sind.

(Vietze [PDS]: Extra für Sie!)

- Danke, Herr Vietze.

Mit etlichen Forderungen kann sich die DVU-Fraktion durchaus einverstanden erklären, zum Beispiel mit der Forderung, dass die Vermittlung in sozialversicherungspflichtige, öffentlich geförderte Beschäftigung Vorrang vor dem Angebot von so genannten 1-Euro-Jobs behalten soll. Die Frage ist jedoch: Wie viel sozialversicherungspflichtige, öffentlich geförderte Beschäftigungsmöglichkeiten wird es demnächst überhaupt noch geben?

Des Weiteren fordert die PDS, dass die Arbeitsgelegenheiten so auszugestalten sind, dass sie für Langzeitarbeitslose eine Brücke in den regulären Arbeitsmarkt bilden. Gute Forderung! Nur: Wie viele Arbeitsstellen gibt es noch auf dem regulären Arbeitsmarkt? Man muss nicht sonderlich pessimistisch sein, um zu befürchten, dass es in Zukunft noch weniger Arbeitsstellen auf dem ersten Arbeitsmarkt geben wird.

Diskussionswürdig ist die Forderung, dass Arbeitsgelegenheiten nur auf Grundlage von Freiwilligkeit vermittelt werden sollen. Leider - ich sage bewusst leider - gibt es gerade unter den jugendlichen Sozialhilfeempfängern nicht wenige, die sich an das Leben als Sozialhilfeempfänger gewöhnt haben und keine reguläre Arbeit aufnehmen wollen. Darüber, inwieweit für solche Fälle Freiwilligkeit bestehen soll, könnte man durchaus diskutieren.

Die Forderung in Punkt 4 findet dagegen unsere volle Zustimmung. Die PDS-Fraktion fordert nämlich, dass vorhandene Ar-

beitsplätze nicht durch 1-Euro-Jobs gefährdet werden dürfen. Zusätzlichkeit und Gemeinnützigkeit dieser Arbeitsgelegenheiten müssen nachgewiesen werden - das ist eine sehr wichtige Forderung -, doch leider wusste die Landesregierung bis vor wenigen Tagen noch nicht, wie sichergestellt werden kann, dass die zusätzlichen, öffentlich geförderten Stellen nicht im Wettbewerb zu Unternehmen am Markt stehen.

Die zuständige Ministerin antwortete auf eine Anfrage meines Kollegen Schulze, dass die Verantwortung dafür bei den kommunalen Verantwortungsträgern liege. Mittlerweile liegt - nach Aussage der Ministerin - ein Schreiben der Handwerkskammer vor, in dem vorgeschlagen wird, dass die Kommunen vor Auftragsvergabe die Zustimmung der Handwerkskammern einzuholen haben. Das liegt nach Aussage der Ministerin - womit sie Recht hat - in alleiniger Verantwortung der Kommunen. Wenn diese das aus nachvollziehbaren Gründen nicht mitmachen wollen, haben die kleinen und mittelständischen Brandenburger Unternehmen eben zusätzliche Konkurrenz. Das bedeutet, dass auf dem Arbeitsmarkt wiederum Arbeitsstellen abgebaut werden. Die Genossen der PDS-Fraktion haben in ihrem Antrag keinen Vorschlag unterbreitet, wie das zu unterbinden wäre. Somit wird die durchaus berechnete Forderung Wunschenken bleiben. Das gilt für fast alle in diesem PDS-Antrag aufgestellten Forderungen.

Leider ist die unsociale Harz-IV-Gesetzgebung nicht mehr aufzuhalten. Welche negativen Auswirkungen das für viele arbeitslose Brandenburger haben wird, dürfte im Hause mittlerweile jedem bekannt sein. Die in dem vorliegenden Antrag gestellten Forderungen könnten durchaus dazu beitragen, die Folgen des rot-grünen Reformchaos abzumildern. Nur aus dem Grunde stimmen wir diesem Antrag zu.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Fritsch:

Danke. Für die CDU Fraktion hat Frau Abgeordnete Schulz das Wort.

Frau Schulz (CDU): *

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Otto, Sie sprachen vorhin von einem Gemisch von Gefühlen. Mit diesem Gemisch von Gefühlen, mit den Emotionen der Menschen haben Sie im Wahlkampf Ihr Unwesen getrieben. Darauf haben Sie gebaut.

(Frau Mächtig [PDS]: Das ist einfach nicht wahr!)

Sie haben nicht - das wäre auch jetzt Ihre Pflicht als Opposition - für Klarheit gesorgt, sondern eher für Verwirrung. Dieser Antrag ist nicht nur populistisch - das zu sagen kann ich mir fast sparen -, sondern er enttäuscht mich aus folgenden Gründen regelrecht: Erstens ignoriert er das Gesetz - das wurde schon ausgeführt - und zweitens hinken Sie mit Ihren Forderungen eindeutig hinter unseren Beschlüssen her. Zu jedem einzelnen Punkt könnte man sagen: Das haben wir schon beschlossen.

Sie ignorieren bestimmte Dinge oder Sie greifen Dinge aus der Luft, bei denen man darüber nachdenken müsste, wie man das jemals finanzieren will.

(Frau Kaiser-Nicht [PDS]: Wir überweisen doch!)

Unser oberstes Ziel ist es, die Menschen in Arbeit zu bekommen. In diesem hohen Hause sind wir uns darüber einig, dass Harz IV nicht das Allheilmittel dafür sein wird, Menschen in Arbeit zu bekommen.

(Frau Kaiser-Nicht [PDS]: Frau Schröder nicht!)

Darüber, dass wir dafür noch eine Reihe anderer Maßnahmen ergreifen müssen, sind wir uns auch einig.

Ich verschone Sie damit, jeden einzelnen Punkt aufzurufen, weil ich einfach nur enttäuscht bin, dass die Qualität dieses Antrags so schlecht ist. - Danke schön.

Präsident Fritsch:

Danke schön, Frau Schulz. - Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Ziegler das Wort.

Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt fast nichts zu ergänzen. Trotzdem möchte ich noch auf einige Punkte eingehen. Natürlich lehnt auch die Landesregierung die Rahmenvereinbarung, wie sie von der PDS gewünscht wird, ab. Ich möchte Ihnen die Gründe nennen:

Wir haben derzeit 13 aus Kommunen und Arbeitsagenturen bestehende Arbeitsgemeinschaften. Fünf Kreise haben sich, wie Sie wissen, als Optionskommunen etabliert; sie wollen die Umsetzung nach SGB II eigenverantwortlich übernehmen. Eine zentrale Steuerung dieses Prozesses vonseiten des Landes ist weder rechtlich möglich, noch ist dies politisch wünschenswert. Das SGB II setzt sehr stark auf dezentrale Verantwortung und auch auf Wettbewerb unter den umsetzenden Stellen. Dazu gehören auch Spielräume in der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Sie werden an den Ergebnissen sehen, welche Konstellationen und welche Modelle erfolgreich sind. Wir werden die Kommunen und Agenturen in diesem Prozess begleiten, wir werden mit ihnen diskutieren und den Prozess auswerten.

Ich glaube nicht, dass mit zentralistischen Vorgaben eine bessere Politik vor Ort gemacht wird, sondern eher, dass die gewollten Spielräume auch Kreativität freisetzen und die Möglichkeit eröffnen, neue Formen auszuprobieren, von denen andere lernen können.

Aus dem PDS-Antrag kann man meines Erachtens ein gewisses Misstrauen gegenüber dem Verantwortungsgefühl und der Kompetenz der regionalen Akteure herauslesen. Die Einschätzung, dass man vor Ort eine zentrale Orientierung braucht, teilt die Landesregierung nicht. Ich teile sie erst recht nicht, seit ich in dieser Woche mit allen beteiligten Landkreisen, Kommunen und Agenturen für Arbeit gesprochen habe.

Ich vermute, dass die PDS-Fraktion mit ihrem Antrag Elemente der entsprechenden Rahmenvereinbarung der Berliner Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen mit der Regionaldirektion vom August 2004 kopieren und nach Brandenburg transportieren will. Es wird dabei offensichtlich übersehen, dass die Umsetzung des SGB II in Berlin nicht mit der in Brandenburg vergleichbar ist, denn Berlin ist Stadt und Land zugleich. In § 2 Abs. 1 der oben genannten Berliner Vereinbarung heißt es:

„Das Land in seiner Gesamtheit ist kommunaler Träger im Sinne des SGB II.“

Für die Stadtstaaten wurde eigens ein Passus in das SGB II aufgenommen, der deren besonderen Verwaltungsaufbau berücksichtigt und ihnen Gestaltungsmöglichkeiten einräumt.

Sie haben in Ihrer Anfrage und in Ihrem Antrag offensichtlich nicht beachtet, dass das im Land Brandenburg anders ist. Wie bereits erwähnt, haben wir viele Forderungen der PDS, insbesondere bezüglich der Zusatzjobs, in der gemeinsamen Initiative der Landesregierung mit der BA Regionaldirektion aufgegriffen. Natürlich sollen die Kriterien „Zusätzlichkeit“ und „im öffentlichen Interesse“ eingehalten und kontrolliert werden. Natürlich sollen keine vorhandenen Arbeitsplätze gefährdet werden. Natürlich ist bei Einsatzfeldern im sozialen Bereich besonders viel Sensibilität und auch eine gewisse Kontinuität erforderlich. Diese Bedingungen kann man in der gemeinsamen Initiative nachlesen.

Auch hierfür halte ich übrigens dezentrale Beiräte oder andere Formen der Abstimmung für sinnvoll. Die Arbeitsmarktakteure vor Ort wollen dies auch. Insofern erübrigt sich eine Vereinbarung auf Landesebene.

Die derzeitige überproportionale Bedeutung der Zusatzjobs ist sicherlich auch der Finanzierung in der Übergangszeit geschuldet. Es sollte uns allen am Herzen liegen, dass die arbeitsmarktpolitischen Gestaltungsspielräume des SGB II in der gesamten Bandbreite genutzt werden. Dazu zählen im Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung auch ABM und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen, wie sie lange Jahre erfolgreich durch das Programm „Arbeit statt Sozialhilfe“ gefördert wurden. Die vorrangige Vermittlung in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist selbstverständlich. Sie ergibt sich bereits aus dem Ziel der Reform und wird sicherlich im Zielsystem der Träger der Grundsicherung verankert werden.

Zudem können die Kommunen durch nachhaltige Vermittlung eine finanzielle Entlastung von den von ihnen zu tragenden Kosten für die Unterkunft erreichen. Von ganz besonderer Qualität ist - darüber haben meine Kollegen aus der Koalition schon gesprochen -, dass Sie die Landesregierung auffordern, in einer Rahmenvereinbarung mit der Regionaldirektion Regelungen zu treffen, die Gesetzesänderungen sowohl im SGB III als auch im SGB II voraussetzen. Dazu kann man nur sagen: Das geht wohl nicht.

Sie fordern unter II. eine Anpassung des Landesprogramms „Qualifizierung und Arbeit für Brandenburg“. Recht vielen Dank - ich hatte unsere Vorstellungen dazu bereits im Ausschuss dargelegt.

Gestern haben die Koalitionsvertreter einen Antrag eingebracht, der in diese Richtung geht. Dieser wurde vom Parlament beschlossen. Somit haben Sie etwas aufgenommen, was längst Verhandlungsgegenstand des Parlaments und der Regierung war. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank, Frau Minister Ziegler. - Wir sind damit am Ende

der Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt angelangt. Ich stelle den Antrag der PDS in der Drucksache 4/126 zur Abstimmung. Wer diesem Antrag folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 8:**

Vergabegesetz

Antrag
der Fraktion der PDS

Drucksache 4/127

Ich eröffne die Aussprache mit dem Beitrag des Abgeordneten Christoffers von der PDS-Fraktion.

Christoffers (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Da der Finanzminister in der heutigen Debatte bereits von Oppositions- und Regierungsreflexen gesprochen hat, können wir vielleicht aufgrund der fortgeschrittenen Zeit darauf verzichten, einen neuen Anlauf zu nehmen. Das wäre nach der heutigen Debatte nicht übel.

Ein Kernpunkt der Debatte um die Vollendung der deutschen Einheit ist die wirtschaftliche und soziale Stabilisierung in den neuen Bundesländern und die Bewältigung des sich vollziehenden Strukturwandels in den Altbundesländern. Das ist der Hintergrund der Debatten um den Solidarpakt II, um unterschiedliche Interessen zwischen den Ländern sowie zwischen Bund und Ländern als Ganzes.

Es geht auch um die Frage, inwieweit die Länder die Möglichkeiten ausnutzen, mit eigenen Instrumenten ihre Wirtschaft und Sozialkraft zu stabilisieren. Meine Fraktion stellt zum wiederholten Male einen Antrag zur Erarbeitung eines Vergabegesetzes. Was ist der Hintergrund?

Erstens: Sie wissen, dass eine Reihe von Bundesländern entweder ein Vergabegesetz hat oder darüber debattiert, eines zu erlassen. In Niedersachsen läuft gegenwärtig eine sehr interessante Diskussion, die mit einer umfassenden Stellungnahme sowohl kommunaler Spitzen- als auch Wirtschaftsverbände Niedersachsens garniert ist, die allesamt die Existenz eines Vergabegesetzes positiv bewerten. Das ist nicht verwunderlich, da gegenwärtig etwa 80 % aller öffentlichen Aufträge unterhalb der Schwellenwerte der Europäischen Union liegen und wir mit Gesetzen auf der NUTS-2-Ebene, sprich auf der Ebene der Länder, eine Möglichkeit haben, regionale Wirtschaftskreisläufe zu stabilisieren, indem wir ein Gesetz schaffen, welches das Kriterium „Wirtschaftlichkeit“ rechtssicher definiert und die Auslegungsschwierigkeiten zwischen Haushaltsgesetz und Vergabeordnung damit rechtssicher aufhebt.

Wer meint, dass dies nicht nötig sei, dem empfehle ich die Lektüre des Landesrechnungshofberichts. Darin geht es unter anderem um die Verwendung öffentlicher Mittel im Bereich Bäderbau bzw. es wird beanstandet, dass mit den vorhandenen Instrumenten nicht rechtssicher umgegangen worden ist. Für die Vergabestellen wäre es positiv, auch hier rechtssicher entscheiden zu können.

Zweitens: Warum fordern wir ein Vergabegesetz genau zu diesem Zeitpunkt? Uns liegt der Entwurf einer Dienstleistungsrichtlinie der Europäischen Union vor. Diese werden Sie vielleicht zur Kenntnis genommen haben. Sie hat die Besonderheit, dass es sich um keine Sektorendienstleistungsrichtlinie, sondern um eine horizontale Dienstleistungsrichtlinie handelt. Sollten die Grundsätze dieser Dienstleistungsrichtlinie politische Realität werden, hätten wir die Situation, dass de facto keine nationalen Schutzbestimmungen, wie Tarife oder Ähnliches, mehr gelten dürften. Vor dem Hintergrund dieser Debatte sollten wir den Spielraum, den uns das europäische Recht gegenwärtig noch gibt, auch ausnutzen.

Drittens: Ich bin unsicher, inwieweit die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten durch Hartz IV tatsächlich Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit von Angeboten hat. Ich bin nicht sicher, ob eine Reihe von Wirtschaftsverbänden, zum Beispiel der Einzelhandelsbereich und andere, in der Zukunft Interesse an diesem Bereich anmelden werden. Ich befürchte, dass es die Wettbewerbs- und Konkurrenzsituation auch des Mittelstandes in Brandenburg weiter verschärft. Ich denke, auch hier könnten wir mit einer gesetzlichen Regelung Rechtssicherheit schaffen.

Was sind denn die Alternativen, die debattiert werden? Der Städte- und Gemeindebund hat gefordert, dass wir uns auf eine bundesrechtliche Regelung zurückziehen sollen, die sich gegenwärtig in der Debatte befindet. Diesbezüglich gibt es zwei Probleme.

Erstens: Das im Bund debattierte Papier geht von einer unteren Grenze von 50 000 Euro aus, bevor das Gesetz überhaupt greifen soll. Sie alle wissen, dass damit der Hauptteil der öffentlichen Aufträge nicht mehr erfasst ist.

Zweitens: Das im Bund debattierte Papier spricht nur vom Bund, weder von Stiftungen oder Anstalten des öffentlichen Rechts noch von anderen Beteiligungen der öffentlichen Hand. Aber genau darum geht es, um den Geltungsbereich, der die Gesamtheit der Beteiligung der öffentlichen Hand abdecken sollte.

In Brandenburg wird über das Mittelstandsfördergesetz debattiert. Dieses Gesetz stammt aus der Zeit von Anfang der 90er Jahre und ist eine in Rechtsform gegossene politische Willenserklärung aus der damaligen Zeit darüber, dass das Land soll, dass das Land möchte, aber nicht, dass das Land wird.

Wenn Sie die Vergaben bei § 5 des Mittelstandsfördergesetzes andocken wollen, werden Sie die Struktur des Gesetzes umfassend ändern müssen und trotzdem wiederum ein Vergabegesetz haben. Insofern haben wir Ihnen heute unseren Antrag vorgelegt mit der Bitte um Ausschussüberweisung, weil wir ersten dringenden Handlungsbedarf sehen, weil zweitens die politischen Zusagen zur Erarbeitung eines Vergabegesetzes im Wahlkampf bei allen Parteien eine Rolle gespielt haben und weil drittens bereits vor der Wahl durch Abgeordnete dieses Hauses zwei Gesetzentwürfe erarbeitet worden sind, über die damals aber nicht abgestimmt wurde, und zwar genau deshalb, weil wir nicht wollten, dass sie im Wahlkampf zerrieben und zerrissen werden.

Insofern hat sich am Handlungsbedarf nichts geändert. Ich bitte also um Ausschussüberweisung. Ich bin sicher, dass wir nur 14 Tage brauchen, um uns zu einigen, wenn wir den Experten

in den Fraktionen freie Hand geben. Es besteht also dringender Handlungsbedarf und eine Einigung ist möglich. - Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Präsident Fritsch:

Vielen Dank. Wir setzen mit dem Beitrag der CDU-Fraktion fort. Bitte, Herr Abgeordneter Karney.

Karney (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die PDS-Fraktion fordert mit diesem Antrag ein Landesvergabegesetz für Brandenburg. Diese Forderung ist nicht neu. Eigentlich habe ich mit diesem Antrag bereits in der letzten Landtagssitzung gerechnet. Ehrlich gesagt habe ich von der PDS-Fraktion sogar schon einen Entwurf für ein Vergabegesetz erwartet.

Die PDS hat ja bereits im Wahlkampf vollmundig und pressewirksam einen solchen Entwurf angekündigt. Wenn ich eine Pressemitteilung von April richtig im Kopf habe, so haben Sie, Herr Christoffers, sogar einen PDS-Entwurf für ein Vergabegesetz der Fachgemeinschaft Bau Berlin-Brandenburg übergeben. Nun haben wir also heute Ihren Antrag zu behandeln.

(Zuruf von der PDS: Genau!)

- Genau.

Seit den letzten Diskussionen über ein Landesvergabegesetz ist einiges in Bewegung gekommen. Auf Bundesebene gibt es Aktivitäten zur Novellierung des Vergaberechts. Deutliche Vereinfachungen und eine Verschärfung des Vergaberechts sollen erreicht werden. Zwei neue Vergaberichtlinien der Europäischen Union treten in Kraft, die bis 2006 in nationales Recht umzusetzen sind.

Die inhaltliche Arbeit läuft also schon auf vollen Touren. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat bereits Leitlinien zur Novellierung des Vergaberechts in die Debatte eingebracht. Nach Auffassung dieses kommunalen Spitzenverbandes sollen VOB, VOL und VOF weitestgehend zusammengefasst werden. Die Wirtschaft befürchtet dabei allerdings mehr statt weniger Bürokratie.

Das Vergaberecht soll von vergabefremden Aspekten, zum Beispiel auch dem der Tariftreue, befreit werden. Einengender kommunaler Handlungsspielraum wird von dem Spitzenverband abgelehnt.

Das alles sind spannende Aspekte, aber ich möchte jetzt die EU- und Bundesebene verlassen.

Wir müssen darauf achten, dass die genannten angedachten Veränderungen unsere mittelstands- und handwerkstärkende Politik nicht beeinträchtigen. Die Regierungsparteien haben mit den neuen Koalitionsvereinbarungen den Weg für die Weiterentwicklung des Vergaberechts bereits geebnet.

Neben der Qualifizierung der kleinen und mittleren Unternehmen für ein erfolgreiches Abschneiden bei öffentlichen Ausschreibungen werden wir das Mittelstandsfördergesetz insbe-

sondere mit dem Ziel, Preisdumping zu verhindern, überarbeiten.

Sie sehen, meine Damen und Herren von der PDS, wir brauchen keine zündende Idee von Ihnen, um unsere kleinen und mittleren Unternehmen zu unterstützen.

Präsident Fritsch:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Osten?

Karney (CDU):

Nein.

(Unruhe bei der PDS)

Die Koalitionspartner werden das Notwendige gemeinsam auf den Weg bringen, um Brandenburg zu einer erfolgreichen Region im Herzen Europas zu machen.

Lassen Sie mich jetzt noch einige Bemerkungen zu dem Antrag der PDS-Fraktion machen. Dazu habe ich zwei Botschaften an die PDS-Fraktion. Ich beginne besser mit der guten Botschaft: Mit Ihrem Antrag - das ist hier wahrscheinlich unstrittig - meinen Sie es wohl gut. Zumindest interpretiere ich die wenig konstruktiven Ansätze Ihres Antrags entsprechend.

Die zweite - schlechte - Botschaft: Wir machen nicht mit. Sie wollen, dass die Landesregierung handwerkliche Fehler macht, und erheben zum Teil wirkungslose und missverständliche Forderungen. Zum Beispiel die Ausgestaltung Ihrer vierten Forderung ist äußerst fragwürdig. Wollen Sie wirklich per Gesetz Benachteiligungen und Diskriminierungen beseitigen?

Mit Ihrem Antrag wollen Sie ein Vergabegesetz unter Einhaltung der EU- und Bundesvorschriften, durch das regionale Unternehmen bevorzugt werden. Aber mit keiner der von Ihnen geforderten Regelungen kann dieses Ziel erreicht werden. Daran erkennen Sie, dass es manchmal besser ist, sich ein wenig Zeit zu lassen, um eine Gesetzesregelung gründlich vorzubereiten. Dies werden die Koalitionspartner tun, und zwar im Interesse der Brandenburger Unternehmen und der Brandenburger Kommunen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Fritsch:

Es gibt weiteren Bedarf an Zwischenfragen. Aber auch diese wollen Sie anscheinend nicht beantworten. - Damit kommen wir zu dem Redebeitrag der DVU-Fraktion. Bitte, Frau Hesselbarth.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man sich mit Wettbewerbsrecht befasst, sollte man auch etwas davon verstehen. Genau das vermisste ich in Ihrem Antrag, den Sie heute vorlegen. Was Sie hier beantragen, ist schlichtweg Unfug. Ich will das auch erklären.

(Zuruf von der PDS: Lieber nicht!)

Im Jahre 2002 wurde auf der Grundlage des § 97 Abs. 6 und des § 127 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen eine Vergabeverordnung erlassen, durch die die Vorgaben des EU-Rechts umgesetzt worden sind. In dem genannten Gesetz ist ganz klar definiert, was ein öffentlicher Auftraggeber ist, und zwar unter Einbeziehung der Definition der Gebietskörperschaften und der funktionalen Auftraggeber, namentlich der Körperschaften, Anstalten und Stiftungen sowie Verbände. Das können Sie in § 98 des Gesetzes nachlesen.

Das Kriterium der Wirtschaftlichkeit des Angebots ist schon längst Vergabekriterium, wobei dies eben nicht nur das billigste Angebot ist, wie Sie uns hier glauben machen wollen. Ihr sozialistischer Ansatz, nach dem eine Wirtschaftlichkeit rechtssicher beurteilbar sein soll - ich denke, darüber brauchen wir hier kein Wort zu verlieren -, ist schlichtweg der gleiche Unfug wie die von der PDS ständig geforderten Prognosen zur Wirtschaftlichkeit von Verkehrsprojekten.

(Beifall bei der DVU)

Wie soll denn solche Rechtssicherheit bei der Beurteilung der Wirtschaftlichkeit eines Angebots vorher eigentlich aussehen? Meinen Sie damit, dass bei notwendigen Nachträgen im Zuge der Auftragsausführung ein Angebotszuschlag rückwirkend rechtswidrig werden soll? Was soll dann die Konsequenz aus einer solchen rechtlichen Beurteilung sein?

Unabhängig von den humoristischen Bestandteilen Ihres Antrags möchte ich dennoch etwas zum wahren Kern Ihres Antragsbegehrens sagen. Entgegen Ihren Bemühungen bzw. Hinweisen, Sie würden mit Ihrem Antrag die Förderung des Mittelstands im Land Brandenburg unterstützen, machen Sie genau das Gegenteil, wenn man die Punkte 3 bis 5 Ihres Antrags genauer betrachtet. Damit wird die Sache schon ernster.

Bei richtiger Interpretation sollen hiermit gerade Unternehmer in ihrer ökonomischen Freiheit beschnitten werden. Ich nenne hier als Beispiele die starre Einhaltung von Tarifen und die schlechtsspezifische Personalstruktur im Unternehmen.

Zusätzlich wollen Sie auch noch eine Einflussnahme der öffentlichen Auftraggeber auf das Verhältnis der auftragsausführenden Unternehmen zu Nachunternehmern über die Hintertür des Vergaberechts erreichen. Haben Sie schon einmal etwas vom Grundsatz der Privatautonomie gehört?

Ihr Antrag geht sowohl sachlich wie auch rechtlich an den tatsächlichen Schwächen des Vergaberegimes vorbei. Die tatsächlichen Schwächen des Vergaberechts liegen gerade bundesrechtlich in der Benachteiligung der Bieter zum Beispiel im Bereich der Informationspflicht des öffentlichen Auftraggebers nach § 13 VGV, wodurch nach wie vor der Rechtsschutz für Bieter im laufenden Vergabeverfahren aufgrund der geringen Anforderungen an die Vorabinformation wettbewerbswidrig eingeschränkt ist. Gerade dazu zum Beispiel melden die Handwerksbetriebe Nachbesserungsbedarf an, nicht aber, wie von Ihnen gefordert, bei der Förderung von Frauen in den Bieterunternehmen oder beim staatlichen Dirigismus im Verhältnis des Bieterunternehmens zum Nachunternehmer. Die mittelständischen Unternehmen wollen schon gar nicht, dass sich der öffentliche Auftraggeber über das Vergaberecht in die Kostenstruktur der Bieterunternehmen über die Hintertür eines Vergabekriteriums der Tariftreue einmischt. Wenn das Bundesrecht

schon bieterunfreundliche Unschärfen enthält, dann müssen wir dies auf Landesebene nicht noch verschärfen.

(Beifall bei der DVU)

Mit Ihrem Antrag verwirren Sie nur Investoren in Brandenburg. Aber wahrscheinlich wollen Sie das. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der DVU)

Präsident Fritsch:

Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Müller von der SPD-Fraktion.

Müller (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Über kein anderes Thema im Bereich Wirtschaft diskutieren wir schon so lange wie über das Vergabegesetz. Das hat mehrere Gründe. So sind viele Zielsetzungen, die mit einem möglichen Gesetz über die Vergabe öffentlicher Aufträge zusammenhängen, durchaus sinnvoll und berechtigt. Entsprechende Forderungen werden von unterschiedlichen Partnern - sowohl von Unternehmen als auch von Auftragsvergabeinstellen - immer wieder gestellt. Insofern gibt es gute Gründe, sich mit diesem Thema auseinander zu setzen.

Es ist erstaunlich, dass viele Beteiligte dafür sind, ein Vergabegesetz auf den Weg zu bringen; dennoch kommt keines zustande. Woran liegt das? Wenn man hinterfragt, was diejenigen, die ein Vergabegesetz fordern, darunter verstehen, bekommt man sehr unterschiedliche Antworten. Die jeweiligen Motivationen bzw. Zielrichtungen sind nicht identisch, was bisher eine Einigung verhindert hat.

Wir haben Anfang dieses Jahres erneut den Versuch unternommen, eine Einigung zu erzielen. Den von uns erarbeiteten Gesetzentwurf haben wir zur intensiven Diskussion gestellt - daran waren alle Partner, die gebraucht werden, beteiligt -, um eine funktionierende Lösung zu finden. Wir mussten feststellen: Ein gemeinsamer Nenner war nicht zu erzielen. Unterschiedliche Auffassungen blieben bestehen. Insbesondere die kommunalen Spitzenverbände sprachen sich massiv gegen eine solche Regelung aus. Aus meiner Sicht hat eine gesetzliche Regelung, die in der Lebenswirklichkeit nicht vernünftig umgesetzt werden kann, weil es gute Gründe gibt, die dagegen sprechen, keinen Sinn. Man sollte keine Entscheidung treffen, die am Schluss das Gegenteil des ursprünglich Geplanten bewirkt.

Wir streben eine Verbesserung der öffentlichen Auftragsvergabe an. Eine größere Zahl unserer Unternehmen muss eine reale Chance bekommen, öffentliche Aufträge zu erhalten. Wenn das Ergebnis eines Vergabegesetzes aber nur mehr Bürokratie ist, dann haben wir uns ins Knie geschossen. Das sollten wir nicht tun.

Deswegen sollten wir nach Alternativen suchen; die SPD-Fraktion prüft derzeit einige. Auch der Koalitionsvertrag geht auf das Problem ein, wenn auf eine Überprüfung des Mittelstandsfördergesetzes verwiesen wird. Das Mittelstandsfördergesetz ist etwas in Vergessenheit geraten. Dahinter steckt sehr viel politischer Wille; das sehe auch ich so. Wenn hinterfragt wird,

inwieweit die entsprechenden gesetzlichen Formulierungen greifbar bzw. umsetzbar sind, stößt man rasch an Grenzen. Aber das muss nicht so sein.

Richtig ist: Im Rahmen der Überarbeitung des Gesetzes müssen auch strukturelle Veränderungen erfolgen. Bestimmte Zielsetzungen, die wir bisher immer mit dem Vergabegesetz verbunden haben, können in ein überarbeitetes Mittelstandsfördergesetz eingefügt werden.

Worum geht es uns? Wir wollen vor allem Preisdumping verhindern. Letzteres ist für unsere Unternehmen ein Riesenproblem. Transparenz muss hergestellt werden. Ferner muss die Frage beantwortet werden: Wie wird kontrolliert, dass die Auftragsvergabe unterhalb der EU-Schwellenwerte rechtlich korrekt abgelaufen ist?

Wir müssen zudem erreichen, dass sich unsere Unternehmen und Vergabestellen gemeinsam weiterentwickeln. Oftmals handelt es sich im Bereich der öffentlichen Auftragsvergabe um ein Qualitätsproblem, und zwar von beiden Seiten. Hier kann durch Weiterbildung, durch Weiterentwicklung eine ganze Menge erreicht werden.

Wir halten es für notwendig, über das Thema weiterhin miteinander zu diskutieren, glauben aber derzeit nicht, dass ein Vergabegesetz der richtige Ansatz ist. Im Zusammenhang mit der Überprüfung des Mittelstandsfördergesetzes des Landes Brandenburg werden wir noch vor der Sommerpause 2005 erneut Anlauf nehmen, um die vernünftigen und einvernehmlich formulierten Zielsetzungen hinsichtlich der Vergabe öffentlicher Aufträge in das Mittelstandsfördergesetz einzubauen und damit der Umsetzung näher zu bringen. Die Chancen dafür stehen gut. Die Umsetzung der zugrunde liegenden Zielsetzungen gelingt mit dem von uns vorgeschlagenen Weg vielleicht sogar wesentlich besser als mit einem brandenburgischen Vergabegesetz. Lassen Sie uns das gemeinsam versuchen!

Die genannten Argumente haben zur Folge, dass wir den Antrag der PDS-Fraktion ablehnen. Wenn überhaupt, dann geht es um ein anderes Gesetz. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelt Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Fritsch:

Danke sehr. Wir setzen mit dem Beitrag der Landesregierung fort. Herr Minister Junghanns, Sie haben das Wort.

Minister für Wirtschaft Junghanns:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Diskussion über die vergaberechtlichen Regelungen geht weiter; das ist gut so. Zur Richtigkeit der Darstellung der Entwicklung bis zum heutigen Tag gehört die Feststellung, dass wir uns schon im Frühjahr dieses Jahres, das heißt kurz vor der Wahl, sehr weit bewegt hatten. Die Diskussion mit den vorhin genannten Verbänden konnte aber nicht zu einem Ergebnis geführt werden. Unser Vorschlag ist nicht generell abschlägig beschieden worden; es gibt durchaus einen Diskussionsansatz mit den Verbänden, die insoweit ein Interesse haben.

Ich möchte vergaberechtliche Regelungen. Daraus mache ich keinen Hehl. Ich teile insbesondere die Auffassung, dass es

beim Umgang mit öffentlichem Geld um das Spannungsfeld von vergaberechtlichen Regelungen und haushaltswirtschaftlichen Gesichtspunkten geht.

Herr Christoffers, auch wir kritisieren die Dienstleistungsrichtlinie der Europäischen Union in der gegenwärtigen Fassung; darin sind wir uns einig. Dies aber als Begründung anzuführen, um ein Stück weit Protektionismus zu fördern, halte ich für höchst gefährlich. Damit rufen Sie Leute auf den Plan, die fragen: Was machen die Deutschen gerade wieder? Beginnen die wieder damit, uns mit unseren Interessenlagen auszugrenzen? - Das ist eine gefährliche Debatte. Herr Christoffers, Ihr Ansatz ist für mich kein Argument, wenn es um vergaberechtliche Regelungen geht. Er wird von uns prinzipiell abgelehnt.

Wenn es darum geht, aufzunehmen, was wir vor und nach der Wahl diskutiert haben - das bündelt sich mit Ihrem heutigen Antrag -, möchte ich insbesondere Herrn Hammer ansprechen. Wir haben mehrere Male gemeinsam auf dem Podium gesessen und über das Vergabegesetz diskutiert. Den Unterschied zwischen uns möchte ich wie folgt klarmachen: Herr Hammer hat angeregt, einen regionalen Fonds für alle Kinder- und Schulinrichtungen aufzulegen. Die Vergabe der Fondsmittel sollte mit Ausbildungsbereitschaft, Einhaltung der Frauenquote usw. konditioniert sein, das heißt, unter diesen Gesichtspunkten sollte die Vergabe organisiert werden.

Wie damals sage ich auch heute mit aller Klarheit: Eine solche vergaberechtliche Regelung kann es nicht geben. Sie ginge am Leben der Wirtschaft, insbesondere der Bauwirtschaft, in Brandenburg vorbei.

(Beifall des Abgeordneten von Arnim [CDU])

Ich halte es für vernünftig, das Minimalste zu regeln. Im Mittelpunkt steht das Preisdumping.

Im Antrag der PDS-Fraktion gibt es einen zweiten Punkt, den ich ablehne: die Verknüpfung mit dem Berliner Verfahren. Ich bin für alles, was wir irgendwie mit Berlin harmonisieren können. Das Berliner Gesetz wird aber wegen der in ihm enthaltenen Tariftreuerregelung gegenwärtig auf seine Vereinbarkeit mit Bundesrecht geprüft. Ich möchte uns nicht die Abhängigkeit von einer solchen gesetzlichen Regelung auferlegen. Möglichkeiten der Harmonisierung sind dennoch gegeben.

Ich greife das Wort von Herrn Müller auf und empfehle Ihnen, den Weg über das Mittelstandsfördergesetz zu nehmen. Herr Christoffers, dabei sind zwei Gesichtspunkte zu beachten; nicht § 5 allein, sondern auch der dazugehörige § 10 spielt eine Rolle. Letzterer dient eventuell als Ermächtigungsgrundlage.

Der von uns vorgeschlagene Weg hat nicht die Qualität eines Gesetzes, bietet aber den Vorteil, dass kein neues Gesetz entsteht. Es handelt sich um eine Abwägung, die wir gemeinsam vornehmen wollen. Ich möchte von dieser Stelle aus klarstellen: Die Koalition arbeitet zielstrebig an diesen vergaberechtlichen Regelungen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir eine vernünftige, einfache Regelung finden werden, jedenfalls eine bessere als die von Ihnen vorgeschlagene Konditionierungsregelung. - Danke schön.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Das Wort hat noch einmal der Abgeordnete Christoffers von der PDS-Fraktion.

Christoffers (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Erstens: Unterschiedliche Interessenlagen bei der Entscheidung über ein Gesetzeswerk sind etwas Normales. Logischerweise gibt es die Befürchtung, damit könne neue Bürokratie entstehen.

Ich halte Ihnen entgegen: Sachsen hat ein entsprechendes Gesetz. Dort beklagen sich weder die Kommunen noch die Wirtschaftsverbände über zusätzliche Bürokratie; das Gesetz hat Sachsen nicht geschadet. Sachsen-Anhalt hat ein entsprechendes Gesetz. Auch dort ist die wirtschaftliche Entwicklung durch das Gesetz nicht beeinträchtigt worden.

Ich darf aus der Stellungnahme der Handwerkskammern Niedersachsens zur gegenwärtigen Diskussion über ein niedersächsisches Vergabegesetz zitieren. Darin heißt es:

„Wenn wir deshalb die Forderung nach Tariftreue unterstützen, dann in der Erwartung, überhaupt erst einmal faire Wettbewerbsbedingungen herzustellen. Das entspricht auch unserer Definition von sozialer Marktwirtschaft.“

Meine Damen und Herren! Genau darum geht es. Wir reden sehr viel von Mittelstandsförderung. Aber die Marktchancen unserer Unternehmen sind schlecht. Wegen der Eigenkapitalsituation und vieler anderer Faktoren, über die hier bereits intensiv diskutiert worden ist, haben wir keine fairen Wettbewerbsbedingungen. Wenn wir schon einmal die Möglichkeit haben, ein Instrument zu schaffen, das faire Marktteilnehmerchancen eröffnet, sollten wir sie auch nutzen.

Zweitens: Herr Minister, die Interessenlagen, die sich in dem Entwurf der Dienstleistungsrichtlinie zeigen und die auch der Bundesrat öffentlich kritisiert hat, sind schon lange da. Das wissen Sie. Ich habe den Entwurf der Dienstleistungsrichtlinie erwähnt, um die Dringlichkeit des Handelns deutlich zu machen. Denn noch haben wir die Möglichkeit, auf Länderebene eine Entscheidung herbeizuführen. Ich glaube schlicht und ergreifend, dass das richtig ist.

Drittens: Herr Minister, Sie wiesen darauf hin, § 10 des Mittelstandsfördergesetzes würde Sie ermächtigen, eine Richtlinie zu erlassen. Herr Minister, Sie wissen ganz genau, dass die Erfolge, die andere Länder mit einem Vergabegesetz haben, genau deswegen eingetreten sind, weil es dort eine gesetzlich klare Struktur gibt. Eine Richtlinie ersetzt in der Rechtssicherheit nicht das Gesetz. Insofern halte ich hier ein Andocken an § 10 für nicht richtig.

Wenn das allerdings Ihre Intention ist, dann verstehe ich nicht, warum Sie den Antrag nicht an den Ausschuss überweisen wollen. Wir haben den Antrag ja gerade deswegen eingebracht, weil wir uns mit Ihnen verständigen wollen. Mir ist doch klar, dass die Festschreibung so genannter vergabefremder Kriterien nicht nur auf Begeisterung stößt.

Aber ich sage auch Folgendes: Wir haben erstens in unserem Antrag eine Reihe von Kriterien definiert, über die wir reden

wollen. Ich glaube, alle hier im Hause - zumindest habe ich die Veranstaltung heute Mittag vor dem Landtag so verstanden - haben ein Interesse daran zu prüfen, inwieweit Gleichberechtigung von Frauen auch durchgesetzt werden kann. Wenn es nicht möglich ist, dazu in einem Gesetzentwurf eine Regelung zu finden, dann werden wir uns einigen, dass wir es nicht aufnehmen können. Aber zumindest reden sollten wir darüber.

Ich glaube, kein Unternehmen sollte dafür bestraft werden, dass es tariftreu ist, und kein Unternehmen sollte dafür bestraft werden, dass es den gesetzlichen Mindestlohn zahlt, und kein Unternehmen sollte dafür bestraft werden, dass es die Ortsüblichkeit bei den Tarifen einhält. - Genau das steht in dem Antrag.

Ich bin der Überzeugung, wenn wir den Experten in den Fraktionen tatsächlich freie Hand ließen - ich sagte das vorhin schon -, könnten wir uns innerhalb von 14 Tagen oder drei Wochen tatsächlich auf einen Gesetzentwurf einigen.

Ich kann nur noch einmal an Sie appellieren: Nutzen wir die Chance, überweisen wir den Antrag! Genau weil wir die Vorlage mit Ihnen diskutieren wollten, haben wir keinen Gesetzentwurf eingebracht, sondern einen Antrag gestellt. Ich finde, das ist dann auch eine legitime Herangehensweise, weil viele hier im Parlament Interesse an der Verabschiedung eines derartigen Gesetzes haben. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Ich frage, ob die verbleibenden Redezeiten noch genutzt werden sollen. - Herr Karney, Sie haben noch eine Minute, Frau Hesselbarth, Sie haben noch 30 Sekunden. - Nein. - Die Landesregierung? - Nein. Dann schließe ich die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung.

Die Fraktion der PDS beantragt die Überweisung des Antrags in Drucksache 4/127, betreffend Vergabegesetz, an den Ausschuss für Wirtschaft - federführend - und an den Ausschuss für Inneres. Wer dieser Überweisung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe. - Enthaltungen? - Damit ist der Überweisungsantrag abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag in Drucksache 4/127 in der Sache. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen zum **Tagesordnungspunkt 9:**

Wahl der Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses

Antrag mit Wahlvorschlägen
der Fraktion der SPD

Drucksache 4/93

Antrag mit Wahlvorschlägen
der Fraktion der PDS

Drucksache 4/94

Antrag mit Wahlvorschlägen
der Fraktion der CDU

Drucksache 4/95

Antrag mit Wahlvorschlägen
der Fraktion der DVU

Drucksache 4/96

Wir kommen zur Abstimmung. Zuerst stimmen wir über den Antrag mit Wahlvorschlägen der Fraktion der SPD, Drucksache 4/93, ab. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag bei einigen Stimmenthaltungen angenommen. Frau Abgeordnete Sylvia Lehmann, Frau Heide Igel und Frau Ulrike Häfner sind damit zu Mitgliedern des Landesjugendhilfeausschusses gewählt. Frau Abgeordnete Dr. Martina Münch, Herr Thomas Gill und Herr Daniel Wucherpfennig sind als stellvertretende Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses gewählt.

Als Zweites stimmen wir über den Antrag mit Wahlvorschlägen der Fraktion der PDS, Drucksache 4/94, ab. Wer diesem Antrag folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag bei einer Reihe von Enthaltungen mehrheitlich angenommen. Frau Abgeordnete Gerrit Große, Herr Abgeordneter Torsten Krause und Frau Abgeordnete Birgit Wöllert sind damit als Mitglieder und Herr Abgeordneter Peer Jügens, Frau Abgeordnete Carolin Steinmetzer und Frau Abgeordnete Karin Weber als stellvertretende Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses gewählt.

Drittens stimmen wir über den Antrag mit Wahlvorschlägen der Fraktion der CDU, Drucksache 4/95, ab. Ich stelle diesen Antrag hiermit zur Abstimmung und frage, wer ihm zustimmt. Ich bitte um das Handzeichen. - Gegenprobe. - Enthaltungen? - Bei einigen Enthaltungen ist dem Antrag gefolgt worden. Der Antrag ist angenommen. Frau Sigrid Nau und Herr Christian Große sind als Mitglieder sowie Herr Hendrik Wichmann und Frau Abgeordnete Carola Hartfelder als stellvertretende Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses gewählt.

Viertens kommen wir zum Antrag mit Wahlvorschlägen der Fraktion der DVU, Drucksache 4/96. Die Fraktion der SPD hat gemäß § 66 Abs. 2 Satz 1 der vorläufigen Geschäftsordnung des Landtages die Teilung des Abstimmungsgegenstandes in Wahl eines Mitgliedes und Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes des Landesjugendhilfeausschusses beantragt. Daher führen wir eine getrennte Abstimmung durch.

Als Erstes stelle ich den Antrag mit dem Vorschlag zur Wahl eines Mitgliedes des Landesjugendhilfeausschusses, Drucksache 4/96, zur Abstimmung. Wer dem Vorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe. - Enthaltungen? - Damit ist dem Antrag mehrheitlich gefolgt worden. Es gab drei Gegenstimmen. Frau Abgeordnete Birgit Fechner ist damit als Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses gewählt.

Jetzt stelle ich den Antrag mit dem Vorschlag zur Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes des Landesjugendhilfeausschusses, Drucksache 4/96, zur Abstimmung. Wer dem Vorschlag der Fraktion der DVU zur Wahl eines stellvertretenden Mit-

gliedes des Landesjugendhilfeausschusses folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist Herr Thilo Kabus nicht als stellvertretendes Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses gewählt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 10** auf:

Wahl der Vertreter des Landtages für die Landessportkonferenz

Antrag mit Wahlvorschlag
der Fraktion der SPD

Drucksache 4/97

Antrag mit Wahlvorschlag
der Fraktion der PDS

Drucksache 4/98

Antrag mit Wahlvorschlag
der Fraktion der CDU

Drucksache 4/99

Antrag mit Wahlvorschlag
der Fraktion der DVU

Drucksache 4/100

Es wurde vereinbart, keine Debatte zu führen. Wir kommen deshalb zur Abstimmung.

Erstens steht der Antrag mit Wahlvorschlag der SPD-Fraktion, Drucksache 4/97, zur Abstimmung. Wer diesem Antrag Folge leisten will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dem Antrag mit einer Gegenstimme und mehreren Stimmenthaltungen stattgegeben worden. Herr Abgeordneter Steffen Reiche ist als Vertreter des Landtages für die Landessportkonferenz gewählt.

Zweitens steht der Antrag mit Wahlvorschlag der PDS-Fraktion, Drucksache 4/98, zur Abstimmung. Wer dem Antrag mit Wahlvorschlag der PDS-Fraktion folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dem Antrag bei einer Gegenstimme und mehreren Stimmenthaltungen gefolgt worden. Herr Abgeordneter Christian Görke ist als Vertreter des Landtages für die Landessportkonferenz gewählt.

Drittens steht der Antrag mit Wahlvorschlag der CDU-Fraktion, Drucksache 4/99, zur Abstimmung. Wer dem Antrag der CDU-Fraktion folgen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Damit ist dem Antrag der CDU-Fraktion bei einer Stimmenthaltung gefolgt worden und Frau Abgeordnete Carola Hartfelder ist Vertreterin des Landtages für die Landessportkonferenz.

Viertens steht der Antrag mit Wahlvorschlag der DVU-Fraktion, Drucksache 4/100, zur Abstimmung. Wer diesem Wahlvorschlag folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Damit ist dem Antrag bei

drei Gegenstimmen und einer großen Zahl von Stimmenthaltungen gefolgt worden und Herr Harald Heinze als Vertreter des Landtages für die Landessportkonferenz gewählt.

Damit schließen wir den Tagesordnungspunkt 10 und kommen zum **Tagesordnungspunkt 11:**

Genehmigung der Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH (FBS)

Antrag
der Landesregierung

Drucksache 4/115

Die Aussprache wird, weil die Landesregierung auf einen Beitrag verzichtet hat, mit dem Beitrag der Abgeordneten Tack eröffnet. Bitte, Frau Tack.

Frau Tack (PDS):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde es schon sehr schade - fast selbstgefällig -, dass die Landesregierung darauf verzichtet, ihren Antrag zu begründen. Es geht schließlich um das für die Landesregierung zentrale Infrastruktur- und Wirtschaftsentwicklungsprojekt in dieser Legislaturperiode. Ich finde es schon schade, dass Sie darauf verzichten, uns Ihren Antrag zu begründen.

Ich nehme auch die Gelegenheit wahr, an die gestrige Debatte zu erinnern, daran, dass Sie sich der Forderung verschlossen haben, mehr Transparenz und mehr Öffentlichkeit in den Planungsprozess zum BBI zu bringen, und Sie Informationen nur in geschlossenen Ausschusssitzungen wollen. Das finde ich sehr schade.

Herr Karney ist gerade nicht hier. Dann muss ich das, was ich ursprünglich sagen wollte, nicht sagen.

Sie haben die PDS in der gestrigen Debatte zu unserem Antrag mit sehr vielen Unterstellungen und unwahren Behauptungen bedacht. Das ist Ihr Recht; ich finde es nur unzutreffend in der Sache. Deshalb will ich noch einmal unterstreichen, dass ich es nicht für richtig halte, dass die Landesregierung hier auf die Begründung verzichtet.

Im Jahr 2003 sind die Gesellschafter - Bund, Berlin und Brandenburg - zwei entscheidende Schritte gegangen und sind damit, wenn Sie sich erinnern, auch der Forderung der PDS nachgekommen.

Sie haben erstens die Gesellschaft, die Holding und ihre Töchter, zu einer Flughafengesellschaft Schönefeld GmbH mit einer Tochtergesellschaft Berliner Flughäfen restrukturiert. Sie haben die Struktur, die über 14 Jahre galt, vom Kopf wieder auf die Füße gestellt. Ich erinnere Sie daran, dass wirklich alles auf den Kopf gestellt war; denn die Tochter sollte ursprünglich die Mutter privatisieren.

Sie sind einen zweiten Schritt gegangen, den wir gefordert haben und den wir in diesem Zusammenhang sehr begrüßen. Sie haben endlich die Flughafengesellschaft entschuldigt; denn sie war aufgrund der Fehlkäufe bei den Flächenankäufen für das Baufeld Ost hoch belastet. Auch das haben wir immer gefor-

dert und begrüßen daher, dass Sie diesen Schritt gegangen sind. Er ist eine gute Voraussetzung dafür, dass die Flughafengesellschaft sich zu einer handlungsfähigen und wirtschaftlich stabilen Gesellschaft entwickeln kann. Das sehen wir als eine gute Voraussetzung für künftige Investitionen an.

Das waren die beiden positiven Punkte, die wir anmerken wollten; denn Sie waren gestern offensichtlich nicht einmal in der Lage, diese hervorzuheben.

Nun soll der Aufsichtsrat für diese neue Gesellschaft komplettiert werden. Es gibt einen neuen Finanzminister und Ihrer Logik entsprechend wird dieser in den Aufsichtsrat gewählt. Das, meine Damen und Herren, macht das eigentliche Problem deutlich.

(Unruhe)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Meine Damen und Herren! Ich bitte um Ruhe. Wir sind noch in der Tagesordnung der Landtagssitzung.

Frau Tack (PDS):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Das macht das eigentliche Problem deutlich: Die Flughafengesellschaft ist eine Gesellschaft mit Landesbeteiligung und kontrolliert sich - mit den Mitgliedern der Landesregierung im Aufsichtsrat! - selbst. Hier ist der Haken. Der Haken ist hier schon lange, wie wir wissen. Herr Schulze, Sie können sich auch daran erinnern, Sie haben immer munter mitdiskutiert - da durfte er noch -, dass es eine Fehlbesetzung ist, wenn sich die Landesregierung in ihrer Landesgesellschaft selbst kontrolliert. Damit kann der Widerspruch auch nicht aufgelöst werden, auf der einen Seite Landesinteresse - so lautet die Begründung des Antrages - zu vertreten und auf der anderen Seite Unternehmensinteresse zu sichern und zu vertreten, wozu Sie nach GmbH-Recht verpflichtet sind. Dieser Widerspruch lässt sich mit einer solchen Aufsichtsratsbesetzung nicht auflösen.

Darauf, was dabei letztlich herauskommt, habe ich gestern schon hingewiesen. Sie werden sich noch daran erinnern. Die Untersuchungsausschüsse zum Flughafen, zur LEG und zu anderen Themen haben es deutlich gemacht: Es findet letztlich keine Kontrolle statt. Die Ergebnisse liegen auf dem Tisch und sie sind bedauerlich.

Der Ministerpräsident hat in der Augustsitzung dieses Jahres, als es um den Abschlussbericht zum Untersuchungsausschuss zur LEG-Pleite ging, noch einmal deutlich darauf hingewiesen. - Er ist leider nicht mehr da, aber er wird sich an das erinnern, was er gesagt hat. - Für Sie würde ich es gern zitieren:

„Für mich stellt sich noch einmal ganz klar heraus ..., dass Aufsichtspflichten nicht nur sehr sorgfältig ausgeübt werden müssen - das versteht sich von selbst und diesbezüglich kann man nie gut genug sein -, sondern dass Aufsichtsorgane auch schon sehr sorgfältig konstruiert und angelegt sein müssen, damit es überhaupt möglich ist, diese Aufsichtspflicht mit der gebotenen Sorgfalt und Intensität auszuüben.“

Dazu sagen wir: Ja, das ist der richtige Ansatz. - In diesem Zusammenhang fordern wir von der Landesregierung - meine Da-

men und Herren, offensichtlich diskutieren Sie es schon gemeinschaftlich - Veränderungsvorschläge dazu, wie künftig Aufsichtsgremien von Gesellschaften mit Landesbeteiligung so zusammengesetzt werden können, dass Kontrolle und Transparenz wirklich gewährleistet werden. Das ist eine längst überfällige Debatte. Es gab hierzu schon vonseiten der vorigen Landesregierung Vorschläge. Ich denke, wir müssen darüber reden. Die Vorschläge gehören auf den Tisch.

Ich will Sie, meine Damen und Herren von der Landesregierung, auch ermuntern: Nehmen Sie die Vorschläge des Landesrechnungshofes auf, die in jedem seiner Berichte aufgeführt sind, dass Gesellschaften mit Landesbeteiligung nicht ausschließlich mit Mitgliedern der Landesregierung besetzt sein und sich selbst kontrollieren sollten. Wir erwarten von Ihnen die Umsetzung dieser Vorschläge.

In diesem Sinne werden Sie verstehen, dass wir Ihrem Antrag nicht zustimmen können. - Vielen Dank.

(Beifall bei der PDS)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Die Fraktion der SPD und die Fraktion der CDU haben auf einen Redebeitrag verzichtet. Deshalb folgt jetzt Frau Hesselbarth von der DVU-Fraktion.

Frau Hesselbarth (DVU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nicht Minister, Staatssekretäre oder Beamte gehören in den Aufsichtsrat als oberstes Aufsichtsgremium des Managements, sondern Fachleute aus Wirtschaft und Technik. Gestandene Manager und Unternehmer also, die wissen, was Sache ist und den Vorstand im Hinblick auf eine zügige Projektverwirklichung kontrollieren.

Die Beispiele LEG, Chipfabrik, Lausitzring usw. haben uns zur Genüge gezeigt, dass Politiker in Aufsichtsgremien - gelinde gesagt - nichts bringen, ihrer Kontrollpflicht nicht oder ungenügend nachkommen und damit Missmanagement begünstigen. Wir als DVU-Fraktion sehen daher nicht ein, dass Politiker im Aufsichtsrat der Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH vertreten sein müssen. Holen Sie sich als Vertreter des Landes lieber gestandene Wirtschaftsfachleute,

(Beifall bei der DVU)

die mit dem, was Vorstandsgremien ihnen vorlegen, auch wirklich etwas anfangen und dadurch regulierend in das Projektma-

nagement eingreifen können. Dies ist der beste Weg, um das Projekt BBI zügig zu verwirklichen.

Wir lehnen den Antrag ab. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der DVU)

Vizepräsident Prof. Dr. Bisky:

Meine Damen und Herren, ich schließe die Aussprache und wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen über den Antrag der Landesregierung, Drucksache 4/115, Genehmigung der Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der FBS, ab. Wer diesem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Der Antrag wurde mit der Mehrheit der Stimmen angenommen und die Mitgliedschaft von Herrn Rainer Speer, Minister der Finanzen, im Aufsichtsrat der Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH, FBS, ist damit genehmigt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 12** auf:

Zustimmung zur Mitgliedschaft im Verwaltungsrat der Investitionsbank des Landes Brandenburg

Antrag
der Landesregierung

Drucksache 4/116

Eine Aussprache wurde nicht vereinbart, wir kommen damit unmittelbar zur Abstimmung.

Ich stelle den Antrag der Landesregierung, Drucksache 4/116, Zustimmung zur Mitgliedschaft im Verwaltungsrat der Investitionsbank des Landes Brandenburg, zur Abstimmung. Wer dem Antrag folgen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Damit ist dem Antrag mit wenigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen stattgegeben und die Mitgliedschaft von Herrn Rainer Speer, Minister der Finanzen, und Herrn Dr. Dietmar Woidke, Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz, im Verwaltungsrat der Investitionsbank des Landes Brandenburg genehmigt.

Damit hat sich die Tagesordnung erschöpft und ich wünsche Ihnen einen guten Nachhauseweg. Bis zur nächsten Sitzung!

Ende der Sitzung: 16.13 Uhr

Anlagen

- zunächst in einem Pilotprojekt den Hochschulen die Bauherrenereignischaft übertragen und

Gefasste Beschlüsse

- alle Chancen genutzt werden, die sich aus der Exzellenzinitiative des Bundes sowie aus den Förderprogrammen des Bundes und der EU ergeben.

TOP 5:**Prioritätensetzung bei der Hochschulplanung des Landes Brandenburg**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 5. Sitzung am 25. November 2004 folgende Entschließung angenommen:

„Weiterentwicklung der Hochschulplanung des Landes Brandenburg

Wissenschaft und Forschung sind unverzichtbarer Motor der Erneuerung Brandenburgs. Eine leistungsfähige Wissenschaftslandschaft und die enge Kooperation zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und weiteren gesellschaftlichen Akteuren sind Voraussetzung für Innovationen, die unser Land zukunftsfähig machen. Unsere Hochschulen spielen dabei als wissenschaftliche Ausbildungsstätte junger Menschen und als Forschungseinrichtungen eine herausragende Rolle.

Die Landesregierung wird aufgefordert, die zuständige Ministerin zu beauftragen, die Hochschulentwicklungsplanung kontinuierlich weiterzuschreiben und darüber regelmäßig im Ausschuss für Wissenschaft, Forschung und Kultur zu berichten. Den im Februar 2004 unterzeichneten Hochschulpakt soll die Landesregierung zusammen mit den Hochschulen mit dem Ziel fortschreiben, weiter Planungssicherheit für die Hochschulen zu erreichen, damit wissenschaftliche Spitzenleistungen erzielt und die Wettbewerbsfähigkeit und Autonomie der Hochschulen gestärkt werden.

Insbesondere sollen dabei

- die leistungsorientierte Zuweisung der Finanzmittel an die Hochschulen weiterqualifiziert,
- den Hochschulen das Recht zur Berufung von Professorinnen und Professoren übertragen,
- im Zusammenwirken mit Schulen und Hochschulen die Bruttostudierquote der Studienberechtigten des Landes erhöht,
- das Angebot an personal- und flächenbezogenen Studienplätzen vor allem in praxisorientierten Ausbildungsgängen nachfragebezogen ausgebaut,
- das Angebot an Studiengängen mit dem Land Berlin abgestimmt,
- die Internationalisierung der Studiengänge und Studienabschlüsse im Sinne des Bologna-Prozesses und die damit einhergehende Modularisierung der Studiengänge weiterverfolgt,
- gezielt junge Frauen in Studium, Lehre und Forschung unterstützt,

Darüber hinaus sind zügig die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Europauniversität Viadrina in eine Stiftung umgewandelt werden kann.“

TOP 9:**Wahl der Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 5. Sitzung am 25. November 2004 gemäß § 10 Abs. 2, 5 und 6 des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Achten Buches Sozialgesetzbuch - Kinder- und Jugendhilfe - in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juni 1997 (GVBl. I S. 87) für die Fraktion der SPD folgende stimmberechtigte und stellvertretende Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses gewählt:

stimmberechtigte Mitglieder:

1. Frau Sylvia Lehmann, MdL
2. Frau Heide Igel
3. Frau Ulrike Häfner

stellvertretende Mitglieder:

1. Frau Dr. Martina Münch, MdL
2. Herr Thomas Gill
3. Herr Daniel Wucherpfennig

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 5. Sitzung am 25. November 2004 gemäß § 10 Abs. 2, 5 und 6 des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Achten Buches Sozialgesetzbuch - Kinder- und Jugendhilfe - in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juni 1997 (GVBl. I S. 87) für die Fraktion der PDS folgende stimmberechtigte und stellvertretende Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses gewählt:

stimmberechtigte Mitglieder:

1. Frau Gerrit Große, MdL
2. Herr Torsten Krause, MdL
3. Frau Birgit Wöllert, MdL

stellvertretende Mitglieder:

1. Herr Peer Jürgens, MdL
2. Frau Carolin Steinmetzer, MdL
3. Frau Karin Weber, MdL

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 5. Sitzung am 25. November 2004 gemäß § 10 Abs. 2, 5 und 6 des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Achten Buches Sozialgesetzbuch - Kinder- und Jugendhilfe - in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juni 1997 (GVBl. I S. 87) für die Fraktion der CDU folgende stimmberechtigte und stellvertretende Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses gewählt:

stimmberechtigte Mitglieder:

1. Frau Sigrid Nau
2. Herr Christian Große

stellvertretende Mitglieder:

1. Herr Hendryk Wichmann
2. Frau Carola Hartfelder, MdL

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 5. Sitzung am 25. November 2004 gemäß § 10 Abs. 2, 5 und 6 des Ersten Gesetzes zur Ausführung des Achten Buches Sozialgesetzbuch - Kinder- und Jugendhilfe - in der Fassung der Bekanntmachung vom 26. Juni 1997 (GVBl. I S. 87) für die Fraktion der DVU Frau Abgeordnete Birgit Fechner als stimmberechtigtes Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses gewählt.

TOP 10:**Wahl der Vertreter des Landtages für die Landessportkonferenz**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 5. Sitzung am 25. November 2004 für die Fraktion der SPD Herrn Abgeordneten Steffen Reiche als Vertreter für die Landessportkonferenz gewählt.

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 5. Sitzung am 25. November 2004 für die Fraktion der PDS Herrn Abgeordneten Christian Görke als Vertreter für die Landessportkonferenz gewählt.

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 5. Sitzung am 25. November 2004 für die Fraktion der CDU Frau Abgeordnete Carola Hartfelder als Vertreterin für die Landessportkonferenz gewählt.

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 5. Sitzung am 25. November 2004 für die Fraktion der DVU Herrn Harald Heinze als Vertreter für die Landessportkonferenz gewählt.

TOP 11:**Genehmigung der Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH (FBS)**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 5. Sitzung am 25. November 2004 folgenden Beschluss gefasst:

„Gemäß Artikel 95 der Verfassung des Landes Brandenburg genehmigt der Landtag die Mitgliedschaft des Ministers der Finanzen, Herrn Rainer Speer, im Aufsichtsrat der Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH (FBS).“

TOP 12:**Zustimmung zur Mitgliedschaft im Verwaltungsrat der Investitionsbank des Landes Brandenburg)**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 5. Sitzung am 25. November 2004 folgenden Beschluss gefasst:

„Gemäß Artikel 95 der Verfassung des Landes Branden-

burg genehmigt der Landtag die Mitgliedschaft des Ministers der Finanzen, Herrn Rainer Speer, und des Ministers für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz, Herrn Dr. Dietmar Woidke, im Verwaltungsrat der Investitionsbank des Landes Brandenburg.“

Schriftliche Antworten der Landesregierung auf mündliche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 25. November 2004:**Frage 67****Fraktion der CDU****Abgeordnete Carola Hartfelder****- Lehrausbildung -**

Laut Rundfunkinformation sollen Schulabgänger in einer beträchtlichen Größenordnung nicht gewillt sein, eine Ausbildung zu beginnen. Diese Aussage steht im krassen Widerspruch zu dem Bemühen der Landesregierung, jedem Schulabgänger einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen.

Ich frage die Landesregierung: Wenn diese Aussage den Tatsachen entsprechen sollte, wie gestalten sich dann die Zusammenhänge?

Antwort der Landesregierung**Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler**

Unabhängig davon, Frau Abgeordnete Hartfelder, wie die Angebote individuell angenommen werden, hat für uns Priorität, jedem ausbildungssuchenden Schulabgänger ein Angebot für eine Berufsausbildung oder Qualifizierung zu machen. Darum bemühen sich die Kammern, Wirtschaftsverbände, BA-Regionaldirektion, Gewerkschaften, Landesregierung, die sich im Ausbildungskonsens zusammengeschlossen haben. Natürlich gibt es keinen Automatismus - hier sind 500 Angebote und da 500 Jugendliche, die diese Angebote besetzen; das Leben spielt bekanntlich anders und junge Menschen gehen vielfältige Wege - auch und gerade in der Entscheidung über ihre berufliche Zukunft.

Ich kann die in manchen Medien geäußerte Vermutung nicht nachvollziehen, Schulabgänger wären in „beträchtlicher Größenordnung“ ausbildungsunwillig. Als bloße Behauptung ist das für mich genauso demagogisch wie die mitunter aufgestellte Stammtisch-These, keine Lehrlinge zu finden, weil sie zu faul oder zu ungebildet sind. Selbst wenn es regional für bestimmte Bereiche zutrifft - als These in der Diskussion um unsere Bildungs- und Ausbildungssituation aufgestellt, halte ich das für falsch und fatal.

Der Eindruck einiger Medien mag sich daraus ableiten, dass in den Nachvermittlungsaktionen neben den Schulabgängern der Sekundarstufe I auch so genannte Altnachfrager eingeladen wurden, also Jugendliche unter 25, die generell als Ausbildungsplatzbewerber registriert sind. Etliche haben sich bei den Agenturen für ihr Fernbleiben vorab entschuldigt. Übrigens machen diese „Altnachfrager“ auch einen großen Teil der derzeit noch 2 300 unvermittelten Jugendlichen aus.

Brandenburg jedenfalls fährt gut mit seiner Berufsausbildung:

Das Kooperative Modell, das eine Berufsausbildung nach Berufsbildungsgesetz und Handwerkerordnung zum Ziel hat, ist fast 100%ig besetzt - wie auch schon in den Vorjahren. Richtig ist, dass die in den Nachvermittlungssaktionen angebotenen Praktikumsplätze der Einstiegsqualifizierung im Rahmen des „Nationalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland“ wenig nachgefragt werden; diese werden ausschließlich von den Kammern und Arbeitsagenturen angeboten.

Fakt ist, dass wir unsere Aktivitäten für die Berufsorientierung mit allen Beteiligten noch stärker bündeln müssen. Da geschieht schon vieles sehr erfolgreich und weiteres geht auf den Weg. Besonders das - federführend vom MBSJ entwickelte - „Netzwerk Zukunft Schule plus Wirtschaft für Brandenburg“ bereitet die Schülerinnen und Schüler realitätsnah und praxisbezogen auf die Lebens- und Arbeitswelt vor. Hier sind elf Kooperationspartner unter anderem aus Wirtschaft, Arbeitsverwaltung und Sozialverbänden dabei. Die aus den bisherigen Erfahrungen weiter entwickelte „VV-Praxislernen“ tritt demnächst in Kraft. Auch der weitere Ausbau von Ganztagsangeboten an den Schulen bietet zunehmend die Möglichkeit, berufsorientierende Inhalte und außerschulische Partner vor Ort einzubinden.

Natürlich müssen wir bei allem auch sehen - ich sagte es eingangs schon: Das Leben ist bunt und nicht jeder hat nach erfolgreichem Schulabschluss den Wunsch, eine duale Ausbildung zu beginnen. Viele wollen studieren - in Brandenburg leider zu wenige! -; andere besuchen Berufsfachschulen; manche nehmen eine Ausbildung im Pflege- und Gesundheitsbereich auf. Und viele wollen erst mal „richtig Geld verdienen“ und beginnen später eine Berufsausbildung; das sind dann die so genannten Altnachfrager, die viel schwieriger in den Ausbildungsmarkt zu integrieren sind, nichtsdestotrotz aber die gleichen Angebote wie andere auch erhalten.

Ich glaube, gerade dieser letztgenannte Kreis von Jugendlichen war auch Gegenstand der Rundfunkinformation. Sie sind aber - aus den genannten Gründen - kein Beleg dafür, dass Jugendliche in Brandenburg in „beträchtlicher Größenordnung“ ausbildungsunwillig sind.

Frage 71

Fraktion der SPD

Abgeordneter Klaus Bochow

- Ungewöhnliches Polizeitraining in Thyrow -

Presseberichten zufolge wurden Anfang November für den „Sinnesgarten“ der Kita Thyrow ein Klanghaus und eine Feldsteinpyramide errichtet. Dazu wurden zwölf Dienstgruppenleiter des Polizeischutzbereiches Potsdam eingesetzt. Wie es im Bericht hieß, war dies Bestandteil eines Führungskräfteetrainings. Der Einsatz erfolgte unter Anleitung der Kita-Leiterin, der Ehefrau des Leiters des Schutzbereiches Potsdam. Die Thyrower Ortsbürgermeisterin sowie die Leiterin der Kita waren laut Presseberichterstattung über diesen Einsatz erfreut.

Ich frage die Landesregierung: Beabsichtigt sie, jetzt häufiger Polizisten im Rahmen ihrer Ausbildung in Kindertagesstätten für den Bau von Klanghäusern, Feldsteinpyramiden oder Ähnliches einzusetzen?

Antwort der Landesregierung

Minister des Innern Schönbohm

Nein.

Frage 72

Fraktion der DVU

Abgeordneter Michael Claus

- Neue Fälle von BSE in Brandenburg -

Innerhalb weniger Wochen hat sich der Verdacht auf BSE bei zwei Rindern in Brandenburg bestätigt. Insgesamt wurden damit in diesem Jahr drei BSE-Fälle in Brandenburg festgestellt.

Ich frage die Landesregierung: Welche Maßnahmen will sie ergreifen, um ein weiteres Auftreten der BSE-Erkrankung bei Rindern in Brandenburg zu verhindern?

Antwort der Landesregierung

Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Woidke

Unmittelbar nach dem Auftreten des ersten BSE-Falls am 26.11.2000 in der Bundesrepublik Deutschland wurden im Land Brandenburg alle Maßnahmen ergriffen, um die Verbraucher größtmöglich zu schützen. Dazu zählten beispielsweise die Qualifikation der Mitarbeiter, der Aufbau eines speziellen Laborbereiches sowie die Organisation eines Probenahmemanagements.

BSE ist eine Erkrankung des zentralen Nervensystems bei Rindern, die nach derzeitigem Kenntnisstand auf die Verfütterung von tierischen Proteinen zurückzuführen ist und eine lange Inkubationszeit hat. Um diese Kontaminationsmöglichkeit auszuschließen, wird im Land Brandenburg konsequent auf die Einhaltung des Verfütterungsverbotes von tierischen Proteinen geachtet.

Eine sichere Diagnose ist mit den zurzeit verfügbaren Testmethoden ausschließlich am toten Tier in einem Alter über 24 Monate möglich. Jährlich werden dabei in Brandenburg ca. 60 000 Untersuchungen durchgeführt.

Die bisherigen Ergebnisse des seit 2000 laufenden Monitoringprogramms zur Feststellung von BSE in Brandenburg, das alle über 24 Monate alten geschlachteten, verendeten und getöteten Rinder einbezieht, zeigen mit 13 Fällen bis zum jetzigen Zeitpunkt ein sporadisches Vorkommen der Erkrankung. In einigen Fällen waren die Rinder nicht in Brandenburg geboren.

Ein weiteres Auftreten der Krankheit ist nicht zu verhindern, da in der brandenburgischen Rinderpopulation immer noch zahlreiche Tiere leben, die vor In-Kraft-Treten des Verfütterungsverbotes für tierisches Protein geboren wurden und sich somit infiziert haben können. Des Weiteren kommen Tiere hinzu, die außerhalb Brandenburgs geboren wurden.

Es besteht die Hoffnung, dass die Erkrankung erst dann nicht mehr auftreten wird, wenn die gesamte Rinderpopulation aus Tieren besteht, die nach dem Verfütterungsverbot für tierisches Protein geboren wurden. Bis dahin werden die zum Schutz des Verbrauchers gemeinschaftsrechtlich und national vorgeschriebenen Maßnahmen in Brandenburg uneingeschränkt durchgeführt.

Abschließend möchte ich unterstreichen, dass gerade der Nachweis von BSE in 13 Fällen im Land Brandenburg ein Indiz dafür ist, dass dem Anliegen, ein möglichst hohes Verbraucherschutzniveau zu garantieren, Rechnung getragen wurde und weiterhin getragen wird.

Frage 73

Fraktion der PDS

Abgeordnete Kerstin Osten

- Abwicklung von CargoLifter und Communicant -

Beide Unternehmen konnten sich trotz hoher staatlicher Subventionen nicht am Markt etablieren.

Ich frage deshalb die Landesregierung: Zu welchen Konditionen und in welchen Zeiträumen erfolgte die Abwicklung von CargoLifter und Communicant?

Antwort der Landesregierung

Minister für Wirtschaft Junhanns

Die Ihrer Frage vorangestellte persönliche Einschätzung ist, soweit sie das Projekt „Communicant“ betrifft, unzutreffend. Das Investitionsvorhaben der Communicant Semiconductor Technologies AG ist nie mit Investitionszuschüssen oder öffentlichen Bürgschaften aus dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft bzw. der ILB gefördert worden. Ob und in welcher Höhe steuerliche Investitionszulagen durch das zuständige Betriebsstättenfinanzamt gewährt und in welchem Umfang sie gegebenenfalls durch Communicant wieder erstattet worden sind, entzieht sich meiner Kenntnis.

Zur Abwicklung der Communicant Semiconductor Technologies AG:

Nachdem ich Ende November 2003 die Nichterfüllbarkeit der Auflagen des Bundes für die Gewährung einer kombinierten Bund-Landes-Ausfallbürgschaft eingeräumt habe, haben Intel Capital Corporation und Dubai Airport Free Zone Authority (DAFZA) als Mehrheitsaktionäre durch Rangrücktritte bzw. die Einräumung einer Kreditlinie den Eintritt einer bilanziellen Überschuldung der Gesellschaft verhindert. Die Hauptversammlung hat keine Liquidation der Gesellschaft beschlossen, da unterschiedliche Auffassungen über die Tragfähigkeit des vom Vorstand vorgelegten Liquidationsplanes bestanden. Daraufhin hat der Vorstand mit Genehmigung des Aufsichtsrates die operative Geschäftstätigkeit der Gesellschaft eingestellt, die Arbeitsverhältnisse gekündigt und mit der Verwertung des mobilen Anlagevermögens begonnen. Am 30. Januar 2004 hat der Vorstand einen neuen Liquidationsplan vorgelegt, der durch die Hauptversammlung am 16. Februar 2004 zur Kenntnis genommen wurde. Entsprechend dieses Planes hat der Vorstand in Abstimmung mit dem Aufsichtsrat der Gesellschaft die kaufmännische Verwaltung an die KPMG und die Verwertung der Immobilie an die Siemens Industrial Building Consulting (SIBC) übertragen. Zwei Vorstände sind mit Wirkung zum 1. Mai 2004 ausgeschieden, der Aufsichtsrat hat nach Auslaufen des Anstellungsvertrages mit dem verbliebenen dritten Vorstand mit Wirkung zum 1. Oktober 2004 einen neuen Vorstand bestellt. Insofern handelt es sich nunmehr um eine personell überschuldete Gesellschaft. Sie ist jedoch weder zahlungsunfähig noch überschuldet, alle Verbindlichkeiten sind bedient worden. Bisher hat die Hauptversammlung der Gesellschaft

keinen Beschluss über die Liquidation der Gesellschaft gefasst.

Zur Abwicklung der CargoLifter AG:

Nachdem der Vorstandsvorsitzende der Gesellschaft, Herr von Gablenz, Anfang Juni 2002 öffentlich die Zahlungsunfähigkeit der CargoLifter AG eingestehen musste, ist auf Antrag des Vorstandes vom 7. Juni 2002 am 1. August 2002 das Insolvenzverfahren eröffnet worden. Unter Anwendung der Vorschriften der Insolvenzordnung sowie unter Aufsicht des Insolvenzgerichtes und des Gläubigerausschusses hat der Insolvenzverwalter, Herr Prof. Mönning, das mobile Anlagevermögen der Gesellschaft weitgehend verwertet sowie rechtliche Ansprüche der Gesellschaft verfolgt. Die Immobilie ist an die Tanjong PLC verkauft worden. Wegen des sehr umfangreichen Anlagevermögens und einer Vielzahl laufender Rechtsstreitigkeiten ist bisher nicht abzusehen, wann das Insolvenzverfahren beendet sein wird.

Frage 75

Fraktion der SPD

Abgeordnete Sylvia Lehmann

- „Funktioniert Sozialarbeit mit 1,50-Euro-Jobs?“

Unter der Überschrift „Funktioniert Sozialarbeit mit 1,50-Euro-Jobs?“ informierte eine brandenburgische Tageszeitung am 29. Oktober 2004 am Beispiel des Kinderrings Neuhausen über die verbreiteten Bedenken von Fachleuten gegenüber dem Einsatz von 1-Euro-Jobs im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe. Erinnert wurde in diesem Zusammenhang daran, dass Kontinuität, Geduld und pädagogische Qualifizierung die wichtigen Voraussetzungen für den Erfolg der Kinder- und Jugendhilfe sind.

Ich frage die Landesregierung: Was unternimmt sie, um vor dem Hintergrund der Vermittlung von Arbeitslosen in 1-Euro-Jobs in Kitas, Jugendeinrichtungen und Schulen künftig die Qualität der sozialpädagogischen Arbeit im Bereich Kinder- und Jugendhilfe zu sichern?

Antwort der Landesregierung

Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht

Die Sorge, die in Ihrer Anfrage zum Ausdruck kommt, kann ich nachvollziehen. Ich halte sie aber für unbegründet, jedenfalls dann, wenn der Eindruck entstanden sein sollte, dass durch den Einsatz von Beschäftigten in Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung - den so genannten 1-Euro-Jobs - in pädagogischen Arbeitsfeldern die Qualität der pädagogischen Arbeit leiden würde. Einiges dazu habe ich bereits in der gestrigen Fragestunde ausgeführt.

Wir haben insbesondere in der Jugendhilfe umfangreiche Erfahrungen mit dem Einsatz von Beschäftigten, die über verschiedene Förderinstrumente der Arbeitsförderung finanziert wurden. In den 90er Jahren haben ABM und später die Beschäftigungsverhältnisse nach § 249 des damaligen Arbeitsförderungsgesetzes einen zentralen Beitrag geleistet, unter anderem die Strukturen der Kinder- und Jugendarbeit aufrechtzuerhalten. Dies wäre den eigentlich zuständigen Landkreisen und kreisfreien Städten und den Trägern der freien Jugendhilfe damals aus eigener Kraft mit Sicherheit nicht gelungen. Parallel dazu hat es zwei landespolitische Bemühungen gegeben, die

fachliche Qualität und die Personalausstattung in diesem Bereich zu stabilisieren: einerseits die berufsbegleitende Qualifizierung von Seiteneinsteigern und fachfremd Qualifizierten, die ihnen die erforderlichen Kenntnisse und Fähigkeiten für die soziale Arbeit vermittelt hat und andererseits die Absicherung der Beschäftigungsverhältnisse durch das Ihnen bekannte 610-Stellen-Programm der Landesregierung.

Ich bin davon überzeugt, dass heute in allen Kommunen das Bewusstsein da ist, dass eine fachlich vertretbare sozialpädagogische Arbeit mit Kindern und Jugendlichen nur mit ausgebildeten Fachkräften möglich ist. Die Landesregierung hat in den vergangenen Jahren immer darauf hingewirkt, dass bei Einsatz von arbeitsamtsgeförderten Beschäftigten das Kriterium der Zusätzlichkeit ernst genommen und beachtet wird. Der verantwortungsvolle Umgang der Jugendämter einerseits und des größten Teils der freien Träger andererseits mit den so genannten Strukturanpassungsmaßnahmen - SAM - zeigt, dass diese fachliche Auffassung dort geteilt wird.

Der geförderte Einsatz von Langzeitarbeitslosen in den von Ihnen angesprochenen Arbeitsfeldern ist dann sinnvoll, wenn er dazu dient, die sozialpädagogischen Fachkräfte von Tätigkeiten zu entlasten, für die eine sozialpädagogische Ausbildung nicht erforderlich ist, sodass die Fachkräfte mehr Zeit für ihre eigentliche pädagogische Arbeit haben.

Unter diesem Aspekt unterstützt die Landesregierung das Bemühen des Bundes, durch die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung in gemeinnützigen Bereichen einerseits Langzeitarbeitslose wieder in Beschäftigung zu bringen und damit zu aktivieren und andererseits Möglichkeiten zur Verbreiterung des vorhandenen Angebots zu schaffen. Keinesfalls ist daran gedacht, solche Arbeitsgelegenheiten anstelle vorhandener sozialpädagogischer Fachkräfte zur Kostenreduzierung zu nutzen. Im Vorgriff auf die Regelungen des § 16 des neuen SGB II hat das MBJS mit der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit eine Rahmenvereinbarung zu solchen Beschäftigungsmöglichkeiten geschlossen. Dazu ist eine Handreichung erarbeitet worden, die in aller Deutlichkeit insbesondere auch darauf hinweist, dass es darum geht, das Angebot zu erweitern, ohne die Zahl der vorhandenen hauptamtlichen Beschäftigten zu verringern.

Frage 76

Fraktion der PDS

Abgeordnete Kornelia Wehlan

- Daten zum Arbeitslosengeld II -

Die von der Bundesagentur für Arbeit versandten Anträge zum Arbeitslosengeld II sind unter dem Aspekt des Datenschutzes von Datenschutzbeauftragten, Verbraucherschutzorganisationen und Selbsthilfegruppen kritisiert worden. Es wurde infrage gestellt, ob die Informationen wirklich für die Feststellung des Anspruchs auf Arbeitslosengeld II erforderlich sind. Nur dann wäre diese Datenerhebung rechtlich zulässig. Ende August hatte der Bundesdatenschutzbeauftragte mitgeteilt, die Bundesagentur werde die Antragsformulare überarbeiten. Allerdings sind die fehlerhaften Formulare verschickt worden.

Ich frage die Landesregierung: Welche Regelungen sind zum Umgang mit den unzulässig erhobenen Daten getroffen worden?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler

Ich weise darauf hin, dass es in erster Linie Pflicht der Bundesagentur für Arbeit ist, für die Beseitigung datenschutzrechtlicher Mängel in den ALG-II-Antragsformularen zu sorgen. Diese hat die „Hoheit“ über Erhebung und Speicherung der Daten für die Leistungsberechnung. Ende Oktober hatten die Datenschutzbeauftragten des Bundes und der Länder die Agentur aufgefordert, die Mängel rasch zu beseitigen und eine Lösung für unzulässig gespeicherte Daten zu finden.

Die Landesregierung geht davon aus, dass die Agentur dieser Aufforderung nachkommt. Wir haben die Landkreise und kreisfreien Städte in unseren Moderationsgesprächsrunden in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass sie in ihren Einflussbereichen für die Einhaltung datenschutzrechtlicher Bestimmungen zu sorgen haben. Zudem hat der Landesdatenschutzbeauftragte ein Merkblatt mit Hinweisen zum Ausfüllen der Anträge auf ALG II herausgegeben - nachzulesen auch auf der Homepage des LDS.

Frage 77

Fraktion der SPD

Abgeordnete Klara Geywitz

- Theodor-Fontane-Archiv -

Das Theodor-Fontane-Archiv ist eine wissenschaftliche Institution des Landes Brandenburg. Im Zentrum seiner Arbeit als Literaturarchiv stehen Person und Werk des Schriftstellers Theodor Fontane (1819 - 1898). Das Theodor-Fontane-Archiv wurde in das Blaubuch der Bundesregierung als ein „Kultureller Gedächtnisort“ mit besonderer nationaler Bedeutung aufgenommen.

Ich frage die Landesregierung: Wie beurteilt sie die derzeitige bauliche Unterbringung des Archivs in Potsdam, Am Bassin 4?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr. Wanka

Das Theodor-Fontane-Archiv ist seit Dezember 1996 in der landeseigenen Liegenschaft Am Bassin 4 in Potsdam untergebracht.

Das 1748 errichtete barocke Holländerhaus ist 1988 einer vollständigen Grundsanierung unterzogen worden. Angesichts des Zeitablaufs besteht nun die Notwendigkeit von erneuten Sanierungsarbeiten. Dies betrifft vor allem den Kellerbereich, der durch stetigen Wassereintrich durchnässt ist. Derzeit führt das beauftragte Liegenschafts- und Bauamt Potsdam bauliche Maßnahmen zur Nutzbarmachung des Kellerbereiches durch. Aufgrund der geographischen Lage und der Bauweise gestaltet sich die Trockenlegung des Bauwerks schwierig. Erste Trocknungserfolge sind Anfang 2005 zu erwarten.

Darüber hinaus sind für das nächste Jahr weitere Sanierungsarbeiten wie die Erneuerung der Sanitär- und der elektrischen Anlagen sowie die Behebung von Schäden des Daches geplant.

Die dargelegten baulichen Mängel führen zurzeit zu einer eingeschränkten Nutzungsqualität für das Theodor-Fontane-Archiv.

chiv. Die bauliche Unterbringung kann folglich auch nicht als zufrieden stellend bewertet werden. Das Land ist sich jedoch der Bedeutung der Pflege des literarischen Erbes Fontanes bewusst und wird die notwendigen Schritte einleiten, um für die vom Archiv wahrgenommenen Aufgaben eine angemessene räumliche Grundlage bieten zu können.

Frage 78

Fraktion der PDS

Abgeordnete Helga Böhnisch

- Vermeidung von Obdachlosigkeit -

Im September des Jahres konnte die Landesregierung keinerlei Antworten auf die Anfragen der PDS-Fraktion - Antwort der Landesregierung, Drucksache 3/7900, vom 27.09.2004 - nach der Anzahl der Mietschuldner und der Anzahl der Wohnungslosen im Land Brandenburg geben. In der genannten Antwort vom 27. September 2004 sicherte die Landesregierung jedoch zu, dass sie sich über Ausmaß und Behandlung der Wohnungslosigkeit bei den Kommunen sachkundig machen wolle und die Fragesteller unterrichten werde.

Ich frage die Landesregierung: Wie konnte sie es verantworten, angesichts dieser absoluten Unkenntnis der Sachlage im August 2004 zu entscheiden, die „Gemeinsame Empfehlung zur Vermeidung von Obdachlosigkeit und zur Verbesserung der Lage obdachloser Personen in den Kommunen des Landes Brandenburg“ vom 24. Januar 1997 aufzuheben?

Antwort der Landesregierung

Minister des Innern Schönbohm

Die Aufhebung des Gemeinsamen Runderlasses vom 24. Januar 1997 ist auf das Anliegen der Landesregierung, die Zahl geltender Normen und Standards abzubauen, zurückzuführen. In dem Erlass waren beispielsweise Begriffsbestimmungen, Hinweise zu sozialhilferechtlichen Aspekten oder Hinweise zu ordnungsbehördlichen Vorgehen zusammengefasst. Der Regelungsgehalt war den Kommunen hinreichend bekannt. Darüber hinaus entsprach der Erlass schon seit der Neufassung der Verordnung zur Durchführung des § 72 Bundessozialhilfegesetz vom 24. Januar 2001 nicht mehr der Systematik der bundesrechtlichen Regelungen. Eine Mehrzahl der seinerzeit befragten Kommunen und auch die beiden kommunalen Spitzenverbände haben sich gegen eine Überarbeitung und/oder für die Aufhebung des Erlasses ausgesprochen.

Frage 79

Fraktion der SPD

Abgeordnete Dr. Esther Schröder

- Rekord an betrieblichen Lehrstellen -

Die Potsdamer Industrie- und Handelskammer (IHK) hat für das laufende Ausbildungsjahr einen Rekord an betrieblichen Lehrstellen gemeldet.

Ich frage daher die Landesregierung: Welche Bilanz ist vor diesem Hintergrund bis jetzt für den Brandenburger Ausbildungskonsens, zu dem sich Unternehmen, Landesregierung und Gewerkschaften zusammengefunden haben, zu ziehen?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie Ziegler

In der Tat: Die aktuellen Zahlen zeigen, dass der brandenburgische Ausbildungskonsens trägt und die Ausbildungsplatzlücke auch in diesem Jahr wieder geschlossen werden kann. Das wird besonders an den betrieblich neu vereinbarten Ausbildungsverträgen deutlich: so melden die Kammern - HWK und IHK - bis Ende Oktober 10 236 Verträge; 644 mehr als im Vorjahreszeitraum - ein Plus von 6,7 %. Mit einem Zuwachs von 342 Stellen trägt die IHK Potsdam mit über 50 % den Löwenanteil dieses Erfolgs.

Unternehmen, Kammern, Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften, Arbeitsagenturen, Landesregierung - alle am Ausbildungskonsens Beteiligten haben mit ihren Angeboten, auch mit den Nachvermittlungsaktionen deutlich gemacht, wie wichtig uns Ausbildung ist und wie wichtig es vor allem den Betrieben sein muss, rechtzeitig und mit allen Mitteln für den eigenen Fachkräftenachwuchs zu sorgen - für die eigene Zukunft wie für die Zukunft des Landes.

Die vielfältigen Angebote signalisieren überdeutlich, dass wir da gemeinsam am Ball sind und am Ball bleiben werden. Dazu zählen ebenso die von Bund und Land finanzierten 5 000 Plätze im Ausbildungsplatzprogramm Ost wie auch die 800 Maßnahmen des Bildungsministeriums für die Berufsausbildungsvorbereitung, die bei Bedarf noch aufgestockt werden könnten.

Aus all dem ergibt sich bis jetzt für das Ausbildungsjahr 2004/2005 unter anderem diese Bilanz: Statistisch gesehen waren bis Ende Oktober - nach Angaben der Arbeitsagentur - 2 300 Jugendliche noch nicht vermittelt. Das ändert sich laufend, denn als unvermittelt wird auch erfasst, wer zum Beispiel in Vertragsverhandlungen steht oder sich nach erfolgreichem Vertragsabschluss nicht wieder bei der Agentur meldet. Bis Ende des Jahres stehen - so die Regionaldirektion - ausreichend betriebliche Ausbildungsangebote bereit, darunter zum Beispiel auch 415 Angebote im „Ausbildungsprogramm Ost“, 482 Angebote in berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen der Bundesagentur nach § 61 SGB III; rund 90 Angebote für Maßnahmen zur Förderung von Benachteiligten und Rehabilitanden nach § 241 SGB III; 800 Angebote für Einstiegsqualifikation nach „Ausbildungspakt“, 430 Angebote für Berufsausbildungsvorbereitung nach § 50 BBIG.

Dies alles bestätigt, dass wir an unserer Ausbildungsmaxime festhalten: Wer Ausbildung und Qualifizierung will und dazu fähig ist - dem wird auch ein Angebot gemacht. Ganz klar, dass dies nicht nur den dafür Verantwortlichen in Wirtschaft und Politik Flexibilität und Ideen abverlangt, sondern auch den Jugendlichen selbst. Auch sie müssen flexibel sein und zum Beispiel bereit, sich auf andere Berufe zu orientieren, wenn die regionalen Umstände und Prioritäten andere geworden sind. Auch dafür müssen wir stärker werben; beginnend im Elternhaus, in der Schule - was auch zunehmend geschieht. Ich bin zuversichtlich, dass wir mit dem Ausbildungskonsens auf dem richtigen Weg sind.

Frage 80

Fraktion der PDS

Abgeordnete Gerrit Große

- Bundeswehrbesuch am Gymnasium -

Am 1. Oktober 2004 stattete die Bundeswehr dem Humboldt-

Gymnasium Eichwalde einen Besuch ab, um bei den Schülern für Berufe bei der Bundeswehr zu werben. Schüler, die es für nicht opportun hielten, dass die Bundeswehr an Schulen Werbung betreibt, protestierten mit Transparenten und Spruchbändern gegen diesen Besuch. Ihr Protest wurde kriminalisiert, es wurde gegen sie der Vorwurf der Beleidigung erhoben. Die Angelegenheit wurde dem staatlichen Schulamts zur Prüfung der Tatbestände übergeben.

Ich frage die Landesregierung: Wie wertet sie ein derartiges Vorgehen ihrer Behörden gegen friedliche Aktionen von Schülern, mit denen sie von ihren demokratischen Rechten Gebrauch machen?

Antwort der Landesregierung

Minister für Bildung, Jugend und Sport Rupprecht

Die Ihrer Darstellung des vermeintlichen Sachverhalts zugrunde liegenden Behauptungen sind leider nicht ganz zutreffend. Zum Sachverhalt ist vielmehr Folgendes festzustellen:

Am 01.10.2004 fand im Gymnasium Eichwalde der „Tag der Wirtschaft und Wissenschaft“ statt, an dem wie jedes Jahr Betriebe und Einrichtungen aus der Region einschließlich Berlin mitwirken. Dieser Tag dient den Schülerinnen und Schülern des Gymnasiums zur Berufs- und Studienorientierung. In diesem Zusammenhang war auch die Bundeswehr mit einem Infomobil vertreten. Ein Bundeswehroffizier hielt einen Vortrag über die Berufs- und Studiermöglichkeiten bei der Bundeswehr.

Im Vorfeld dieser Veranstaltung hat sich eine Gruppe von Schülern neben anderen Aktionen mit einer Wandzeitung, die ohne Genehmigung in der Schule aufgehängt worden war, gegen die Bundeswehr gewandt, unter anderem mit der Äußerung „Soldaten sind Mörder“. Dieses Plakat wurde durch die Schulleitung eingezogen, die Maßnahme wurde den Schülern begründet.

Am Tag der Veranstaltung selbst haben Schüler ihren Protest gegen die Bundeswehr außerhalb des Schulgebäudes durch ein Transparent verdeutlichen können. Während des Vortrags des Offiziers haben sich diese Schüler übrigens nicht geäußert.

So viel zum eigentlichen Sachverhalt. Gestatten Sie mir ergänzend noch einige weitere Anmerkungen:

Gemäß § 4 Abs. 5 Nummer 3 des Brandenburgischen Schulgesetzes gehört es zu den Grundsätzen und Zielen von Bildung und Erziehung, die Fähigkeit und Bereitschaft der Schülerinnen und Schüler zu fördern, sich Informationen zu verschaffen und kritisch zu nutzen. Dazu gehören auch Informationen über die Bundeswehr, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Auseinandersetzung mit der im Grundgesetz verankerten allgemeinen Wehrpflicht und einer möglichen Gewissensentscheidung gegen den Dienst mit der Waffe.

Gemäß der VV-Schulbetrieb sollen bei geeigneten Anlässen Sachkundige aus der Praxis in den Unterricht einbezogen werden, um den von ihnen vertretenen Bereich zu veranschaulichen und die Auseinandersetzung damit zu beleben. Dies trifft selbstverständlich auch auf Vertreter der Bundeswehr zu. Die Tätigkeit von Sachkundigen wird für die einzelnen Klassen

oder Jahrgangsstufen durch die unterrichtende Lehrkraft bzw. bei größeren Veranstaltungen durch die Schulleitung gestattet. Dies ist auch am Gymnasium Eichwalde so erfolgt.

Ich darf zusammenfassend feststellen: Es ging in der Veranstaltung nicht in erster Linie um Werbung, sondern um Berufsvorbereitung. Das Recht der freien Meinungsäußerung der Schülerinnen und Schüler ist, soweit die grundsätzlichen Bestimmungen eingehalten wurden, im Gymnasium Eichwalde nicht behindert worden. Es wurde kein Protestverhalten durch die Schulleitung kriminalisiert, aber es wurde auf die Einhaltung von Regeln in der politischen Auseinandersetzung hingewiesen. Die gewählten Schülervertreter haben sich übrigens von den genannten Aktionen distanziert.

Das Staatliche Schulamts Wünsdorf hat - entgegen Ihrer Behauptung - keine Prüfung der Tatbestände übernommen.

Frage 81

Fraktion der SPD

Abgeordneter Alwin Ziel

- Föderalismusreform -

Der Ministerpräsident hat in seiner Antrittsrede als Bundesratspräsident vor einem Scheitern der Föderalismusreform gewarnt. Er forderte, wie ich meine, zu Recht:

„Wir brauchen klare Kompetenzabgrenzungen, nachvollziehbare Verantwortlichkeiten, schnelle Entscheidungen und ein System, das Deutschland gegenüber der Europäischen Union und im globalen Wettbewerb handlungsfähiger macht.“

In diesem Zusammenhang frage ich die Landesregierung: Welche Möglichkeiten sieht sie, Länderzusammenschlüsse zu befördern?

Antwort der Landesregierung

Ministerpräsident Platzeck

Die Landesregierung hat sich mit der Möglichkeit von Länderzusammenschlüssen im Rahmen ihrer Erörterungen zur Reform der bundesstaatlichen Ordnung bislang nicht befasst. Diese Problematik ist schon vor Einsetzung der Föderalismuskommission als Verhandlungsgegenstand ausgeschlossen worden. Ich gehe deshalb fest davon aus, dass es auch bei einem erfolgreichen Abschluss der Arbeit in der Bundesstaatskommission nicht zu Vorschlägen zur Vereinfachung von Länderzusammenschlüssen kommen wird, weswegen es bei den komplexen Verfahren bleibt, die in Artikel 29 des Grundgesetzes niedergelegt sind.

Aber auch verfassungsrechtliche Erleichterungen würden nicht gleichsam automatisch zu Länderehen führen. Der politische Wille und die tatsächlichen Voraussetzungen müssen hierfür vorhanden sein - und zwar vor allem auch bei der Bevölkerung der jeweiligen Länder. Einen solchen Wunsch kann ich derzeit in keinem Bundesland erkennen.

Frage 82

Fraktion der PDS

Abgeordneter Christian Görke

- Ausbildung in der Landesverwaltung -

Für die Berufe des öffentlichen Dienstes nach dem Berufsbil-

derungsgesetz ist innerhalb der Landesverwaltung im Jahr 2003 eine abnehmende Tendenz bei der Ausweisung von Ausbildungsplätzen festzustellen.

Ich frage die Landesregierung: Wie sieht die detaillierte Bilanz zur Bereitstellung von Ausbildungsberufen des öffentlichen Dienstes in den Jahren 2000 bis 2004 in der Landesverwaltung aus?

Antwort der Landesregierung

Minister des Innern Schönbohm

In der Landesverwaltung erfolgt die Ausbildung nur in folgenden Berufen des öffentlichen Dienstes nach dem Berufsbildungsgesetz:

Straßenwärter/in, Kartograph/in, Vermessungstechniker/in, Fachangestellte/r für Medien- und Informationsdienste, Sozialversicherungsfachangestellte/r, Justizfachangestellte/r, Forstwirtschaft/in und Verwaltungsfachangestellte/r.

Auf Ihre Anfrage vom März dieses Jahres teilte ich Ihnen die in den Jahren 2000 bis 2003 bereitgestellten Ausbildungsplätze in diesen Berufen mit. Da es sich im März bei den Angaben für das laufende Jahr um abgefragte Planzahlen der Ressorts gehandelt hat, kann ich die Zahlen nunmehr nach Abschluss der Registrierung der Berufsausbildungsverhältnisse konkretisieren. Die detaillierte Bilanz der Ausbildungsplätze in der Landesverwaltung stelle ich Ihnen gerne als Anlage zur Verfügung.

Erfreulich ist, dass in den Ausbildungsberufen Straßenwärter/in und Justizfachangestellte/r mehr Ausbildungsplätze bereitgestellt werden konnten als zunächst geplant waren. Insgesamt erhielten elf Jugendliche zusätzlich einen Ausbildungsplatz in diesen Berufen.

In den Berufen des öffentlichen Dienstes nach dem Berufsbildungsgesetz konnten 2004 in der Landesverwaltung insgesamt 161 Ausbildungsplätze bereitgestellt werden. Das ist gegenüber dem Vorjahr eine rückläufige Tendenz von 9,5 %. Diese Tendenz wird durch die geringere Ausbildung in den Berufen Sozialversicherungsfachangestellte/r und Forstwirtschaft/in verursacht.

Die jährlich zur Verfügung stehenden 70 Ausbildungsplätze für das Berufsbild Forstwirtschaft/in in der überbetrieblichen Ausbildung, die in den Vorjahren ausschließlich von der Landesverwaltung in Anspruch genommen wurden, wurden ab 2004 zu einem Anteil von 17 % der kommunalen und privaten Ausbildung bereitgestellt. Hintergrund dafür ist, dass der Anteil des kommunal und privat bewirtschafteten Waldes stark zugenommen hat und sich deshalb die Trägerschaft der Ausbildung verschiebt. Insgesamt bleibt die Gesamtzahl - 70 - der Ausbildungsplätze für den Beruf Forstwirtschaft/in jedoch erhalten.

Im Bereich des öffentlichen Dienstes wurden für das Ausbildungsjahr 2004 bisher insgesamt 1 053 neue betriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt. Das bedeutet eine Steigerung zum Vorjahr um 11 %. Aus den dem MI vorliegenden Übersichtszahlen zu allen Ausbildungsplätzen in der Landesverwaltung wird deutlich, dass sich im Vergleich der Jahre 2003 und 2004 eine Erhöhung der zur Verfügung stehenden Ausbildungsplätze von 501 auf 534 ergibt.

Die Besetzung der Ausbildungsplätze war oft mit Schwierigkeiten verbunden, da ein beträchtlicher Teil der Bewerber trotz Abschlusszeugnisses der mittleren Reife unbefriedigende Kenntnisse und Leistungen bei Schlüsselqualifikationen wie Deutsch und Mathematik zeigten. Zudem war auch eine mangelnde Allgemeinbildung und eine unzureichende Motivation erkennbar.

Anlage

Berufe des öffentlichen Dienstes nach Berufsbildungsgesetz (BBiG):

Ausbildungsberufe	2000	2001	2002	2003	2004
Straßenwärter/in	27	30	27	24	27
Verwaltungsfachangestellte/r	-	-	1	-	-
Kartograph/in	2	2	2	2	2
Vermessungstechniker/in	35	37	37	38	38
Justizfachangestellte/r (MdJE)	20	24	32	20	20
Sozialversicherungsfachangestellte/r (Unfallkasse, AOK, LVA)	28	29	34	18	9
Fachangestellte/r für Medien- und Informationsdienste	6	9	6	6	7
Forstwirtschaft/in	70	70	70	70	58
Gesamt	188	201	209	178	161

Frage 83

Fraktion der SPD

Abgeordnete Dr. Esther Schröder

- Chipfabrik: neue Fördergelder für Elektrokabel -

Gegenwärtig werden mit öffentlichem Geld vier unterirdische Hochspannungsleitungen zum leer stehenden Chipfabrik-Gebäude in Frankfurt (Oder) verlegt, für welches man bis heute vergeblich einen Investor sucht. Die Stadt sei verpflichtet, die Elektrokabel zu verlegen, weil sie dafür Fördergelder erhalte, so die Auskunft. Damit werde aber auch die Qualität des Gewerbegebietes aufgewertet.

Ich frage daher die Landesregierung: In welcher Höhe und Aufschlüsselung auf EU-, Bundes- und Landesmittel flossen bisher und fließen noch immer Fördergelder in die äußere Erschließung des bis heute unvollendeten Gebäudes einer nicht realisierten Chipfabrik in Frankfurt (Oder)?

Antwort der Landesregierung

Minister für Wirtschaft Junghanns

Fördergelder flossen und fließen für die Erschließung des 2. Bauabschnittes des Technologieparks Ostbrandenburg entsprechend des Zuwendungsbescheides vom 30.08.2001 - zuletzt geändert am 31.08.2004 - und nicht - wie von Ihnen angeführt - für die äußere Erschließung des unvollendeten Gebäudes einer nicht realisierten Chipfabrik.

Bis 30.06.2006 werden aus dem von mir genannten Zuwendungsbescheid insgesamt 36 998 508,05 Euro - 75 % EU, 12,5 % Bund, 12,5 % Land - aus der GA-Infrastruktur für die infrastrukturelle Erschließung des Technologieparks ausgereicht.

Frage 84**Fraktion der PDS****Abgeordnete Kornelia Wehlan****- Bundesrat lehnt Abbau von Agrarhilfen ab -**

Mit einer Zweidrittelmehrheit hätte der Bundesrat die von der rot-grünen Bundesregierung angestrebte Kürzung beim Agrardiesel und bei der Krankenversicherung der Landwirte um insgesamt 369 Millionen Euro verhindern können. Das ist nicht geschehen. Damit werden gegen jedweden wirtschaftlichen Sachverstand Steuererhöhungen für den Agrardiesel von 56 % und Abgabensteigerungen für die landwirtschaftlichen Krankenkassen wirksam. Besonders für die Agrarstrukturen im Osten hat das fatale Folgen.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie die Auswirkungen für Brandenburger Agrarunternehmen?

Antwort der Landesregierung**Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Woidke**

In unserer Gesellschaft besteht ein breiter Konsens hinsichtlich der Notwendigkeit zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Dies gilt sowohl für die Ebene des Bundes als auch die Ebene der Länder und Gemeinden.

Dieser breite gesellschaftliche Konsens stößt allerdings immer dann sehr schnell an seine Grenzen, wenn konkrete Einsparvorschläge vorgelegt werden. Dies ist menschlich überaus verständlich, hilft uns aber in der Sache nicht weiter.

Im vorliegenden Fall geht es um die Reduzierung von Rückerstattungen der Agrardieselsteuer sowie die Begrenzung der Bundeszuschüsse zur landwirtschaftlichen Krankenversicherung. Das hier vorgesehene Einsparpotenzial des Bundes beläuft sich auf rund 369 Millionen Euro.

Dabei entfalten die Auswirkungen dieser Einsparungen regional durchaus unterschiedliche Wirkungen. Die Begrenzung der Bundeszuschüsse zur landwirtschaftlichen Krankenversicherung führen insbesondere im Westen und Süden aufgrund der dortigen Agrarstruktur zu weiteren Kostenbelastungen landwirtschaftlicher Betriebe. Hier im Osten sind die damit verbundenen Kostenbelastungen nach Auswirkungsberechnungen der Sozialversicherungsträger im Vergleich dazu sehr gering. Anders verhält es sich bei der Agrardieselerückerstattung. Die Begrenzung auf einen Verbrauch von 10 000 Liter je Betrieb und Jahr trifft durch die damit verbundene degressive Staffelung kostenseitig in besonderer Weise die größer strukturierten Agrarbetriebe Ostdeutschlands.

Im Hinblick auf notwendige Einsparungen - auch im Agrarhaushalt des Bundes - haben wir uns gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommern nachdrücklich für eine lineare Kürzung eingesetzt. Dies hätte bei gleichem Einsparvolumen zu einer veränderten Kostenbelastung der einzelnen Betriebe geführt. Viele der ostdeutschen Betriebe hätten von einer solchen Regelung profitiert. Zu meinem Bedauern hat sich für eine solche Vorgehensweise keine notwendige Mehrheit gefunden.

Vor diesem Hintergrund galt es, die eigene Position - eingebet-

tet in einen umfassenderen agrarpolitischen Gesamtzusammenhang - abzuwägen und sodann zu entscheiden.

In die Entscheidungsfindung der Landesregierung eingeflossen ist die signalisierte Bereitschaft des Bundes, andere für Brandenburg wichtige agrarpolitische Belange zu unterstützen. Von diesem gegenwärtig noch nicht abgeschlossenen Prozess verspreche ich mir Möglichkeiten zur Erschließung neuer Wertschöpfungspotenziale, die auch zu einer gewissen Kompensation beitragen können. Hierzu möchte ich beispielsweise auf ein Förderprogramm zur Markteinführung von biogenen Kraftstoffen hinweisen. Davon unabhängig müssen die Bemühungen um eine europäische Steuerharmonisierung konsequent fortgeführt werden, um bestehende Wettbewerbsverzerrungen zu vermindern. Eine Bewertung der Auswirkungen der getroffenen Entscheidungen auf die Agrarunternehmen dürfte nur im konkreten Einzelfall, das heißt auf einzelbetrieblicher Ebene, zu gesicherten Aussagen führen.

So kann der Ausfall der Steuerrückerstattung beispielsweise durch die Verwendung von Biodiesel in erheblichem Umfang kompensiert werden.

Frage 85**Fraktion der SPD****Abgeordnete Klara Geywitz****- Beobachtungsdienst an der Säkularstation Potsdam Telegrafenberg -**

Ab 2006 wird der Beobachtungsdienst an der Säkularstation Potsdam Telegrafenberg eingestellt und durch einen Automaten ersetzt. Damit wird eine Beobachtungsreihe abgebrochen, die seit 1893 unter immer gleichen Bedingungen ein weit über den Rahmen des Normalen hinausgehendes Beobachtungsprogramm ohne Lücken repräsentiert, das durch einen Automaten nicht ersetzt werden kann. Da es weltweit keine vergleichbare Station dieses Datenumfangs und dieser Qualität gibt, ist es dringend erforderlich, die Säkularstation in ihrer jetzigen Form auch in Zukunft zu erhalten.

Ich frage die Landesregierung: Welche Möglichkeiten sieht sie, entsprechende Initiativen zur Rettung der Säkularstation zu unterstützen?

Antwort der Landesregierung**Minister für Infrastruktur und Raumordnung Szymanski**

Die Wetterbeobachtungsstation Potsdam ist eine Einrichtung des Deutschen Wetterdienstes, über den die Bundesregierung die Aufsicht führt. Sie hat eine über 100 Jahre alte Tradition der fortlaufenden Wetterdatenerfassung und ist ein wichtiger Quell der Erkenntnis unter anderem für die Klimafolgenforschung.

Die von Ihnen angesprochene vorgesehene Automatisierung der Wetterbeobachtung an der Station wird nach meinen Recherchen allerdings erst zu Beginn des Jahres 2009 soweit abgeschlossen sein, dass das Personal vollständig abgezogen werden kann. Durch das Bemühen der Landesregierung hat sich der DWD bereit erklärt, ab 2007 und im Jahre 2008 die automatische Wetterbeobachtung zunächst parallel laufen zu lassen und in dieser Zeit auf ihre Funktionsfähigkeit, Qualität und Zuverlässigkeit zu prüfen.

Die Umstellung auf automatische Wetterbeobachtung ist Bestandteil der wirtschaftlich notwendigen Umstrukturierung des Deutschen Wetterdienstes, deren Konzepte bis in das Jahr 1993 zurückreichen. Das Land Brandenburg wird dabei nicht übermäßig belastet. Der Deutsche Wetterdienst wird auch in Zukunft die in der Nähe gelegene, personell besetzte Wetterbeobachtungsstation in Lindenberg mit allen Möglichkeiten einer modernen Forschungseinrichtung betreiben. Daneben gibt es in ganz Deutschland nur noch eine einzige weitere bemannte Wetterstation, nämlich in Hohenpeißenberg, Bayern.

Die Landesregierung sieht somit keinen Anlass einer direkten Einflussnahme auf die betrieblichen Angelegenheiten des Deutschen Wetterdienstes.

Der Landesregierung ist jedoch bekannt, dass sich eine private Stiftungsinitiative gebildet hat, welche die langjährige Tradition der Wetterbeobachtung am Telegrafenberg in eigener Regie fortführen will. Die Landesregierung steht diesen Bemühungen positiv gegenüber und prüft Unterstützungsmöglichkeiten.

Frage 86

Fraktion der PDS

Abgeordnete Gerlinde Stobrawa

- Deutsch-polnische Schiene -

In den letzten Tagen häuften sich Berichte, wonach die deutsch-polnischen Schienenverbindungen sechs Monate nach dem Beitritt der Republik Polen insgesamt einen unbefriedigenden Stand erreicht haben: Die Einstellung der durchgehenden Verbindung nach Krakow, überfüllte Züge von Berlin nach Szczecin, keine Bewegung bei der so genannten Ostbahn und weitere Verzögerungen beim Ausbau der für die Verbindung in den Süden Polens und weiter in die Ukraine wichtigen Strecke nach Cottbus, überlange Fahrzeiten - nicht nur durch Bauarbeiten - sind nur einige Stichworte. Diese und andere Fakten tragen eben nicht dazu bei, dass zusammenwächst, was spätestens seit dem 1. Mai 2004 zusammengehört - die europäische Region an Oder und Neiße. Sie behindern Menschen daran, Arbeit und Bildung beim Nachbarn zu erhalten, die Nachbarregion kennen zu lernen oder Freunden oder Bekannten zu begegnen.

Ich frage die Landesregierung: Welchen aktuellen Handlungsbedarf sieht sie ausgehend von ihrer eigenen Analyse des Angebots im Schienennah- und -fernverkehr zwischen Brandenburg und der Republik Polen für sich?

Antwort der Landesregierung

Minister für Infrastruktur und Raumordnung Szymanski

Mit dem EU-Beitritt Polens wurde das Tarifangebot des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg auf die Stadt Stettin ausgeweitet, um die Inanspruchnahme im Schienenpersonenverkehr zu verbessern. Die vorhandenen SPNV-Angebote, auch das ab 03.05.2004 bis zum Fahrplanwechsel im Dezember neu eingerichtete RE-Zugpaar Stettin - Berlin, werden nach der Reisendenstatistik mäßig belegt. Eine Überfüllung der Züge von/nach Stettin ist nicht bekannt. Es ist aber nicht auszuschließen, dass in Einzelfällen ein Zug überfüllt ist. Die Landesregierung wird mit ihrer Fahrplanbestellung den aktuellen Gegebenheiten im deutsch-polnischen SPNV gerecht. Mit dem

Fahrplanwechsel am 12.12.2004 bleibt im SPNV das bedarfsgerechte Fahrplanangebot des Jahres 2004 im Wesentlichen erhalten. Nennenswerte Veränderungen ergeben sich für die Relation Berlin - Stettin. Hier wird ab dem Fahrplanwechsel das Fernverkehrsangebot neu mit einem attraktiven EC-Zugpaar Stettin - Berlin - Amsterdam der DB Fernverkehr AG erweitert. Dafür entfällt das vorgenannte RE-Zugpaar Berlin - Stettin. Alle anderen Fernverbindungen wie Berlin - Warschau und Berlin - Krakau bleiben auch vom Angebotsumfang her erhalten und werden nicht eingestellt.

Probleme gibt es aber auch weiterhin. So fordert die Landesregierung gegenüber der DB Netz AG und dem Bund im Zusammenhang mit der Umsetzung des Bundesverkehrswegeplanes mit Nachdruck den weiteren Ausbau der Bahnstrecken nach Cottbus, Frankfurt (Oder) und Stettin. Gegenüber dem derzeitigen Fahrplan ergeben sich für die Strecke Berlin - Cottbus keine Fahrzeitverlängerungen, auch kann hier nicht von überlangen Reisezeiten gesprochen werden, jedoch nicht ohne die zukünftige Reisezeitverkürzung nach der Streckensanierung im Blickfeld zu behalten. Aufgrund der Mittelkürzungen beim Bund ist jedoch beim Streckenausbau mit Verzögerungen zu rechnen. Der Feststellung, dass „keine Bewegung bei der Ostbahn“ vorhanden ist, kann nicht gefolgt werden, denn die SPNV-Ausschreibung läuft und nach Aussagen der DB Netz AG sind Infrastrukturmaßnahmen bis 2010 vorgesehen.

Ein Faktor, der die Inanspruchnahme der Schienenpersonenverkehrsangebote negativ beeinflusst, ist die Vielzahl von privaten Transfer-Angeboten von Busunternehmen, die von mehreren polnischen Städten direkt nach Berlin bestehen.

Ich möchte auch darauf hinweisen, dass auf polnischer Seite soweit die Vorhaltung des Angebotes den Polnischen Staatsbahnen (PKP) obliegt, die Woiwodschaften bemüht sind, verstärkt in Abstimmung mit den PKP ein stabiles Zugangebot zu realisieren. Die Landesregierung nutzt hierbei weiterhin ihren mittelbaren Einfluss.

Frage 87

Fraktion der DVU

Abgeordneter Michael Claus

- Geplante Jagdfreigabe für Kormorane -

In Brandenburg sollen die Kormorane, die in Deutschland zu den geschützten Vögeln zählen, als „Fischräuber“ zum massenweisen Abschuss freigegeben werden. Dies sieht eine inzwischen verabschiedete Kabinettsvorlage vor. Begründet wird die Abschlusserlaubnis mit den fischereiwirtschaftlichen Schäden durch Kormorane.

Ich frage die Landesregierung: Welche fischereiwirtschaftlichen Auswirkungen erwartet sie durch die geplante Freigabe des Abschusses von Kormoranen?

Antwort der Landesregierung

Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz Dr. Woidke

Der Kormoran ist ein Bestandteil unserer Natur und das soll er auch bleiben. Aber in Kulturlandschaften geht es darum, neben diesem Aspekt auch ökonomische und soziale Aspekte zu berücksichtigen. Das ist die Aufgabe einer verantwortungsvollen

Landespolitik zum Erhalt des ländlichen Raums und im Interesse der darin und von ihm lebenden Menschen.

Mit der am 16.11.2004 von der Landesregierung beschlossenen überarbeiteten Kormoranverordnung hat das Land Brandenburg die weitgehendste Verordnung aller Bundesländer. Sie sieht verschiedene Maßnahmen zum Kormoranmanagement in Brandenburg einschließlich des Abschusses vor und schließt auch Eingriffe in Schutzgebieten nicht aus. Der Abschuss ist durch die Kormoranverordnung beschränkt auf Kormorane außerhalb von Schutzgebieten auf und an fischereilich genutzten Gewässern bis zu einer Entfernung von 500 Metern landeinwärts.

Wie sich im Einzelnen die Kormoranverordnung tatsächlich fischereiwirtschaftlich auswirkt, hängt davon ab, wie die Fischer von ihr Gebrauch machen. Eine Prognose wäre verfrüht. Eines ist aber sicher: Von einem „massenweisen Abschuss“, wie Sie, Herr Abgeordneter Claus, in Ihrer Begründung zur Anfrage formuliert haben, kann keine Rede sein. Im Gegenteil, der Abschuss von Kormoranen wird lediglich örtlich begrenzt zur Vergrämung führen und stark betroffene Gewässer entlasten. Eine wesentliche Reduzierung der Bestände ist durch Abschuss nicht zu gewährleisten, da nahezu alle Brutkolonien des Kormorans sich in diversen Schutzgebieten befinden. Erst durch eine Kombination verschiedener Maßnahmen zur Einflussnahme auf die Bestände kann eine Entlastung unserer Gewässer erreicht und die Existenzgrundlage der Fischer gesichert werden.

Frage 88

Fraktion der PDS

Abgeordneter Peer Jürgens

- Angekündigter Systemwechsel der Studienfinanzierung -

Wissenschaftsministerin Wanka hat einen radikalen Wechsel in der Studienfinanzierung gefordert. Mit der Einführung von Studiengebühren, von Studiendarlehen und einer Grundsicherung soll nach ihren Vorstellungen eine kostenneutrale Finanzierung des Studiums erreicht werden.

Ich frage die Landesregierung: Worin erkennt sie bei einer so geänderten Form der Studienfinanzierung die Chance auf mehr Bildungsgerechtigkeit?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr. Wanka

Die Sozialerhebung 2003 des Deutschen Studentenwerks hat ergeben, dass in den letzten 20 Jahren der Anteil Studierender aus bildungsfernen Schichten niedriger geworden ist - und das trotz gebührenfreiem Studium.

Die vielen verschiedenen Versuche, dieses Verhältnis beispielsweise durch BAföG-Erhöhung zu korrigieren, brachten keinen Effekt. Deshalb bin ich der Ansicht, dass jetzt die Chance genutzt werden muss, das System der Studienfinanzierung zu ändern. Dafür gibt es schon seit Jahren Vorschläge und Modelle. Das für mich überzeugendste ist das vom Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) gemeinsam mit dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft vorgeschlagene, in dem das BAföG durch ein Modell der Investitionsförderung in Bildung abgelöst wird, das aus drei Elementen besteht:

1. Eine pauschale Sockelfinanzierung für alle Studierenden, die das bisherige Konglomerat von kindbezogenen Transferleistungen an die Eltern (Kindergeld, Steuererleichterungen etc.) ersetzt.

2. und 3. Staatliche Förderung von längerfristigem Bildungssparen und Bildungsdarlehen, deren Rückzahlung einkommensabhängig ist. Die Höhe der staatlichen Förderung hängt in diesen beiden Fällen von der Höhe des Familieneinkommens ab.

Ziel ist, dass diese drei Elemente für alle Studierenden die Studienfinanzierung sichern, auch wenn keine anderen Geldquellen verfügbar sind. Studiengebühren würden somit während des Studiums keine zusätzliche Belastung darstellen, sondern nur die Höhe der zurückzuzahlenden Summe beeinflussen. Das stellt für mich eine Chance auf mehr Bildungsgerechtigkeit dar.

Angesichts der Koppelung der Rückzahlungsverpflichtung an das erzielte Einkommen und die guten Einkommenschancen halte ich es für durchaus legitim, dass sich Hochschulabsolventen mit einem solchen, relativ geringen Betrag an ihrer beruflichen Qualifizierung beteiligen.

Brandenburg wird Studiengebühren allerdings nicht im Alleingang einführen, sondern in Abstimmung mit den anderen Ländern oder einem Teil davon.

Frage 89

Fraktion der PDS

Abgeordnete Kerstin Osten

- Verkehrsanbindung des Tropenparkes in Brand -

Am 19. Dezember 2004 soll der Tropenpark in Brand seine Türen für die Besucher öffnen. Täglich werden laut Unternehmensprognose 7 000 Gäste erwartet.

Ich frage die Landesregierung: Auf welche Art und Weise - von Fördermitteln bis zur Verkehrsanbindung - erfährt dieses Unternehmen Unterstützung durch das Land?

Antwort der Landesregierung

Minister für Wirtschaft Junghanns

In der Tat soll am 19. Dezember 2004 in der größten freitragenden Halle der Welt ein Tropenparadies den Besuchern zur Verfügung stehen, das weltweit seinesgleichen sucht. Nicht nur die Dimensionen sind beeindruckend, sondern auch die kurze Realisierungszeit nötigt Respekt ab. Täglich sind die Veränderungen sichtbar. Jeder kann sich davon seit April dieses Jahres vor Ort oder im Internet überzeugen.

Die Landesregierung hat sich entschlossen, dieses ehrgeizige Vorhaben insbesondere bei der Entwicklung der begleitenden Infrastruktur zu unterstützen. Zu diesem Zweck wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe gebildet. In dieser arbeiten unter Leitung des 1. Beigeordneten des Landkreises Dahme-Spreewald Vertreter des MW, des MIR, des MI, des MLUV sowie des MBS mit den Amtsdirektoren und Tropical Island zusammen, um Lösungen bei den das Projekt flankierenden Maßnahmen herbeizuführen.

Dabei spielt die verkehrliche Anbindung eine große Rolle.

Das Spektrum umfasst sowohl Brückenbau über die Bahnlinie für Fahrzeuge und Tunnel für Fußgänger als auch die Einrichtung eines zusätzlichen Bahnhalts am Bahnhof Brand. Die notwendigen Maßnahmen für eine optimale Lösung der Verkehrsanbindung sind auf gutem Wege. So stehen die Termine für die Brücke fest und für den zusätzlichen Bahnhalt wurde eine Zwischenlösung gefunden, da eine endgültige Lösung erst mit Inbetriebnahme des Lehrter Bahnhofs und dem damit verbundenen Fahrplanwechsel 2006 in Sicht ist.

Hinsichtlich einer vom Investor gewünschten Förderung ist bisher keine Entscheidung getroffen worden, da mit Tropical Island vereinbart wurde, die zur Entscheidung erforderlichen Unterlagen seitens des Antragstellers noch zu präzisieren.

Frage 90

Fraktion der PDS

Abgeordneter Frank Hammer

- Nutzung der Halle für die Chipfabrik -

Die Halle für die Chipfabrik steht als leeres Monument vor den Toren der Stadt Frankfurt (Oder).

Ich frage die Landesregierung: Welchen Stand gibt es, die Halle einer industriellen Nutzung zuzuführen?

Antwort der Landesregierung

Minister für Wirtschaft Junghanns

Die Hauptversammlung der Communicant Semiconductor Technologies AG hat am 16. Februar 2004 einen vom Vorstand der Gesellschaft vorgelegten Liquidationsplan zur Kenntnis genommen. Gegenstand des Planes ist, das operative Geschäft der Gesellschaft zu beenden und abzuwickeln, die Arbeitsverhältnisse zu beenden und das mobile und immobile Anlagevermögen der Gesellschaft zu veräußern.

In Übereinstimmung mit dem Plan hat der Vorstand der Gesellschaft im September 2004 die Verwertung der Immobilie nach Durchführung eines Interessenbekundungsverfahrens an die Siemens Industrial Building Consultants (SIBC) übertragen. SIBC hat weltweit relevante Interessen evaluiert und Interessenten direkt angesprochen und steht mit einigen Interessenten in laufenden Gesprächen. SIBC wird in seinen Bemühungen von der Landesregierung und der Stadt Frankfurt (Oder) unterstützt.

